

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis halbjährlich: 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inflation-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Besetzungs- und Besammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

An die organisierten Arbeiter Deutschlands!

Im Ruhrkohlenrevier ist am 17. Januar der Generalstreik aller Bergleute eingetreten. 200 000 Arbeiter stehen im Auslande, um die Anerkennung ihrer Rechte zu erkämpfen. Was sie von ihren Vätern ererbt hatten, die Achtstundensicht, sollte ihnen durch hinterlistige Grubenordnungen genommen werden. Ihre Vorstellungen und Proteste blieben wirkungslos, das Grubentapital befahl und die Arbeiter sollten sich einfach unterwerfen. So war es schon seit Jahren gegangen, bald hier, bald da wurden die Schichten verlängert, wurden die Gebirge gekürzt, Wagen gemüllt, Strafgeleider erhoben und den Arbeitern unbezahlte Nebenarbeiten aufgebürdet, die ihren Verdienst schmälerten. Und jahrelang wurden die Bedrückungen murrend, aber ohne ernste Gegenwehr ertragen, weil die Arbeiter keinen Kampf heraufbeschwören wollten, dessen Tragweite unabschätzbar werden mußte.

Indes wuchs die Unzufriedenheit in ihren Reihen immer mehr. Die Unfallgefahr nahm mit der Tiefe der Schachtanlagen von Jahr zu Jahr zu, und die Arbeitsverhältnisse wurden immer ungünstiger. Dazu breitete sich die Ruhrseuche in den Gruben aus, die Tausende von Bergleuten mit schwerem Siechtum behaftete und sie einer widerwärtigen Behandlungsweise aussetzte. Umso höher stieg die Aufregung, als die Grubendirektionen weder ernsthafte und schnelle Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Seuche anordneten, noch um die ausreichende Unterstützung der Erkrankten sich kümmerten. Dafür erbitterten sie die Bergleute durch die Stilllegungen von ertragsfähigen Kohlenzechen, die nur die Konzentration einiger Großbetriebe fördern sollten, zugleich aber Tausende von Bergarbeitern des Verdienstes beraubten und zahlreiche Gemeinden an den Rand des Ruins brachten.

So war seit langem der Hündstoss zum Kampfe systematisch angehäuft worden. Kam es da befremden, daß die triviale Schichtverlängerung auf der Zeche „Druckstraße“ das Maß der Erbitterung füllte? Aber die Führer der Bergleute wollten noch immer den Kampf vermeiden und durch gültige Verhandlungen die Zurückziehung dieser Maßregel erreichen. Sie wurden schroff abgewiesen. Das Grubentapital wollte den Kampf. Auf's neue trugen die Organisationen der Bergarbeiter Verhandlungen an. Die Grubendirektionen antworteten mit Maßregelungen und höhnischen Drohungen und verteilten schließlich den Bergleuten mitten in schlimmster Winterkälte die ihnen zustehenden Deputatkohlen. Da zerriß die Erbitterung der Bergarbeiter die letzten Dämme und der Generalstreik wurde unvermeidlich. Noch hofften die Führer durch präzise Aufstellung von Forderungen und Anrufung des Einigungsamtes in letzter Stunde die Gefahr zu beschwören. Das Grubentapital lehnte auch dieses Entgegenkommen ab und der Kampf hat begonnen.

Einig, wie ein Mann, haben sich alle vier Bergarbeiterorganisationen des Ruhrreviers der gerechten Sache der Bergleute angenommen. Zum erstenmal ist in diesem Kampf die Einigkeit aller Arbeiterverbände zur Tatsache geworden. Sie verbürgt den Streikenden eine gerechte Würdigung ihrer Forderungen.

Aber die Organisation eines einzelnen Berufes ist den Anforderungen eines solchen Riesenkampfes nicht gewachsen. Millionen sind notwendig, um diese Hunderttausende zu unterstützen in ihrem gerechten Kampfe gegen den maßlosen Uebermut einiger Millionäre und Milliardäre. Da muß die ganze deutsche Arbeiterschaft einig und hilfsbereit hinter den Streikenden stehen und für sie opfern, was in ihren Kräften steht.

Im Namen der Vorstände der zentralisierten Gewerkschaften, deren Zustimmung der Generalkommission zu teil wurde, appellieren wir an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands, die kämpfenden Bergarbeiter in jeder Weise zu unterstützen.

Wohl wissen wir, wie schwer gegenwärtig für viele Arbeiterfamilien auch ein geringes Opfer wird, da Winterskälte und Arbeitsmangel doppelt auf ihnen lasten. Die gemeinsame Sache aller Arbeiter erfordert es, daß jeder gibt, was er zu geben vermag. Die Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterklasse, die vor Jahresfrist den 6000 Crimmitschauer Weibern ein glänzendes Weihnachtsgeschenk bereitet, wird auch die Hunderttausende von Bergarbeitern nicht dem Hunger überlassen und sie zwingen, ins unerträgliche Lohnloch zurückzukehren. Sie wird ihnen helfen, den Kampf für ihre Arbeiterrechte zu einem guten Ende zu führen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden der Arbeiterschaft vorangehen durch Opferinn und Sammeleifer.

An die örtlichen Gewerkschaftskartelle ist das Ersuchen ergangen, die Sammlungen für die streikenden Bergarbeiter in der umfassendsten Weise zu organisieren und ihnen zu vollem Erfolge zu verhelfen. Durch ihre Hand sind alle eingegangenen Gelder gemäß einer mit dem Vorstande des Deutschen Bergarbeiterverbandes getroffenen Vereinbarung abzuführen an dessen Hauptkassierer

Paul Horn, Bochum, Wiemelhauserstr. 38-40.

Und nun aus Werk! Bewährt eure Arbeiter-solidarität. Unterstützt rasch und reichlich.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

An die Arbeiterschaft Berlins und Umgegend!

Verte Genossen!

Bezugnehmend auf obigen Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands machen wir hiermit bekannt, daß von heute an von der Berliner Gewerkschaftskommission Sammellisten für die Bergarbeiter herausgegeben werden. Dieselben tragen den Stempel der Kommission. Listen ohne Stempel sind ungültig.

Für Berlin sind Gelder zu richten an A. Körsten, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Dasselbst sind auch Listen zu haben in der Zeit von 9-1 und 4-8 Uhr im Saal III. Die Quittungen erfolgen öffentlich durch den „Vorwärts“.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

In dem wirtschaftlichen Riesenkampfe des bergmännischen Proletariats sind die Parteigenossen und Genossinnen Berlins verpflichtet, das äußerste für ihre kämpfenden Brüder zu tun. — Es gelangen durch die Partei-Organisationen ebenfalls Sammellisten zur Ausgabe, welche von den Bezirksführern zu beziehen sind und die mit der Partei verrechnet werden müssen. Auch ist das Parteibureau, Adresse:

A. Gerisch, Lindenstraße 69,

gleichfalls zur Empfangnahme von Geldern bereit.

Parteigenossen und Genossinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins, tut auch im gewerkschaftlichen Kampfe wie beim Crimmitschauer Streik eure Schuldigkeit! Hoch die Solidarität aller Arbeiter!

Die Vertrauensleute von Berlin und Umgegend.

Die Vertrauenspersonen der Frauen Berlins und Umgegend.

„Der Staat sind wir!“

Essen, 18. Januar. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge dauerten die hier heute unter dem Vorsitz des Ober-Berghauptmanns v. Velsen zwischen den Ministerial-Kommissaren, dem Berghauptmann und dem Ausschuss des bergbäuerlichen Vereins gepflogenen Verhandlungen bis 1 Uhr. Sie waren rein informativ. Der bergbäuerliche Verein erklärte sich vor allem bereit, alle seine Mitglieder zu veranlassen, jede Auskunft über die Verhältnisse der Zechen in ausgiebigster Weise zu erteilen. In den morgigen Verhandlungen in Dortmund nimmt der bergbäuerliche Verein nicht teil. Dort soll den Vertretern der Arbeiterorganisationen Gelegenheit gegeben werden, alle ihre Beschwerden gegen die einzelnen Zechen vorzubringen. Daraus werden die Beschwerden Punkt für Punkt in Verhandlungen mit den betreffenden Zechen geprüft werden.

Die Herren des Kohlenyndikats pfeifen auf die Regierung. Die Regierung kann ihnen sonst was. Sie sind so grausam, daß sie dem preussischen Ministerium mit höhnischer Gelassenheit die Larve der verhöhnenden Sozialpolitik vom Gesicht reißen. Der preussische Handelsminister hat im Abgeordnetenhaus für das Syndikat gepredigt, aber, um den Schein der Objektivität zu wahren, Regierungskommissare entsandt. Schon in ihrem früheren Protokoll hatten die Gewaltigen des Kohlenyndikats der Regierung diktiert, daß sie zwar bereit wären, den Kommissaren Audienz zu erteilen, aber nur um ihnen klar zu machen, daß keinerlei Wünsche im Ruhrrevier beständen. Die neuesten Entschlüsse des Syndikats sind darauf berechnet, in der Öffentlichkeit keinerlei Zweifel darüber entstehen zu lassen, daß die Kommissare der Regierung nicht zur Vermittlung entsandt sind, sondern zur Entgegennahme der Befehle des Unternehmertums. Die Diktatoren des Ruhrreviers haben nicht nur den Arbeitern gegenüber abgelehnt, Rede zu stehen, sie haben auch den ins Ruhrrevier entsandten Regierungskommissaren mit nicht mehr verhältnißmäßigem Lohn klar gemacht, daß sie nicht daran denken, sich unter dem Vorsitz der Regierungskommissare in Vermittlungsgesprächen einzulassen.

Das Telegramm, das wir an die Spitze gesetzt haben, ist ein klassisches Dokument kapitalistischer Schreckenstheorie. „Der Staat sind wir“, erklären die Leiter des Syndikats. Wir geben der Regierung die Aufklärungen, die wir für nötig halten. Wir können und wollen es nicht verhindern, daß die Regierung sich nach den Beschwerden der Arbeiter erkundigt, aber uns fällt es nicht ein, etwa mit den Arbeitern in Gegenwart der Regierungskommissare Aug' in Auge und über die Beschwerden auseinanderzusetzen. Wenn die Regierung Zeit und Lust hat, sich anstandslos nach den Beschwerden der Arbeiter zu erkundigen, so sind wir gern bereit — sagen die Herren des Syndikats —, das auf diese Weise gesammelte Material anzuhören, und wir werden der Regierung dann beweisen, was von vornherein ja feststand, daß alle Beschwerden — unbegründet sind.

Damit wird das ganze Vermittlungsverfahren der Öffentlichkeit entrückt und die Unterhändler der Regierung sind lediglich Possenfiguren, die die Aufgabe haben, den Syndikatsherren Gelegenheit zu geben, noch einmal festzustellen, daß alles in Ordnung ist. Hätte die Regierung nur eine Spur von Ehrgefühl (von sozialem Bewußtsein nicht zu reden) gegenüber dem Kohlenyndikat, so würde sie den Zechenbaronen jetzt schroff erklären, daß sie keinen Anlaß mehr habe, gemeinsam mit ihnen und den Arbeitern zu verhandeln und weiterhin die Aufklärungen des Unternehmertums entgegenzunehmen; die Sache der Partei, die vor Gericht nicht erscheint, gelte stets als zurückgewiesen, die Regierung nehme also die Beschwerden der Arbeiter für begründet und berechtigt an.

Schon am Dienstag hatte am Schluß der Beratung mit den Arbeitern der Regierungskommissar melancholisch seine Zweifel geäußert, ob die Vertreter des Unternehmertums zu den von ihm inszenierten gemeinsamen Vergleichsverhandlungen erscheinen würden. Der Mann kannte seine Leute. Die Syndikatsherren denken in der Tat nicht daran, von ihrer Auffassung einen Schritt abzugeben, daß sie der Staat sind, daß sie über das Wohl von einer Viertelmillion Arbeiter und ihrer Familien, über das wirtschaftliche Schicksal des ganzen Deutschen Reiches zu entscheiden haben. Politik treiben heißt für sie: provozieren!

Die Regierung ist für das Syndikat lediglich der Ausschuss des Unternehmertums, und dieses ist wenigstens so brutal ehrlich, durch alle seine Handlungen deutlich zu bekräftigen, daß das sozialpolitische Gebilde von einer über den Parteien und über den Klassen stehenden Regierung eine lächerliche Heuchelei sei. Das Kohlenyndikat befolgt nicht die Schwappolitik von der goldenen Mitte und der Diagonale, von dem Ausgleich und der Versöhnung der Interessen. Es proklamiert seine absolute Herrschaft, es bestiehlt und die Nation neigt der Regierung hat zu gehorchen.

Die bürgerliche Presse verfolgt natürlich umgekehrt die Tendenz, dieses Verhältnis zu verschleiern, und so werden von schlecht unterrichteten, aber gut gefassten Ruhe-Verächterstältern über die Stellung des Syndikats immer wieder irreführende Meldungen telegraphiert. Unmittelbar vor der Ablehnung, mit den Arbeitern zu verhandeln, verbreitete der diplomierte oder diplierende Berichtserstatter des „Lokal-Anzeigers“ die verführerische Meldung, daß das Syndikat die Forderung der Arbeiter nicht völlig ablehnen werde. So sind auch in den Abendblättern vom Mittwoch noch Telegramme zu finden, wonach die Vertreter des bergbäuerlichen Vereins am Donnerstag unter Vorbehalt der Regierung mit den Arbeitern beraten würden. Das Kohlenyndikat durchkreuzt mit anerkannter Offenheit alle diese Vermählungen, die Gewalttätigkeit des Kapitalismus in seiner Größe und Unbarmherzigkeit auch nur in etwas abzuschwächen.

Die Lage

Charakterisiert am Mittwochabend in einem Privattelegramm aus Bochum unser Z-Mitarbeiter wie folgt:

Zu Dortmund, Bochum und Herne herrscht musterhafte Ruhe. In den Städten steht man kaum etwas vom Streik. In Dortmund ist eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten Studt vom 27. April 1891 angehängelt:

Wer sich unbefugt in der Nähe von Betriebsstätten eines Bergwerkes oder auf den Zugangstraßen zu einer solchen Betriebsstätte aufhält oder der Aufforderung der Polizeibeamten, sich zu entfernen, keine Folge leistet, wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder entsprechender Haft bestraft.

Das ist eine offenbar ungesetzliche Verordnung gegen das Streikpostenstehen. Es ist bedauerlich, daß so wenig gesetzlicher Sinn in Regierungs- und Unternehmertreuen herrscht.

Auf mehreren Zechen sind bei der Lohnauszahlung sechs Schichten wegen Kontraktbruch abgezogen und zahlreich die Wohnungen gekündigt worden. Dagegen wird Klage erhoben werden.

Auf „Konstantin IV und V“ fuhrten um 4 Uhr etwa 30 Arbeitswilige aus, keine Jungen und alte Männer. Sie wurden von fünf Polizisten nach Hause begleitet.

Eine Anzahl Streikender standen auf der Zeche unter der Aufsicht vieler Polizisten und berittener Gendarmen. Die Leute verhielten sich völlig ruhig.

Die Zeche „Julius Philipp“, deren Arbeiter sich mit der Verwaltung geeinigt haben und nun nach Verwilligung einiger Forderungen wieder eingefahren sind, gehört zu denen, die still gelegt werden sollten. Sie beschäftigt nur noch 200 Mann. Bedingung der Einigung ist, daß nicht mehr Leute angelegt werden als bisher.

Am Dienstag fanden mehr als 60 Versammlungen statt. Ein in Verten verbreitetes Flugblatt, das zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordert, ist nicht vom christlichen Ge-

werkverein ausgegangen, sondern ohne Namensunterschrift nur gezeichnet: Zwei Ausschussmitglieder des christlichen Gewerkevereins. — Der christliche Gewerkeverein wird gegen die Urheber des Flugblattes vorgehen.

So weit unser Privattelegramm. Einer Wolffschen Meldung entnehmen wir noch, daß am Freitag vormittag um 10 Uhr in Bochum eine Versammlung stattfinden wird, in der die Ergebnisse der bis dahin geführten Verhandlungen bekannt gegeben werden sollen. — Das Ergebnis wird natürlich gleich Null sein, bei der Haltung des Unternehmertums.

Wie aus Koblenz offiziös telegraphiert wird, ist Oberpräsident Dr. Rasse aus dem Streikgebiet zurückgekehrt. Wie die „Koblenzer Zeitung“ erfährt, sehen die oberen Verwaltungsbehörden die Lage als ernst an; doch dürfte die Ruhe und Ordnung nicht gestört werden. Die Zuhilfenahme von Militär ist noch nicht in Erwägung gezogen worden.

Die Zahl der Streikenden

Ist vorläufig nicht mit Sicherheit festzustellen. Der „Reichs-Anzeiger“ berichtet am Mittwoch nachmittag erst, daß von der Frühlicht am Dienstag 50 347 Mann angefahren seien. Es ist eben leichter, die Anfahrenden als die Streikenden zu zählen.

Selbst eine Unternehmermeldung von Mittwoch abend gibt aber bereits 154 868 Ausständige (gegen 154 330 in der gestrigen Morgen- und Nachmittagslicht). Im Ausstand befinden sich nach dieser Meldung die Belegschaften von 204 Zechen.

Man wird nach diesen Zugeständnissen nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß von den rund 260 000 Arbeitern des Ruhrreviers mehr als 200 000 streiken. Unser Dortmund Korrespondent schätzt denn auch die Zahl der Streikenden auf mindestens 225 000.

Streikposten als Polizeibeamte.

Bochum, 18. Januar. (Privat-Telegramm unseres Z-Mitarbeiters.) Auf Zechen „Präsident“ sind Streikposten als Polizeibeamte vereidigt. Sie tragen weiße Binde und Kontrollmarke.

Eine sehr verständige Maßregel zur Aufrechterhaltung der Ordnung!

Schutz vor den Zechenbeamten.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: In den Versammlungen wird jetzt schon darüber geklagt, daß die Zechenbeamten von den ihnen übertragenen Polizeibefugnissen in sehr lästiger Weise Gebrauch machen. In einer Versammlung in Hörde, die Dienstag abend stattfand, wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung protestiert gegen das Vorgehen der Beamten der Zechen „Felicitas“, die die Befugnisse als Sicherheitsbeamten überschritten haben.

Unternehmer-Rache.

Die Verwaltung von Zechen „Preußen“, die von den Streikenden die Räumung der Werkwohnungen verlangt, macht bekannt, daß sie nicht nur die Kontraktstrafe, sondern auch für zwei Monate Mietschuldigung einzuziehen werde.

Eine Streikbruch-Organisation.

Die vom Vorstand des evangelischen Arbeiterbundes ausgegangene Aufforderung zum Streikbruch findet, wie uns aus Dortmund geschrieben wird, in den Kreisen der Mitglieder scharfen Widerspruch; es dürfte aus diesem Anlaß im Bund der Magister zu einem neuen Zusammenstoß kommen.

Polizei-Unruhen

werden fortgesetzt von den Reportern des Kohlenyndikats in die Welt gesetzt. Wenn diese Nachrichten wahr wären, würde es im Interesse der Ordnung zweckmäßig sein, die unruhigen Leute nach Döhlbien zu transportieren.

„Wolffs Bureau“ mißbraucht die schöne Erfindung des Ferndruckers, um diese anrüchliche Reportage zu verbreiten. Durch das Wortchen „wieder“ versucht es dabei den Eindruck zu verschärfen, daß etwas geschehen sei. Am Mittwoch abend berichtet der Syndikats-Telegraph: Gestern fanden „wieder“ Ausschreitungen gegen Arbeitswillige statt, die auf Zechen „Zentrum“ größeren Umfang annahmen. Die anwesende Polizei und Gendarmrie wurde mit Steinen beworfen und mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen, wobei mehrere Verletzungen vorkamen. Auf „Graf Bismarck III“ wurden gestern auf zwei Vergleuten nach der Nachmittagslicht drei Revolvergeschosse abgegeben; einer der Ueberfallenen wurde verletzt. Die Täter wurden in der Nacht verhaftet.

Wie solche Räubergeschichten fabriziert werden, darüber läßt unser Dortmund E-Verichterstatter auf:

In Gegenwart des Vertreters der „Köln. Volks-Zeitung“ spielte sich im Geschäftszimmer des Herrn Vergrats Engel im Gebäude des bergbaulichen Vereins folgender Vorgang ab: Herein tritt der Vot, eine Mappe, Geschäftspapiere enthaltend, überreichend. Der Vot erzählt: Auf dem Wege von Allmann nach hier, lauerten mir circa 25 Mann auf. Ich wurde vom Nade gerissen und die Kerle versuchten, mir die Mappe zu entreißen. Ich riß mich los, zog ein Messer, stach um mich, und, als die Kerle zurückwichen, schwang ich mich auf mein Rad und jagte davon. Wenn ich jemanden verletzt habe, ist es in Notwehr geschehen! —

„Sehen Sie, wie es geht?“ bemerkte Herr Engel zu dem Pressevertreter. Dieser meinte nachher zu dem Schreiber dieser Zeilen: „Mir will es nicht einleuchten, daß 20 Mann, die einen Menschen überfallen wollen, diesen ungeschoren laufen lassen und dabei noch mit einem Messer verarztet werden.“ — Jedenfalls wird die Schauermär in den nächsten Tagen in der Unternehmerpresse auftauchen — oder vielleicht jetzt doch nicht mehr?

Armeevolver für Streikbrecher.

Wie man uns mitteilt, hat die Zechen „Westend“ bei einer bekannten Berliner südwestafrikanischen Ausstattungsfirma Armeevolver bestellt, die auch bereits abgeliefert.

Will man Streikbrecher mit diesen Wodwaffen ausrüsten? Will man südwestafrikanische Sitten gegenüber den Sklaven des Ruhrreviers anwenden?

Streikwirkungen.

Die Situation im Ruhrrevier wird von der Berliner Börse noch immer als recht günstig für die Zechengesellschaft angesehen. Man rechnet auf eine sehr kurze Dauer des Streiks und nimmt an, daß er nur den Zweck haben wird, das Kohlenyndikat und die von ihm abhängigen Kohlenhandels-Gesellschaften von einem Teil ihrer Vorräte zu befreien. Tatsächlich setzten dem auch heute gleich nach Beendigung der Börse verschiedene Kohlenaktien ein, und später gegen 1/3 Uhr kam es nochmals zu einer Aufwärtsbewegung der Kurse, so daß einzelne leitende Kohlenwerte heute mit Avancen von 2 Proz. und mehr abgeschlossen haben. Allerdings half bei diesem Auftrieb die große

Dankfinanz durch Ankäufe nach. Weit pessimistischer beurteilt man in einem Teil der rheinischen Großindustrie die Lage. In der Eisen- und Stahlindustrie bereiten sich bereits einzelne Werke darauf vor, einen Teil ihres Betriebes stillzulegen; und auch die rheinischen Textil- und Zementfabriken sollen, wie berichtet wird, Betriebseinsparungen planen.

Dagegen rechnet man in England auf große Vorteile aus dem Streik; speziell gedenkt die englische Kohlenindustrie den niederländischen Kohlenmarkt, der ihr in den letzten Jahren mehr und mehr vom Kohlenyndikat streitig gemacht worden ist, größtenteils wieder zurückzuerobern zu können. Und in diesem Bestreben findet der englische Kohlenbergbau lebhafteste Unterstützung des niederländischen Großkohlenhandels. Nach telegraphischer Meldung aus Newcastle sind dort gestern 15 Dampfer für den sofortigen Kohlentransport nach Rotterdam und Amsterdam und acht Dampfer für den Transport nach Hamburg gechartert worden. Selbst das offiziöse „Wolffsche Bureau“ fühlt sich zu folgender Meldung genötigt:

„Die Morgenblätter bringen Berichte aus verschiedenen Landesteilen über den Einfluß des westfälischen Arbeiterausstandes auf den englischen Kohlenmarkt. Aus Newcastle wird gemeldet, daß dort gestern etwa 40 000 Tonnen Kohlen verkauft worden sein sollen. Die Preise für Winterkohlen sind um 1 Sch. 3 Pence gegen vorige Woche gestiegen. Seit Freitag sind mehr als zwölf Dampfer gechartert worden. Die Frachtsätze sind von 3 Schilling 4 Pence auf 4 Schilling 6 Pence beziehungsweise auf 4 Schilling 8 Pence gestiegen. An der Börse von Cardiff waren die Kohlenpreise fest, doch sind bisher dort wenige Bestellungen eingelaufen. Der Kohlenmarkt von Süd-Lancashire zieht erheblichen Nutzen vom Ausstand. In den letzten Tagen haben zwei Agenten vom Kontinent beträchtliche Bestellungen aufgegeben. Auch die Verschiffungen von Süd-Yorkshire und Midland sind im Steigen begriffen. Nach dem „Standard“ stiegen in Newcastle beste Kohlen in den letzten acht Tagen um 2 Schilling 1 Pence. Die Nachfrage an Schiffskohlen für Rotterdam, Hamburg und Emden wächst. Die Frachtsätze für Emden sollen auf 5 Schilling, die für Hamburg und Rotterdam auf 5 Schilling 3 Pence gestiegen sein.“

Es entsteht dem Kohlenyndikat eine Konkurrenz, die seinen Leitern noch manche Kopfschmerzen machen dürfte.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Zu den Eisenwerken, die infolge Kohlemangel den Betrieb aussetzen oder einschränken müssen, kommen nun auch andere industrielle Anlagen, z. B. Zementwerke und Textilfabriken, die aus gleichem Grunde zu Betriebseinsparungen gezwungen sind.

Wo bleibt das Zentrum?

Das Zentrum denkt nicht daran, „seine“ Gewerkschaften durch Geldsammlungen zu unterstützen. Die „Germania“ begnügt sich damit, einen Aufruf der christlichen Gewerkschaften zu veröffentlichen: Desgleichen drückt sich der Freisinn. Seine geliebten Hirsch-Dunderschen müssen sehen, wie sie sich mit sozialdemokratischen Arbeitergroßen durchhelfen! Die „Berliner Volks-Zeitung“, Roffes Organ für Arbeiterfreundschaft und Streikbruch-Inserate, zieht sich aus der heißen Affaire, indem sie einen Aufruf der deutschen Gewerkschaften Rheinland-Westfalens wiedergibt.

Schmuck in holdem Wahnsinn.

„Deutsche Tageszeitung“ (Bund der Landwirte): „Forcht man nach den Ursachen dieser unseligen Bewegung, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Sozialdemokratie, demselben veranlaßt hat. Von oben herunter, d. h. aus dem Lager dieser Partei ist der Streik vorbereitet worden. So sehr sich auch einige Führer bemüht haben, von einem allgemeinen Ausstande abzuraten: dem aufmerksamen Beobachter der Vorgänge blieb kein Zweifel darüber, daß alle diese Mahnungen nur Spiegelschatterien waren. Der Streik war bereits eine beschlossene Sache, als die warnenden Stimmen der sozialdemokratischen Gewerkschaften vernommen wurden. Die Sozialdemokratie brauchte, so muß man nach den Geschehnissen seit dem Dresdener Parteitage annehmen, wieder einmal einen Massenstreik — lediglich im Interesse der Partei und ihrer Führer selbst! Sie sieht auf dem Standpunkt, daß selbst ein verlorener Streik dem Partei-Interesse weit mehr zu statten kommt, als eine ruhige Entwicklung der Dinge.“

„Berliner Tageblatt“ (freisinnig, vom eigenen Ruhrspezialisten): „Ich fuhr mit zwei alten Vergleuten zusammen — der eine mit seiner Kassekante kam von der letzten Schicht, wie er resigniert erzählte; der andere streifte schon seit gestern, obwohl er keinen Grund zur Unzufriedenheit hatte, denn er hatte einen schönen Verdienst gehabt — 5,90 Mark pro Schicht. Aber die Furcht, daß wenn er weiter arbeiten würde, die Kameraden an ihm Rache nehmen könnten (trotz der schönen Ermahnungen der Führer, daß gegen keinen Arbeitswilligen Gewalt angewendet werden solle), hielt ihn zurück.“

Das ist derselbe Mann, der den Streik auch auf die „stieren Augen“ zurückführte. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Januar.

Reichs-Eisenbahnen.

Die neueste konservative Staatsstreichtheorie, deren Vater der Staatsrecht-Professor v. Jagemann ist, geht dahin, daß die deutschen Einzelstaaten dem Reiche gewisse Befugnisse eingeräumt hätten, — die sie bei Gelegenheit wieder an sich zurücknehmen könnten, — daß der deutsche Reichstag sich nur mit diesen Dingen beschäftigen dürfe, während die Einzel-Landtage im Hinblick auf ihre Stellung zum Bundesrat zur Behandlung auch aller Reichsfragen befugt seien. — Nach der geltenden Verfassung hat, umgekehrt, das Reich die Kompetenz, das heißt das Recht, alle Materien, die ihm geeignet erscheinen, vor das Forum der deutschen Volksvertretung zu ziehen und zum Gegenstand der Reichsgesetzgebung zu machen.

Aber man muß anerkennen, daß die herrschende Staatsstreichtheorie der konservativen Theorie entspricht. Statt unter Zustimmung des Reichstages ein einheitliches Strafvollzugsgesetz zu schaffen, setzen die einzelstaatlichen Regierungen auf dem „Verwaltungswege“ einheitliche Grundsätze über den Strafvollzug fest. Statt die Eisenbahnen auf das Reich zu übernehmen, vereint sich der Fiskalismus der Einzelstaaten in einer „Betriebsmittelgemeinschaft“ unter Führung Preußens zur gemeinsamen Ausbeutung der Reisenden.

Im Vorjahre hatten die Abgeordneten aus den deutschen Kleinstaaten beweglich über die Umleitungspraktiken geklagt, durch die entgegen dem klaren Wortlaut des Art. 42 der Reichsverfassung die kleineren Staaten von den größeren Nachbarn finanziell aufs schwerste geschädigt würden. Seitdem ist es den Eisenbahnkonferenzen in Heidelberg und Berlin gelungen, eine Betriebsmittelgemeinschaft zwischen den deutschen Bundesstaaten zustande zu bringen, und eine gerechte Verteilung des Profits, der dadurch noch größer werden wird, unter einander zu vereinbaren. Das bedeutet neben dem finanziellen und technischen Fortschritt natürlich eine bedeutende Stärkung des preussischen Einflusses auf alle, auch die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen. Trohdem waren zum Beispiel die württembergischen Abgeordneten

Erzberger vom Zentrum, Wolff vom Bund der Landwirte, Sieber von den Nationalliberalen und Storz von der Süddeutschen Volkspartei ganz beglückt über die gnädige Annahme ihrer Unterwerfung durch das großmächtige Preußen. Herr Sieber pries diese „moralische“ Eroberung Preußens in Süddeutschland als den größten Fortschritt zur Einheit Deutschlands seit Gründung des Reiches, und selbst der „Demokrat“ Storz wollte lieber von Berlin als von München aus regiert sein. Weniger befriedigt über diese Regelung der Eisenbahnfrage war schon der bayerische Zentrumsvizepräsident Bähler. Er möchte nicht von der Erweiterung der Betriebsmittelgemeinschaft zu einer vollen Betriebsgemeinschaft wissen, wie die württembergischen Abgeordneten sie vorschlugen. Was bei einer solchen heranzuhäuten würde, das konnte man schon im voraus aus den Mittellungen ersehen, die Genosse Reichhaus über die Benachteiligung Thüringens machte. Aber gerade deshalb tritt unsere Fraktion, für die Genosse Dr. David sprach, für diese Betriebsgemeinschaft ein. Erst wenn die süddeutschen Staaten merken, was es bedeutet, daß auch ihre Eisenbahnen unter die Herrschaft der preussischen Junkerlinie geraten, werden sie mit aller Kraft für die Uebernahme des gesamten Eisenbahnbetriebes durch das Deutsche Reich eintreten; und erst mit ihrer Hilfe wird es möglich sein, den Widerstand des preussischen Partikularismus gegen diese notwendige Maßregel zu überwinden. —

Nur heute hatten die süddeutschen Abgeordneten in der Freude über das Zustandekommen der Betriebsmittelgemeinschaft die schweren Mißstände vollkommen vergessen, die der preussische Betrieb in den vorgeschrittenen süddeutschen hineintragten würde. Das erste Geschenk, das eine Betriebsgemeinschaft den Süddeutschen bringen würde, dürfte die Einführung der jetzt in Süddeutschland nicht bestehenden vierten Wagenklasse und die Erhöhung der Tarife sein. Mit Recht protestierten die Genossen David und Reichhaus gegen die Veleidigung, die man der minder bemittelten Bevölkerung zufügt, indem man sie in die Käfige der 4. Wagenklasse sperrt. Diese Veleidigung ist ein so schlimmeres Unrecht gegen die Arbeiterklasse, als die Uebergriffe der 3. und besonders der 4. Klasse zur Deckung des Defizits der beiden ersten dienen müssen. So erscheint die Forderung auf Abschaffung der vierten Wagenklasse und die Ermäßigung der Kosten für die Fahrt in der dritten Klasse nicht nur unsere selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit, sondern fand auch die Zustimmung der freisinnigen Redner v. Gerlach, Schrader und Gothein. Natürlich wandten sich die Konservativen gegen jede Verkehrsvereinfachung und Verbesserung. Der Herr Graf Limburg-Stirum hat nach seiner Erklärung noch nie einen Menschen gesehen, der wegen der hohen Billettosten eine Fahrt unterlassen hat. Und der Abg. Pauli findet die vierte Klasse sehr gut ausgestattet und die Leute, die darin fahren, sehr viel vergnügter, höflicher und rücksichtsvoller, als die Progen in der ersten und zweiten Wagenklasse. Für dieses Kompliment können ihm unsere Parteigenossen dankbar sein; aber sie werden nicht einsehen können, warum man gerade diese netten Leute so elend schlecht behandeln soll, wie es in der vierten Klasse geschieht.

Der Präsident des Reichs-Eisenbahnamts schwieg zu all diesen Debatten. Er hat gegenüber dem preussischen Eisenbahn-Minister nichts zu sagen. Sollte da nicht der Antisemit Berner mit seiner Behauptung recht haben, daß das Geld für ein Reichs-Eisenbahnamt gepart werden könnte, bis einst ihm eine wirkliche Herrschaft über das Eisenbahnwesen Deutschlands eingeräumt wird? Das Haus freilich bewilligte, wie alljährlich, den Etat dieser wirkungslosen Behörde.

Debatte los wurde auch der Etat des Rechnungshofes angenommen.

Morgen steht der Reichspostetat zur Debatte. —

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus begann am Mittwoch die zweite Beratung des Entwurfes eines Ausführungsgesetzes zu dem Reichsgesetz betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten (Reichs-Seuchengesetz). Die Vorlage stand bereits am 15. Juni vorigen Jahres auf der Tagesordnung, sie wurde damals mit Rücksicht darauf, daß über die Ausbringung der Kosten erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestanden, an die Kommission zurückverwiesen. Auch jetzt ist das Zustandekommen des Gesetzes noch keineswegs gesichert; es hängt davon ab, in wie weit die Agrarier mit einer Belastung der ländlichen Gemeinden einverstanden sind.

Im einzelnen ist aus der Beratung hervorzuheben die Ablehnung des Antrages Savigny (Z.) auf Streichung der Bestimmung des § 1 des Gesetzes, wonach jeder Todesfall an Lungen- und Kehlkopftuberkulose anzuzeigen ist, die Erkrankung an Lungen- und Kehlkopftuberkulose jedoch nur dann, wenn ein Erkrankter im vorgeschrittenen Stadium die Wohnung wechselt. Den Antragstellern, die die Befürchtung hegten, daß diese Bestimmung dazu führen würde, daß Lungenkranke schließlich überhaupt keine Wohnung mehr bekommen, hielt die Regierung die Notwendigkeit eines energischen Kampfes gegen die Tuberkulose entgegen. Die Mehrheit schloß sich dieser Auffassung an. Nach unserer Ansicht ist diese Bestimmung, so gut sie gemeint ist, so lange wirkungslos, wie nicht zugleich auch positive Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose ergriffen werden.

Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag Münsterberg (fr. Vg.) auf Streichung der Bestimmung des § 2, daß Ärzte oder sonst mit der Behandlung oder Pflege der Erkrankten beschäftigte Personen in jedem Falle, in welchem sie von Unteroffizieren und Mannschaften des aktiven Heeres zur Behandlung von Syphilis, Tripper oder Schanker gezogen werden, dies dem Kommando des betreffenden Truppenteils oder dem bei demselben angestellten Ober-Militärarzte anzuzeigen haben.

Bei der Beratung desjenigen Abschnittes des Gesetzes, der von den Kosten handelt, vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

Außerdem steht am Donnerstag die zweite Lesung der Hibernia-Vorlage auf der Tagesordnung. —

Die Petersburger Streikbewegung

zieht in bemerkenswerter Weise immer weitere Kreise. Die Arbeiter der Newski-Schiffbauwerke haben vorgestern nacht in einer Versammlung, die zur Unterstützung der Forderungen der Arbeiter der Butilowschen Fabrik und der französisch-russischen Werke einberufen war, beschlossen, am nächsten Tage in den Ausstand zu treten, und haben gestern vormittag diesen Beschluß auch ausgeführt. Die Lage wird als ernst bezeichnet. Der Stadthauptmann, der gestern bei diesen Arbeitern erschien, rebete ihnen zu, sich ruhig zu verhalten. Es sind die Arbeiter dieser Werke 12 000 an der Zahl. Die Werke befinden sich infolge harter Regierungsaufträge in glänzender geschäftlicher Lage; dort

werden gegenwärtig Unterseeboote vom Typus „Protector“ gebaut. Ein Teil derselben ist bereits fertig. Ferner wird dort ein Geheim-Mechanismus unter Leitung eines amerikanischen Monteurs ausgeführt. Die Fabrik hat auch noch weitere Aufträge der Regierung, die in den nächsten zwei Monaten auszuführen sind. Auch zwei große Ozondampfer vom Typ der Dampfer der Freiwilligen-Flotte sowie eine Anzahl Torpedoboote und Kanonenboote sind auf dieser Werft im Bau.

Der Direktor der französisch-russischen Werke hatte vorgezogen die Arbeiter einige Zugeständnisse gemacht, gestern erklärte er plötzlich, er könne keinerlei Zugeständnisse machen und müsse auch die vorgezogenen emmerdumten zurückziehen, weil er ohne Zustimmung des Stadthauptmanns gemacht habe.

Auch die Arbeiter der Stieglitzschen Fabrik, 8000 an Zahl, sind gestern in den Ausstand getreten; sie verlangen den Achtstundentag.

Neu ist bei diesem Streik, daß die Arbeiterversammlungen, die früher in solchen Fällen heimlich abgehalten werden mußten, jetzt ganz offen tagen, ferner, daß die Fabrikdirektoren und der Stadthauptmann sich beilen durch direkten Verkehr mit den Streikenden auf sie beruhigend einzuwirken. Auch sind bis jetzt noch keine Meldungen von Massenverhaftungen und Ausweisungen der Arbeiter eingetroffen. Die Regierung scheint doch zur Einsicht gelangt zu sein, daß sich jetzt mit dem Volke nicht in der bisherigen Weise reden läßt. Ob die Bewegung der Arbeiter sich vorwiegend auf rein-wirtschaftlichen Gebiete bewegt, oder ob dabei auch politische Gesichtspunkte in beachtenswerter Weise zur Geltung gebracht werden, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Auf der Höhe der Situation wird sich die Petersburger Arbeiterschaft allerdings nur in dem Falle zeigen, wenn sie im Anschluß an die konstitutionelle Bewegung, von der weite Schichten der russischen Bevölkerung erfaßt sind, auch die Forderung nach einer Neuordnung der politischen Verhältnisse geltend machen würden, ohne die für die Arbeiter keine sicheren und dauerhaften Erfolge im wirtschaftlichen Kampfe zu erwarten sind. Unsere Petersburger Genossen sind zweifellos energisch tätig, um den weitesten Schichten der Petersburger Arbeiterschaft die politische Bedeutung des Moments klarzumachen. Wir wünschen ihnen Glück zu ihrer Arbeit! —

Deutsches Reich.

Bruch der Neutralität durch Auslieferung von Desertoren.

Die Behauptung, daß russische Desertoren von deutschen Behörden an Rußland ausgeliefert würden, ist vom preussischen Polizeiminister v. Hammerstein im Abgeordnetenhaus zunächst als eine „infame Lüge“ bezeichnet worden; später gab der Minister zu, daß „Wettler und Landsreicher“ zwangsweise über die russische Grenze abgehoben würden, womit erklärt ist, daß nur Desertoren der bestehenden Klasse der Eintritt nach Deutschland gestattet sei. Jetzt nimmt ein Zugeständnis des Bürgermeisters von Landsberg, einem ober-schlesischen Grenzstädtchen, der „infamen Lüge“ auch dieses letzte dürftige Mäntelchen weg und liefert den Beweis, daß Preußen nicht nur „Landsreicher“ zwangsweise abschiebt, sondern Desertoren bewußt und systematisch ausliefert. In einem Aufsatz, den Herr Bürgermeister Bielefeld unter dem Titel: „Stimmungsbilder von der schlesisch-russischen Grenze“ in der Monatschrift „Oberschlesien“, Heft 9, Verlag von Böhm, Kattowitz, veröffentlicht, ist wörtlich zu lesen:

„Die fast panikartige Flucht der Militärpflichtigen aus Rußisch-Polen läßt aber auch mitunter auf den Geist und die Disziplin der Grenzsoldaten einen gerade nicht vorteilhaften Einfluß aus, und ist es daher nicht zu verwundern, wenn auch öfters Fälle zu konstatieren sind, wonach der Grenzsoldat seine militärische Ausrichtung von sich warf und nach Ueberschreitung des Prodnas-Flusses auf ober-schlesischen Boden sich begab, um von hier aus seinem zumeist unbestimmten Ziele zuzusteuern. In den meisten Fällen aber verlegten diese Leute durch ihr ganzes Benehmen und durch ihre Kleidung ihren militärischen Charakter nicht, weshalb vielfach ihre Festnahme und damit ihr zwangsweiser Abschub nach dem nächsten Bordon (russische Grenzwaache) erfolgt.“

Die Leute werden also festgenommen und ausgeliefert, nicht weil sie wie „Landsreicher“ aussehen, sondern weil man sie an ihrer Kleidung und an ihrem Benehmen als Soldaten erkennt. In ihren Soldaten einer kriegsführenden Macht die Grenze eines neutralen Staates überschreiten, so verlangt das Völkerrecht, daß sie entwaffnet werden und nicht mehr an Kriege teilnehmen dürfen. Die deutschen Behörden tun aber das Umgekehrte, sie liefern Leute, die ihre Waffen wegwerfen und sich nach Deutschland geflüchtet haben, der russischen Militärbehörde aus. Das ist ein grober Bruch der Neutralität und eine schwere Verletzung des Völkerrechts.

Von der Behandlung, die russische Flüchtlinge in Deutschland erfahren, weiß die „Sächsischen Arbeiterzeitung“ einen anderen Fall zu erzählen. Ein Flüchtling kam aus Warschau nach der ober-schlesischen Grenzstation Myslowitz; sein Reiseziel war Antwerpen. In Myslowitz wurde ihm bedeutet, er könne nicht über Preußen fahren, er möge über Wien fahren. Der Flüchtling tat auch so und löste sich in Wien eine direkte Fahrkarte nach Antwerpen, die 50 Kronen 54 Heller kostete. Der Mann kam mit 12 anderen Flüchtlingen bis Fingerbrück am Rhein. Dort wurden die Leute angehalten, die verhandenen Schiffs- und Eisenbahnfahrkarten und Geldmittel durchgesehen und drei der Flüchtlinge von dem Gendarmen zurückgehalten. Unser Flüchtling hatte neben der Karte nach Antwerpen noch einiges Geld (10 Rubel = 21,00 M.) bei sich, die beiden anderen hatten Karten nach Amsterdam bezw. Rotterdam, etwas Geld und Schiffskarten nach London. Den Leuten, die nun bald aus Preußen wieder heraus waren, wurde nun bedeutet, sie müßten zurückfahren und zwar könnten sie als Reisefolge Myslowitz O.-S., Ratibor O.-S., Leipzig oder eine vierte bestimmte Station, deren Namen unser Gewährsmann sich nicht erinnert, wählen. Die Leute fuhren quer über ganz Deutschland nach Myslowitz zurück und mußten sich von dort aus neue Mittel besorgen.

Wäre ihnen das nicht gelungen, so wären zweifellos auch sie als „Landsreicher“ über die Grenze gebracht worden. —

Kaiser und Flottenverein.

Kaiser Otto zu Salm, Präsident des Deutschen Flottenvereins, erhielt auf ein Glückwunschschreiben, das er beim Jahreswechsel an den Kaiser richtete, folgendes Telegramm:

„Herzlichen Dank für Ihre treuen Glückwünsche, die ich bestens erwidere. Mögen Ihre auf die Verstärkung unserer Wehrkraft zur See gerichteten Wünsche der Erfüllung entgegenreisen, sowie Ihre und des Deutschen Flottenvereins verdienstvollen Bestrebungen mit Erfolg gekrönt werden.“

gez. Wilhelm I. R.

Die Wünsche des Flottenvereins laufen bekanntlich auf neue Milliardenbesetzungen des deutschen Volkes noch über das fünf-milliarden-Flottengesetz von 1900 hinaus! —

Der beleidigte Sachsenkönig.

Stuttgart, 18. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Dem württembergischen Landtag ging heute ein Auslieferungsantrag der Dresdener Staatsanwaltschaft zu, welche im Auftrage des Königs von Sachsen die Majestätsbeleidigung gegen Genossen Keil erhoben hat. Der staatsanwaltschaftlichen Eingabe lag der vom König Friedrich August eigenhändig gefertigte Strafantrag bei. Das Verbrechen wird in einem am 23. Dezember v. J. erschienenen Artikel der „Schwäbischen Tagwacht“ erzählt, betitelt „Die Königin auf dem Schuß“, in dem scharfe Artikel geißelt wird an den bekannten Dresdener Vorgängen. Aber es fehlt nichts in dem Artikel, was nicht erweislich wahr und nicht zehnfach schärfer in anderen selbst bürgerlichen oberwürttembergischen Blättern

ausgesprochen worden wäre. Der sächsische Gottesgnadenherr war übel beraten, als er sich dazu verleitete, dem offenbar von einigen Stuttgarter ultramontanen Heißspornen angefachten staatsanwaltschaftlichen Eifer seine Zustimmung zu geben. Das grelle Licht im Urteil der württembergischen Schwurgerichte vertragen die Dresdener Polizeimeasuren gegen die Gräfin Montignoso sicherlich nicht. —

Veranlagung der Einkommensteuer in Preußen für 1904. Nach der soeben veröffentlichten vergleichenden Uebersicht der Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1903 und 1904 ist für das Steuerjahr 1904 bei 4 133 539 Jenfiten der Betrag von 191 290 947 M. Einkommensteuer veranlagt worden. Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 235 757 an Jenfiten, an Steuern ein Mehr von 4 872 638 M. Von 35 629 139 Köpfen blieben 20 532 324, also fast 60 Proz., einkommensteuerfrei, weil ihr Einkommen 900 M. nicht überstieg. Mit einem Einkommen von 900 bis 3000 M. waren 88,88 Proz. aller Jenfiten veranlagt, mit 3000 bis 6000 M. 7,59 Proz., mit 6000 bis 9500 M. 2 Proz., mit 9500 bis 30 500 M. 1,63 Proz., mit 30 500 bis 100 000 M. 0,82 Proz. und mit mehr als 100 000 M. 0,06 Proz. oder 2673 Personen. Von diesen ganz reichen Jenfiten entfallen 2196 auf die Städte, 477 auf das Land. — Aus der Tatsache, daß fast 60 Proz. steuerfrei geblieben sind, darf man nicht den Schluß ziehen, daß diese 60 Proz. in Wirklichkeit unter 900 M. Einkommen hatten; zieht man nämlich auch diejenige Schicht in Betracht, welche zwar mehr als 900 M. hat, aber wegen großer Kinderzahl einkommensteuerfrei geblieben ist, so ergibt sich, daß über zwei Fünftel der Bevölkerung mehr als 900 M. Einkommen hatten.

Das veranlagte Einkommen beträgt 9122 Millionen Mark, das Durchschnitts-Einkommen auf den Kopf des Jenfiten stellt sich auf 2208 M. Von den einzelnen Regierungsbezirken weist das höchste Durchschnittseinkommen wie im vorigen Jahre Wiesbaden auf (3119 M.), das niedrigste Arnberg (1622 M.), Trier (1725 M.) und Stade (1768 M.). Das Durchschnittseinkommen für Berlin beträgt 2397 M. —

Ueber „die Leidensgeschichte eines Regimentskommandeurs“

meldet ein Korrespondenz-Blatt: In den bevorstehenden Reichstags-Verhandlungen über den Militär-Etat wird voraussichtlich eine Angelegenheit aufgerollt werden, die durch verschiedene Prozesse und Proklamationen in der letzten Zeit v. nentlich in Württemberg viel Aufsehen erregt hat und deren Mittelpunkt der frühere Regimentskommandeur und spätere Vadedirektor des Kurortes Königsborn bei Luna i. W., Oberst a. D. Hüger, bildet.

Oberst Hüger war früher Kommandeur des 1. württembergischen Feldartillerie-Regiments „König Karl“ Nr. 13 in Ulm. Nach seiner Verabschiedung gab er eine Schrift heraus unter dem Titel: „Meine Erlebnisse in der Militärgerichts- und Ehrengerichts-Pflege“. In dieser Schrift schilderte Hüger einen mehrjährigen Kampf, den er gegen hochstehende militärische Persönlichkeiten zu führen hatte und der schließlich mit seiner Verabschiedung endete. Er erhob öffentlich Beschwerden und schwere Beschuldigungen gegen die Generale v. Lindquist, v. Wignandorf und andere. Er wandte sich sogar an den Kaiser und an den König von Württemberg, heidam erfolglos, und schließlich sandte er eine Petition an den Reichstag.

Kuffchen erregte seinerzeit die Beleidigungsfrage, die Hüger gegen den Redakteur der „Ulmer Zeitung“ Schönfelder angestrengt hatte, weil dieser ihn wegen seiner sensationellen Veröffentlichungen einen „Ulmer Wille“ genannt hatte. Schönfelder wurde deswegen in einem interessanten Beleidigungsprozeß zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

In der Folge litt Oberst Hüger auch mit seiner Petition im Reichstags-Schiffbruch und zwar aus Gründen, die ihm nach seiner eigenen Darstellung nicht zur Last liegen. Er hat diese Gründe in einer sehr eingehenden Proklamation unter dem Titel „Wie es meiner Petition im Reichstags-erging“ dargestellt, damit bisher jedoch weiter nichts erreicht als seine Entlassung als Vadedirektor, so daß er gegenwärtig nicht nur rechtlich, sondern auch materiell von allen Mitteln entblößt dasteht. Diese Proklamation enthält zuerst nochmals die alten Beschuldigungen, gegen die immer noch nicht gerichtlich vorgegangen ist, und ferner schwere Vorwürfe gegen den freisinnigen Reichstags-Abgeordneten Lenzmann, den Vertreter für Altkreis-Hersborn, und den Zentrums-Abgeordneten Dr. Am Jahnhoff. Justizrat Lenzmann hat nach Hügers Proklamation zuerst sich warm für ihn ins Zeug gelegt, hat ihn dann aber im Stich gelassen. Die Gründe glaubt Hüger in der kurz nach der Ablehnung seiner Petition erfolgten Ernennung von Lenzmanns Schwiegerohn zu einer höheren militärischen Charge zu sehen. Herr Dr. Am Jahnhoff erklärte Herrn Hüger, er sei in der fraglichen Sitzung der Petitionskommission, in der über seine Petition verhandelt wurde, nicht anwesend gewesen. Der national-liberale Abgeordnete Dr. Semler war aus dem Grunde gegen die Behandlung des Falles im Plenum des Reichstages, weil das „ein gefundenes Fressen für die Sozialdemokratie wäre.“ Ein Einzelner müsse im Interesse einer so großen Institution, wie die Armee es sei, eine Ungerechtigkeit hinnehmen. Herr Abg. Dr. Müller-Reinigen, wie Justizrat Lenzmann der freisinnigen Volkspartei angehörend, soll „wegen Mangels an Zeit“ ein Eingehen auf den Inhalt der Proklamation abgelehnt haben, und ebenso Herr Vergrat Gothein von der freisinnigen Vereinigung, und zwar dieser wegen der Erörterung der rein persönlichen Verhältnisse des Herrn Lenzmann vor der breitesten Öffentlichkeit. Gegen diese Vorwürfe verteidigt sich Hüger in seiner Proklamation, an deren Schluß er die Frage aufwirft, ob Gesetz oder Willkür herrschen solle.

Lebensmittel für die baltische Flotte liefert, so wird uns aus Königsberg geschrieben, die Königsberger Walzmühle und die Schäl-mühle von Winter. Donnerstag lief hier im äußeren Hafen der große dänische Dampfer „Aronborg“ ein, um eine im Dezember erfolgte Bestellung von 60000 Zentnern Mehl, sowie von 11000 Zentnern Erbsen, Bohnen und andere Lebensmittel einzunehmen. Tag und Nacht wird in der Walzmühle gearbeitet, um die Bestellung fertig zu stellen. In sechs Tagen soll der Dampfer, — der übrigens 120 000 Zentner Laderaum hat, wegen ungenügender Tiefe des Seckanals aber nicht volle Ladung nehmen kann, — fertig beladen sein. Unterdessen soll er seine Ladung ergänzen. In sechs Wochen hofft der Dampfer die russische Flotte zu erreichen. —

Ausgleichende Militärgerichtsbarkeit.

St. Petersburg, 16. Januar. (Eig. Ber.) Zwischen Weihnachten und Neujahr wurde auf einer Koppel an der Höfde der Musiketier Eduard Wüll, der bei seiner Mutter in Dietrichsdorf den Weihnachtsurlaub verbracht hatte, erkrankt aufgefunden. Erst hieß es, der junge Mann habe seinen Urlaub überschritten gehabt und sich aus Furcht vor der Strafe das Leben genommen. Bald aber wurde bekannt, daß ihn die Bergweisung über die Behandlung, die er beim Militär — er stand bei der 5. Kompanie des 103. Infanterie-Regiments in Neumünster — zu erdulden hatte, in den Tod getrieben hatte. Zu seiner Mutter und seinen Freunden hatte er kurz vor seinem Ende geäußert, er werde unter keinen Umständen zu seinem Truppendienst zurückkehren, er halte das Leben dort nicht mehr aus. Die Untersuchung, die das Regiment in Folge des Todesfalles anstellte, gab Anlaß zu einer Verhandlung, in der sich der Gefreite Wüll neben dem Kompaniechef des Verstorbenen vor dem Kriegsgericht der 17. Division in Neumünster wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten hatte. Die Feldwebel stellten dem Verstorbenen das günstigste Zeugnis aus: Er sei ein ruhiger und ordentlicher Mensch gewesen. Trotzdem hatte er unter den fortgeschrittenen Drangsalierungen des angeklagten Gefreiten schwer zu leiden. So mußte Wüll neben seinen eigenen Sachen auch die des Gefreiten haben. Dazu bekam er ohne jeden Grund vor Weihnachten acht Tage Stubendienst, und sein Peiniger kündigte ihm an, daß er, wenn er vom Urlaub zurückkomme, weitere vierzehn Tage Stubendienst tun müsse. Bei jeder Gelegenheit kniffte ihn der Gefreite, und einmal traf er ihm beim Mittagessen einen Napf voll Reis an die Brust. — Und das Urteil, durch das der Tod des jungen Mannes „gesühnt“

wurde? Drei Wochen Mittelarrest! Der Vertreter der Anklage hatte sechs Monate Gefängnis beantragt. Der Angeklagte erklärte sich mit den drei Wochen Arrest für „zufrieden“ — er hatte allen Anlaß dazu. —

Studenten und Politik. Die Studenten der Technischen Hochschule in Hannover haben den Rektor ersucht, eine katholische Studenten-Verbindung aufzulösen, und haben an die deutschen Kommilitonen in Innsbruck eine Sympathieumgebung geschickt. Die Sympathieumgebung schadet niemand und ebensowenig der Brief an den Rektor, sofern er den ihm gebührenden Platz im Papierkorb findet. Anders aber dachte die königlich preussische Staatsregierung. Sie hat den Ausschluß der Studentenschaft mit Relegation bedroht, falls er sich noch einmal „politisch betätigen“ sollte, und ihm eröffnet, daß die Ausdehnung nach Innsbruck einen erregten Depeschenwechsel zwischen Wien, Rom und Berlin veranlaßt haben soll.

Die Geschichte vom erregten Depeschenwechsel ist ganz gewiß unklar, denn weder in Wien noch in Rom hat man eine Ahnung davon, wie die „freie“ akademische Jugend in Deutschland unter der Zucht gehalten wird. In Oesterreich und Italien können die Studenten beschließen, was sie wollen, keine Regierung wird es ihnen verbieten.

In Hannover aber hat das Vorgehen der Regierung ein niedriges kleines Revolutionchen hervorgerufen. Eine Studenten-Versammlung hat nämlich einen Punkt ihrer wöchentlichen Tagesordnung abgesetzt, welcher lautete: „Kommers zur Feier des Geburtsstages des Kaisers“. Das wäre doch auch eine „politische Betätigung“! Richtig! —

Vom polnischen Geheimbundsprozeß wird noch berichtet: Polizeirat Wädler, der die ober-schlesischen Polen „politisch überwachet“, behauptet bei seiner Zeugnisaussage, daß in Oberschlesien die national-polnische Bewegung auch unter dem Deckmantel der Abstinenzbewegung arbeite. Eine Abstinenzorganisation „Eleusis“, die von Krakau aus geschaffen sei, wirke in Oberschlesien für die Polenbewegung und auch einige der Angeklagten seien daran beteiligt. Die Mitglieder der hier begründeten „Iskra“-Genossenschaft sind nach der Meinung des Herrn Wädler identisch mit den Mitgliedern des „Eleusis“-Vereins. Die Angeklagten bestreiten demgegenüber, dem „Eleusis“-Verein anzugehören, von der Verteidigung wird auch bestritten, daß jene Abstinenzorganisation überhaupt national-polnischen Zwecken diene. Der Verein „Eleusis“ diene lediglich sittlichen Zielen und verlange von seinen Mitgliedern einfach Abstinenz in Beziehung auf Tabakrauchen, Kartenspiel, Alkoholgenuß und geschlechtliche Genüsse. Die Verteidigung beantragt die Ladung des Pfarrers Kashiya und des „Iskra“-Verlegers Solits, um feststellen zu lassen, daß in Oberschlesien ein „Eleusis“-Verein nicht besteht. Das Gericht lehnt die Ladung der genannten Personen ab. Ein als Zeuge vernommener Kriminalbeamter Kolontah behauptet, mehrere Angeklagte gehörten auch dem Solobereiner (Turnverein) an. Die Verteidigung protestiert gegen das Eingehen auf diesen Gegenstand, da der Solobereiner ein polizeilich angemeldeter Verein mit durchaus erlaubten Tendenzen sei. Der Staatsanwalt behauptet dagegen, daß die Solobereiner dieselben Tendenzen verfolgten wie der hier angeklagte „Geheimbund“. Das Gericht beschließt denn auch das Eingehen auf diesen Gegenstand, doch stellt sich dann heraus, daß auf der von der Polizei eingereichten Liste der Gleimthier Solobereiner keiner der Angeklagten verzeichnet ist.

Das Gericht will dann einzelne angeblich aufreizende Sätze aus den beim Angeklagten Schifora beschlagnahmten Büchern vom Sachverständigen übersehen lassen. Die Verteidiger protestieren jedoch gegen die vom Vorsitzenden beabsichtigte Art und Weise dieser Prüfung, indem sie geltend machen, daß sie bisher keine Gelegenheit bekamen, die beschlagnahmten Bücher selbst seltst daraufhin zu prüfen, ob sie Aufreizendes enthalten, daß es übrigens auch nicht angängig sei, hier durch den Dolmetscher einzelne herausgerissene Sätze ins Deutsche übertragen zu lassen, es müsse vielmehr eine gründliche Prüfung des gesamten Inhalts vorgenommen werden. Nach längerer Beratung beschließt das Gericht, auf die Uebersetzung dieser beschlagnahmten polnischen Bücher zu verzichten. Aus dem gleichen Grunde verzichtet dann der Staatsanwalt auf die Prüfung bezw. Uebersetzung mehrerer anderer bei Schifora beschlagnahmten, bisher aber noch nicht verbotenen Bücher. Bei diesem Angeklagten war eine etwa 600 Bände umfassende Bibliothek gefunden worden, die allerdings keine wertvollen Bücher enthält, von welchen jedoch viele Bücher nach dem Zeugnis des Polizeirats Wädler „aufreizend“ im Sinne § 130 des Strafgesetzbuchs sind. Außerdem wurden, bei Schifora jedoch auch mehrere verbotene polnische Niederbücher vorgefunden, die Sch. an andere gegeben und sich dadurch der „Aufreizung zum Klassenhaß“ schuldig gemacht haben soll. Schifora behauptet, die Bibliothek sei sein persönliches Eigentum, während die Anklage behauptet, es sei unmöglich, daß ein einfacher Arbeiter sich bei seinem geringen Verdienste eine solche Bibliothek anschaffen könne. Die Bibliothek sei vielmehr Eigentum des „Geheimbundes“ und diene dessen ungesetlichen Zwecken. Aus bei den Akten vorgefundenen Aufzeichnungen geht hervor, daß die Bücher der Schiforischen Bibliothek allerdings angekauft wurden. Nachdem eine Anzahl Briefe, die bei den Angeklagten beschlagnahmt waren und in welcher von Zusammenkünften zwecks national-polnischer Bestrebungen usw., weiter Beitrags- und Bücherverzeichnisse usw. verlesen sind, wurde die Beweis-aufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt zieht die Anklage aus § 129 jurisd. und beantragt wegen Vergehens gegen § 128 Gefängnisstrafen von drei Monaten bis herunter zu einer Woche gegen sämtliche Angeklagten. —

Das Urteil haben wir bereits mitgeteilt. —

Württembergische Gesetzgebung.

Stuttgart, 18. Januar. (Privat-Depesche.)

Der im Etat angekindigte Gesekentwurf zur Verbesserung der Lage der Volksschullehrer ist gestern dem Landtage zugegangen. Neben dem staatlichen Aufwand von 600 000 M. zur Verbesserung der Gehälter der ständigen Lehrer wird in dem Entwurf auch eine Aufbesserung der unsständigen Lehrer mit 150 000 M. jährlich in Aussicht genommen, aber vom Staat auf die Gemeinden abgewälzt, was zu den schwersten Bedenken Anlaß bietet. Auch die bescheidensten Ansprüche der Lehrer werden in dem Gesekentwurf nicht erfüllt, der den Lehrern in Gemeinden unter 9000 Einwohnern ein Jahresgehalt von 850 M. bietet, was erst mit der ständigen Anstellung auf 1200 M. sich erhöht und erst nach 15 Dienstjahren 1700 M. erreicht. Im Motiven-Bericht wird auch ausdrücklich anerkannt, daß mit den vorge schlagenen Sätzen die Gehälter der württembergischen Volksschullehrer noch immer hinter den Gehältern anderer württembergischer Beamter von ähnlicher Verfassung insbesondere der Pfarrer zurückbleiben. Der Gesekentwurf bringt außerdem eine Festigung der Konfessionskunde durch die den Gemeinden mit Einwohnern verschiedener Glaubens-bekenntnisse auferlegte Verpflichtung, schon für 60 Familien einer Konfession eine eigene Volksschule aus örtlichen Mitteln zu erhalten, sofern diese Familien irgend eine direkte Staatssteuer bezahlen.

Im Schneidentempo schleppt sich die Beratung der neuen Bezirksordnung im Landtage weiter. Gestern und heute wurde die Gestaltung der übergeordneten Selbstverwaltungskörper, Amtsversammlungs-Vertreter und Bezirksrat regelnden Bestimmungen durchberaten, und auch hier wurden alle Anträge, die einen Fortschritt in demokratischem Sinne bedeuten würden, rundweg abgelehnt. Genosse Klotz setzte sich vergebens dafür ein, daß die Amtsversammlungs-Vertreter, 20 bis 30 für jeden Oberamtsbezirk, direkt von den Gemeindebürgern und nicht von den Gemeindefollegierten zu wählen sind. Die bauernfreundlichen Abgeordneten des Zentrums behaupteten, die Bauern würden es nicht verstehen, wenn sie bei den Gemeindevahlen zugleich als Amtsversammlungsvertreter wählen sollen, und einige Volksparteiler halfen mit, die direkte Wahl niederzustoßen. Ebenso blieb es trotz heftigen Widerstandes dabei, daß die Aufstellung von Amtsversammlungsmandaten auf die einzelnen Gemeinden nicht nach Maßgabe der Einwohner-

zahl, sondern der Steuerleistung erfolgt, und daß den Vorsitz in der Amtsverwaltung der von der Regierung ernannte Oberamtmann führt. Der bürokratische Zug steht besonders bei dem der Amtsfunktionen zu wählenden Bezirksrat hervor, dem wichtigste Aufsichtsfunktionen über die Gemeindeverwaltungen zufallen. Von der im Motivenbericht versprochenen stärkeren Zugehörigkeit des Laienelementes bei der staatlichen Aufsicht ist fast nichts übrig geblieben. —

Ausland.

Eine konstitutionelle Massenkundgebung im Gouvernement Saratow.

Telegraphisch wird gemeldet, daß dem Semstwo in Saratow eine von Bauern, Eigentümern, Wägern und anderen Personen unterzeichnete Adresse zugegangen ist, in der die Unterzeichner, deren Gesamtzahl 10 000 beträgt, erklären, sie wünschten ihre Zustimmung zu dem im Dezember 1904 von den Semstwowvertretern in Petersburg gefaßten Beschlüssen zum Ausdruck zu bringen.

Diese hochbedeutende Kundgebung scheint uns eins der Mittel anzudeuten, durch welches der russischen Regierung möglichst bald die Lust genommen werden kann, noch einmal vor die Öffentlichkeit mit der Behauptung aufzutreten, die konstitutionelle Agitation stütze sich nur auf ein kleines Häuflein der Intelligenz. Würde in ähnlicher Weise ein Zählung der Anhänger einer demokratischen Verfassung auf dem ganzen Gebiete Russlands vorgenommen werden, würden Hunderttausende von Arbeitern, Bauern und „Intelligenten“ im ganzen Reiche in ähnlicher Weise veranlaßt werden, laut und vernünftig zu behaupten, daß sie um keinen Preis gewillt sind, die Schranken weiter zu tragen, die ihnen eine despotische Bureaucratie auferlegt, so würde diese letztere es sich gewiß doch noch ganz gründlich überlegen, ob sie los in ihrem harinartigen Festhalten an ihrer Allmacht aufs äußerste antommen lassen soll. —

Frankreich.

Klassenkrieg.

Paris, 12. Januar. (Via Ber.) Eine alte Geschichte in neuer Variation. Sie lassen den Armen schuldig werden und bestrafen ihn nachher mit aller Strenge, unendlich strenger wie Theresien, der eine unendlich schwerere Schuld zu verantworten hat.

Vor dem Pariser Schwurgericht stand der Arbeiter Pivoteau, der im Juli v. J. seinen ehemaligen Verführer getötet hatte. Es ist das selbe Drama wie im Falle des italienischen Arbeiters Spano. Der Verführer hatte Pivoteau drohten gemacht. Er war ein geschickter Metallarbeiter, ein edles Herz, von den Kameraden geliebt, stets bereit, sein Weniges mit dem Bedürftigen zu teilen. Die bekannte Schriftstellerin, Frau Séverine, hat vor Gericht auf Grund der von ihr gesammelten Informationen Pivoteau das beste Zeugnis ausgestellt. Desgleichen zahlreiche Arbeitskollegen von ihm. Ja, selbst die von der Pivispartei, der Witwe des Verführers, geliebten Bekanntschaften lobten alle das gute Herz Pivoteaus. Aber das Elend, in das ihn der Verführer geschleudert, hat ihn schließlich erbittert, zur Tat der Rache und Vergewaltigung getrieben.

Ueber ein halbes Jahr litt er in Hunger auf der vergehenden Suche nach Arbeit, ehe er zum Revolver griff. Dazu die — gerichtliche bestätigte — Emporkömmlings-Natur des Verführers, der überhaupt mit den Arbeitern willkürlich und hartherzig umsprang. Die Verlosungsmachung Pivoteaus war zugleich bitterer Mandat: Vor Jahren hatte Pivoteau dem künftigen Verführer Brot und Verdienst verschafft. Später in derselben Fabrik mit Pivoteau zusammenstehend, verachtete er, der Emporkömmling, auch nur den Gruß seines alten Bekannten und Wohlthäters zu erwidern. Bei der ersten Gelegenheit warf er ihn dann auf die Straße. Pivoteau erklärte selbst seine Tat vor Gericht mit den Worten: „Ich habe es vorgezogen, lieber denjenigen zu treffen, der mich ins Elend gejagt hat, als wie die anderen zu handeln — als Selbstmord zu begehen.“

Die besonderen Umstände des Dramas haben die bürgerliche Jury verhindert, ein Todesurteil zu fällen. Auch der Staatsanwalt hat übrigens ein solches Urteil nicht verlangt. Aber der Spruch der bürgerlichen Jury hat dem Gerichtshof ermöglicht, den Arbeiter zu zehn Jahren Kerker (réclusion) zu verurteilen. Man vergleiche damit die Verurteilung der vier Söhne Grettiez von Cluses zu je einem Jahre bzw. (einem derselben) zu acht Monaten Gefängnis, nachdem sie in frivolster Weise mehrere Arbeiter niedergeschossen hatten. Obendrein hat Loubet zum Neujahr einen der Grettiez begnadigt.

Die gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen haben schon vor der Gerichtsverhandlung zugunsten Pivoteaus agitiert. Sie werden nun für seine Begnadigung zu wirken suchen. —

Amerika.

„Lohnerhöhungen“ sollen die ersten Diener des Staates in der amerikanischen Union erhalten. Im Kongress sind verschiedene Anträge gestellt worden, daß der Lohn des Präsidenten von 50 000 Dollar auf 75 000 pro Jahr erhöht werde. Ein Antrag will ihm sogar noch eine Jahrespension von 25 000 Dollar auf Lebenszeit zubilligen. Der Vizepräsident soll 15 000 statt der bisherigen 8000 Dollar bekommen. Die gleiche Erhöhung soll den Kabinettsmitgliedern zufließen werden und der Präsident des Repräsentantenhauses, der bisher auch 8000 Dollar bezog, soll 12 000 erhalten. Den Kongreßabgeordneten ist eine Erhöhung von 5000 auf 8000 Dollar pro Jahr zugesagt. — In der Presse werden die Anträge günstig besprochen, mit Ausnahme der Erhöhung des Präsidentengehalts, worüber die Meinungen geteilt sind. Besonders hält man es für notwendig, daß die Kongreßabgeordneten besser gestellt werden. 5000 Dollar pro Jahr sei zu wenig für einen Volksvertreter (wenigstens für Amerika, denn so billig wie die deutschen Reichstagsboten machen es die Amerikaner nicht). Dazu kommen übrigens noch Reisegelder und andere Vergütungen. Diese Erhöhungen der Gehälter würden mit dem 4. März beginnen, wenn die neuen Amtstermine ihren Anfang nehmen. —

Das Ministerium Combes und die Internationale der Reaktion.

Das französische Ministerium Combes, das am Mittwoch dem Präsidenten der Republik, Loubet, sein Demissions schreiben überreicht hat, ist das politisch vorgeschrittenste Ministerium, das europäische Staaten bisher gehabt haben. Eine Welt trennt es von den regierenden Christen oder orthodoxen Staaten, wie sie etwa der Graf Witlow oder der „ordinäre Polizeiminister“ v. Hammerstein vertritt. Unter dem Ministerium Combes ist der geschickliche Demokratisierungsprozeß in Frankreich fortgeschritten, während in den übrigen Staaten Stagnation und Reaktion herrscht. Das Ministerium Combes war nur ein demokratisches Ministerium, das besagt, daß es nicht aus dem sozialistischen Ministerium gewesen ist. Unter ihm konstituierte sich die demokratische Republik, welche natürlich immer eine Republik der Klassenengehörigkeit und des Klassenkampfes bleibt. Das Ministerium hat mancherlei Fehltritte begangen. Es hat von den Reformen, die es in Angriff genommen, nur einen Teil durchgeführt. Aber dennoch war das Ministerium Combes wohl das beste, das unter den gegenwärtigen Verhältnissen Frankreichs denkbar ist.

In der demokratischen Republik Frankreichs verdirbt sich noch immer die Monarchie, die im Merkantilismus und dem Merkantilismus ihre Organisation findet. Deshalb war es die Aufgabe Combes', die er mit einer bisher unerhörten Energie durchführte, den Merkantilismus zu brechen, und es gelang ihm, das liberale Problem bis an die Schwelle der Trennung der Kirche von dem Staate zu führen. Auf der anderen Seite galt es die Demokratisierung und Republikanisierung der Armee, die sich in der Dreifach-Ära eben noch als das Jesuitentum in Uniform bewährt hatte.

Wenn das Ministerium nicht noch mehr geleistet hat, so liegt das einmal daran, daß die industrielle Entwicklung Frankreichs noch nicht

so weit gediehen ist, um einer proletarischen Politik die unbedingte Uebermacht zu sichern. Während in dem Deutschen Reiche die Landwirtschaft 8 300 000 und die Industrie etwa ebenso viel Erwerbstätige umfaßt, gibt es in Frankreich in der Landwirtschaft 8 400 000 Erwerbstätige, in der Industrie dagegen nur 6 400 000. Von hundert Erwerbstätigen gehören in Deutschland 37,5 Proz. der Landwirtschaft, 62,5 Proz. der Industrie an. In Frankreich sind 44,3 Proz. Erwerbstätige in der Landwirtschaft, 55,7 Proz. in der Industrie. Dazu kommt, daß der handwerksmäßige Kleinbetrieb in Frankreich weit mehr und wohl auch innerlich kräftiger verbreitet ist als in Deutschland; auch in der Landwirtschaft hat das Klein- und Mittelbauertum eine größere Bedeutung als der Großgrundbesitz.

Aus dieser noch nicht zu einem entschiedenen Abschluß gelangten wirtschaftlichen Gärung erklären sich im wesentlichen die schwankenden Mehrheitsverhältnisse und daraus auch die Schwierigkeiten eines radikalen Kabinetts. Verwirrend wirkt, daß bisher wenigstens das Proletariat nicht diejenige organisatorische Stärke und Einheitslichkeit gewonnen hat, die dazu gehört, um einem vorgeschrittenen Ministerium sowohl eine Mehrheit zu sichern als auch diese Mehrheit in der betretenen Bahn vorwärts zu drängen. Die ungelungenen Zwistigkeiten der sozialistischen Fraktionen in Frankreich haben endlich noch die Schwierigkeiten in dem Demokratisierungsprozeß verschärft. Wie längst bei der Konferenz des internationalen Bureaus in Brüssel festgestellt wurde, ist nunmehr die sichere Aussicht vorhanden, daß sich die sozialistischen Fraktionen endlich vereinigen. In den letzten Kämpfen des Kabinetts Combes gegen die vereinigte Reaktion und die Abtrünnigen haben Guesdisten und Nourdisten bereits durchweg einheitlich für das Ministerium gestimmt.

In Frankreich kann, wie die Dinge stehen, kein Kabinett mehr sich gegen die Sozialisten halten. Es darf die Aufgabe der Sozialisten sein, dem Ministerium, das dem Combes' nachfolgt, soweit es seine Politik weiterführt, ihre Unterstützung zu leisten, aber nur, um es auf dem Wege der Demokratisierung, welche die Vorbedingung der Sozialisierung ist, vorwärts zu treiben. Die französische Republik war vor dem Ministerium Waldeck-Rousseau und Combes im wesentlichen ein Staat der Ministerstürze, die gewerksmäßig betrieben wurde und die im Grunde ein jeden ernsthaften Fortschritt hemmender Sport ist. Die ewige Ministerstürze ist zum mindesten eine ebenso gefährliche und ausschließliche Methode, wie ein Ministerialismus, der durch Preisgabe der eigenen Prinzipien lebensunfähige Kabinette an der Herrschaft zu erhalten sucht. Ist aber einmal der Sozialismus in Frankreich zu einer einheitlich starken Bewegung geworden, so wird es leicht sein, in dem notwendigen Demokratisierungsprozeß der Republik eine Taktik anzubringen, welche sowohl fähig ist, die monarchisch-atavistische Reaktion niederzuwerfen, als auch den parlamentarischen Kämpfen Festigkeit und Zielsicherheit zu geben. Taktischen Notwendigkeiten, die sich aus den noch schwankenden Mehrheitsverhältnissen und der Technik eines rein konstitutionellen parlamentarischen Staates ergeben, wird man sich ohne Gefahr anpassen können, wenn diese einheitliche sozialistische Partei bei aller energischen Unterstützung eines demokratischen Ministeriums sich bemüht bleibt, daß jede demokratische Regierung immer eine Regierung des Klassenkampfes ist und daß jedes Zusammengehen mit radikalen Elementen der Bourgeoisie unter dem Vorbehalt geschehen muß, daß die gemeinsamen demokratischen Interessen der Klassen gegenüber der Bourgeoisie und des Proletariats nicht aufheben, sondern im Gegenteil in seiner grundsätzlichen Klarheit erhalten. In den taktischen Kämpfen der französischen Genossen trat vielfach eine Unklarheit über das Verhältnis der Demokratie zum Klassenkampf in die Erscheinung. Die Uneinigkeit der französischen Genossen führte dazu, daß man nach links und rechts sich nicht selten in Ueberreibungen verlor. Sind die Bruderkämpfe einmal überwunden, so ist keine Gefahr mehr, daß man über der Taktik des Tages die großen Ziele des proletarischen Klassenkampfes auch nur einen Augenblick vergißt. Es ist dann ebensowenig zu befürchten, daß man sich in einem schließlich zur antiparlamentarischen Arbeiterpolitik führenden Scheintotalitarismus den Ansprüchen der augenblicklichen Politik entzieht.

Für das scheidende Ministerium aber, von dem wir hoffen, daß sein Nachfolger das Werk mit aller Entschiedenheit weiterzuführen werde, ist es ein ehrenvolles Zeichen, daß die Internationale der Reaktion Brenneisenstränge auf sein Grab legt. Konfession und Merkmal aller Staaten häufen auf das verhasste Ministerium des Antimerkantilismus und der Demokratie Schlamm und Schande. So schreibt z. B. die „Germania“ des deutschen Zentrums: „Gebührt in den Mantel uneigennütziger Vaterlandsliebe, mit der Gloriole eines Märtyrers um die Stirn, in Jose und Daltung einem edelmütigen Senator ähnlich, suchte er als edler Tartüffe auf seine bisher gefügige Mehrheit einzuwirken und diese an die seinen Händen schon entleitende Fahne zu fesseln. Umsonst. Die sofort benutzten Argumente blieben wirkungslos und verhallten im Kriegsgeläute. Aus dem gegnerischen Lager kamen immer wieder wie Keulenschläge die nur zu begründeten Vorwürfe auf ihn hernieder, daß er als Haupt einer Spießbande der Spießel in der Verwaltung nicht nur Hausrechte eingeräumt, sondern derselben sogar eine dominierende Rolle zuerkannt habe und unter diesen Hieben, welche das Kabinett in seinem innersten Mark, nämlich in seiner Ehre trafen, ist das selbe ohnmächtig zusammengebrochen.“

Und die „Kreuzzeitung“, das Organ des protestantischen Merkantilismus, glaubt sogar feststellen zu können, daß kein deutsches Blatt irgendwelche Sympathie mit dem Spießhahnen des Ministeriums Combes zum Ausdruck gebracht habe und in moralischer Auswahlung schreibt das Organ der korruptesten Reaktion, daß es für das „deutsche Empfinden“ nur den einen geraden Weg gäbe: „Anfämerung des Injamen“.

Der Haß der internationalen Reaktion, der Kumpone und Mitschuldigen des Dreihus-Verbrechens ist die höchste Ehrung, die dem Ministerium Combes zuteil werden kann. Es liegt in diesem Haß eine bedeutende Auffassung über die Tendenzen der allgemeinen europäischen Politik. Es handelt sich um die Entscheidung: Von zwei politischen Entwicklungen hängt die nächste Zukunft der europäischen Gestaltung, insbesondere Deutschlands ab. Ob — oder Westeuropa, das ist die elementare politische Frage. Der Zusammenbruch des Absolutismus im Osten und die Stärkung der Demokratisierung in Frankreich, das sind die Prozesse, die für das europäische und besonders das deutsche Proletariat von ausschlaggebender Wichtigkeit sind. Die deutsche Sozialdemokratie muß alles unterstellen, was auf eine Stärkung der westeuropäischen Demokratie, auf den Zerfall des osteuropäischen Absolutismus hinwirkt. Eine französische Demokratie, die unter dem entscheidenden Einfluß des sozialistischen Proletariats steht, ist ebenso eine Siderung für den Weltfrieden, eine Garantie gegen die Politik der heiligen Allianz dynastischer, feudaler Absoluten, militaristischer Interessensolidarität, wie der russische Absolutismus das Bollwerk der internationalen Reaktion ist, des Weltkrieges und der Niederwerfung der demokratischen Tendenzen. Die Außenliebe unserer Reaktionäre und der Haß gegen das französische Ministerium Combes gehören zusammen. Es sind zwei Erscheinungen desselben Systems, das zu bekämpfen die Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie ist.

Das Demissions schreiben des Ministeriums Combes wird in folgendem Pariser Telegramm mitgeteilt:

Ministerpräsident Combes erklärt in dem dem Präsidenten Loubet überreichten Demissions schreiben, er ziehe sich zurück, obwohl er eine allerdings nicht große Majorität in der Kammer hätte. Er wolle aber nicht infolge eines beliebigen, der allgemeinen Politik fernem Zwischenfalles in die Minderheit gelangen. So gering auch die parlamentarische Mehrheit in der Kammer sei, so sei dieselbe nichtdestoweniger die Mehrheit; sie stelle nichtdestoweniger den verfassungsmäßigen Willen des republikanischen Landes dar. Ihre Entscheidung müsse für die künftige Regierung, welche immer und wie sie auch sein möge, ebenso das Gesetz bilden, wie für die scheidende Regierung. So zuverlässig auch gegenwärtig die liberale und nationalistische Reaktion sei, er habe das Vertrauen in die Einigkeit der Gruppen der Linken, daß sie das Werk der intellektuellen Befreiung,

des sozialen Fortschritts und der Annäherung unter den Völkern, welche das scheidende Ministerium im Einvernehmen mit diesen Gruppen unternommen habe, verteidigen und fortsetzen werden. Er habe gleichzeitig das Vertrauen zu dem republikanischen Lande, daß es die Mehrheit in den gegenwärtigen schwierigen Umständen stärken und unterstützen werde.

Paris, 18. Januar. Präsident Loubet wird mit den Vorsitzenden der republikanischen Gruppen der beiden Kammern erst die politische Lage besprechen, bevor er eine politische Persönlichkeit nennt, der er die Kabinettsbildung antragen wird.

Paris, 18. Januar. (B. L. B.) Präsident Loubet hatte heute nachmittag mit den Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer, Fallières und Doumer, eine Besprechung über die politische Lage. Für morgen werden die Führer der republikanischen Gruppen der beiden Kammern von dem Präsidenten zu einer Konferenz aufgefordert werden, so daß frühestens am Freitag eine Persönlichkeit mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werden könnte. Wie es heißt, sollen für diesen Posten Brissot, Sarrien und Rouvier in Frage kommen, doch glaubt man, daß die beiden letzteren den Auftrag nicht annehmen werden.

Der Kohlenarbeiterstreik.

Dortmund, 18. Januar. 9,25 nachm.

(Von unserem E-Korrespondenten.)

Nur einige Zeichen erblicken noch. Auf „Heiligkeiten“ werden Streikbrecher gesucht, als Erdarbeiter engagiert.

In Vorbehalten Forderungen eine Anklage.

Dortmund zündet nur noch die Hälfte Laternen an.

In Cassel fand eine Riesensammlung statt, viele Polen, sehr begeisterte Stimmung. Ueberall herrscht musterhafte Ruhe.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Berlin, 18. Januar. (B. L. B.) Nach Meldung des Generals von Trotha hat Wilhelm Maharero in Ombalaha (25 Kilometer nordwestlich Epifiro) seine Unterwerfung angezeigt und rückt bereits dem Sturmfeld-Omuramba aufwärts dorthin. Der Kapitän Johannis Jerava von Ojumbingue, dessen Unterwerfung bei Owinawa-Raua am 12. Januar gemeldet wurde, sagt über den Verbleib der Kapitane und Kriegskrieger der Hereros folgendes aus: Als General von Trotha (mit den Abteilungen Storr, Volkman und Rühlensfeld) auf der Besetzung ins Sandfeld am 29. September Osombo-Windinabe (18 Kilometer nordöstlich Epata) erreichte, floh nach dem ersten Schuß Samuel Maharero von einer noch weiter östwärts gelegenen Wasserstelle aus nach Nordosten. Es begleiteten ihn Onania (wahrscheinlich Onja, der die Hereros bei Ombalaha führte), Kajata (Hauptling am weißen Rasob), Michael (Kapitän von Omaruru), Rutata, David (Sohn Kambozembis vom Waterberg), Katjabinja, Kiffa Warua (Bruder des 1896 erschossenen Häuptlings Nifodemas, und nach zahlreichen Nachrichten der tatkräftigste und kriegerischste Führer der Hereros) und der Anhang dieser Großleute mit einigen Pferden, wenig Vieh und 4 Wagen. Aber nur wenige Berittene erreichten mit Samuel Maharero Onjainja (Rainat, auf Blatt Andara der Kriegskarte, 180 Kilometer nordöstlich Epata), die anderen lehrten aus Wassermangel nach den letzten Wasserstellen des Eisfeldes um, darunter auch Wilhelm Maharero mit dem Rest der Ombalaha-Leute. Pferde, Vieh und Wagen gingen verloren. Salatiel (Sohn Kambozembis vom Waterberg) floh nach dem Omuramba, an dem Ojohandjou liegt, wobei er den letzten Rest seines Viehes einbüßte. Banjo starb, Johannis Jeracia selbst lehrte zurück zum Eisfeld Tjetjo (Kapitän der Ombalaha-Leute) und Sambo (vom weißen Rasob) sind verdurftet. Das Volk und die Kriegskrieger sind zerstreut und werden größtenteils verjagt, aus dem Sandfeld ins Hereroland zurückzuführen. Nur Wilhelm Maharero hält noch einen Rest von demwaffneten Ombalaha-Leute zusammen, bei denen sich auch Kraugott (Sohn Tjetjos) befinden soll. Ferner soll nach Aussage zweier Töchter Kambozembis neuerdings auch Salatiel in der Gegend von Omambonde (80 Kilometer nordöstlich Waterberg) gestorben sein.

Verhaftung Arbeitsloser.

München, 18. Januar. (B. L. B.) Bei Ansammlungen von Arbeitslosen, die sich heute auf dem Sendlinger Torplatz wiederholten, wurden eine Anzahl Leute wegen unelastischen Verteilens anarchistischer (?) Flugchriften und groben Unfugs festgenommen. Die Verhafteten wurden später wieder entlassen; sie werden sich aber, wie die früher Verhafteten, vor dem Strafgericht zu verantworten haben.

Zum Petersburger Streik.

Petersburg, 18. Januar. (B. L. B.) Morgen nachmittag wird beim Finanzminister eine Besprechung der Fabrikbesitzer über die Frage des Ausstandes stattfinden.

Beendigung des Ausstandes in Baku.

Baku, 18. Januar. (B. L. B.) Der Arbeiterausstand ist infolge Entgegenkommens der Arbeitgeber beigelegt. Diese haben im allgemeinen einen neunstündigen Arbeitstag für die Arbeiter, einen achtstündigen für die Heizer, Kapitänschöpfer und andere Arbeiter, sowie Festsetzung eines Minimallohnes für die einzelnen Arbeiterkategorien, Gewährung von Wohnungsgeldern, Heizung, Beleuchtung und Wasser, sowie für die Zeit des Ausstandes vollen Lohn für die mit monatlicher Kündigung und halbmonatlichen Lohn für die mit täglicher Kündigung angestellten Arbeiter bewilligt.

Hamburg, 18. Januar. (B. L. B.) Die beiden Truppen-transport-Dampfer „Luft Vohsen“ und „Gans Boermann“ haben im Laufe des Nachmittags nach Eintritt höheren Wasserstandes die Ausreise angetreten. Auf dem „Gans Boermann“ fiel heute der Ritter Richard Matt in den Schiffsraum. Er erlitt eine schwere Halsknochenverletzung und wurde in das Altonaer Garnisonlazarett gebracht.

Bremen, 18. Januar. (B. L. B.) Seit dem 7. Januar ist die telegraphische Verbindung zwischen dem Festlande und dem Leuchturm Rotensand unterbrochen. Das Telegraphenkabel ist unmittelbar vor dem Leuchtturm gerissen; die Wiederherstellung ist bis jetzt nicht möglich gewesen.

Kopenhagen, 18. Januar. (B. L. B.) Der Folkething verwarf heute die von den Radikalen eingebrachte Tagesordnung, in der die Herabsetzung der Landesverteidigungs-Ausgaben gefordert wurde. Das vom Präsidium der Regierungspartei eingebrachte Vertrauensvotum für die Regierung wurde einstimmig mit 63 Stimmen angenommen. 23 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Die Minister, welche Mitglieder des Folkething sind, nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Wien, 18. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die gestrige dritte Sitzung des Kriminalisten-Kongresses wurde wiederum von der Polizei geschlossen. Als das Publikum den Saal verließ, wurden revolutionäre Schriften verteilt. Ein Student rief: „Nieder mit der Autokratie!“

Boston (Massachusetts), 18. Januar. (B. L. B.) Der Ausstand der Baumwollarbeiter im Fall River-Distrikt, der am 25. Juli v. J. infolge der Herabsetzung der Löhne um 12 1/2 Prozent durch die Fabrikanten begonnen wurde, ist heute nach einer Konferenz der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter beigelegt worden.

Reichstag.

121. Sitzung vom Mittwoch, den 18. Januar 1906, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Präsident des Reichs-Eisenbahnamtes Schulz.

Die Anträge auf Einstellung der Strafverfolgung gegen die Abgeordneten Scheidemann (Soz.), Gerstenberger (Z.) und Schmidt-Frankfurt (Soz.) wegen Verleumdung und gegen den Abg. Dreesbach (Soz.) wegen Vergehens gegen das badische Vereinsgesetz werden auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission ohne Debatte angenommen.

Auf der Tagesordnung steht nun die zweite Beratung des Etats für das Reichs-Eisenbahnamt.

Abg. Erzberger (Z.): Ich möchte den Herrn Präsidenten Schulz bitten, uns Auskunft über die in Heidelberg stattgehabte Konferenz über eine deutsche Betriebsmittelgemeinschaft zu geben. Wir selbst können heute noch keine endgültige Stellungnahme zu diesem Plane aussprechen, da erst die betreffenden Verträge vorliegen müssen. Doch können wir den dringenden Wunsch aussprechen, daß diese Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß kommen. Ich hoffe, daß die künftige Betriebsmittelgemeinschaft auch dazu führen wird, daß die einzelnen Verwaltungen aufeinander mehr Rücksicht nehmen, damit es nicht wieder vorkommt, daß der preussische Eisenbahnminister, ohne mit den süddeutschen Regierungen darüber zu verhandeln, die 45tägige Müßfahrkarte schafft und dadurch die württembergische Verwaltung zwingt, daß über Kopf den Schritt nachzumachen. — Nun noch ein paar Worte über das Reichs-Eisenbahnamt. Wir sprechen unsere Anerkennung aus über die umfangreiche Statistik, welche dieses Amt vorlegt. Vielleicht ist es zu umfangreich, so daß die Orientierung schwer ist. Leider erfährt man darin wenig über die Arbeiter in der Reichs-Eisenbahnverwaltung. Millionen werden in diesem Betriebe umgekehrt. Das leisten doch nicht nur Lokomotiven, sondern vor allem menschliche Arbeitskräfte. Hierüber möchten wir mehr erfahren. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Hieber (natl.): Eine fortschreitende Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens ist eine der wichtigsten Fragen nicht nur des Verkehrs, sondern auch der gesamten Wirtschaft. Leider ist nun das Reichs-Eisenbahnamt fast ganz machtlos, wenn es gilt, verkehrstechnische Fortschritte zu machen; die Entscheidung liegt dann ausschließlich bei den einzelstaatlichen Eisenbahnministern. Einer der Wege, die Zeit und Geld verschwendende Konkurrenz der Einzelstaaten zu beseitigen, erschien mir schon im Vorjahre die Betriebsmittelgemeinschaft. In diesem Jahre haben Studienkommissionen und Ministerkonferenzen den Gedanken bedeutend gefördert. Auf die Einzelheiten der Betriebsmittelgemeinschaft gehe ich nicht ein, weil es zu hoffen ist, daß auf Grund der Qualifikationen von Heidelberg bald endgültige Abmachungen zu Stande kommen, die nicht bloß eine bloße Güterwagengemeinschaft, sondern eine volle Betriebsmittelgemeinschaft schaffen. Die Vereinigung, Verbilligung, Verschleunigung des Eisenbahnverkehrs ist eine nationale Angelegenheit im besten Sinne des Wortes, zur Herbeiführung eines „einheitlichen Eisenbahnnetzes“ im Sinne des Artikels 42 der Reichsverfassung der größte Schritt seit Gründung des Reiches. (Lebhafte Beifall.)

Präsident des Reichs-Eisenbahnamtes Schulz: Die vom Abg. Erzberger gewünschte Auskunft über die geplante Betriebsmittelgemeinschaft ist ja vom Herrn Vorredner schon in weit besserer Weise gegeben worden, als ich es zu tun vermöchte. Außerdem schweben die Verhandlungen noch. Ueber schwebende Verhandlungen aber darf man nicht zu viel Auskunft erwarten. — Der Abg. Erzberger wünscht einige Erweiterungen unserer Reichs-Eisenbahnstatistik, namentlich in bezug auf die Arbeitsverhältnisse. Erst im Jahre 1897 hat auf Grund einer Besprechung mit den anderen Verwaltungen eine Revision der Thematika stattgefunden, welche in die Statistik aufgenommen werden. Doch bin ich gern bereit, auch über die Arbeitsverhältnisse, über die Sonntagsruhe usw. Statistiken aufzunehmen.

Abg. Reichhaus (Soz.): Der Herr Präsident Schulz hat der Betriebsmittelgemeinschaft den besten Erfolg gewünscht. Wir verlangen entschieden eine Auskunft darüber, ob dem nun die Reform der Personen- und Gütertarife zustande kommt.

Bisher hatten wir auf diesem Gebiete sehr wenig Erfreuliches zu verzeichnen. Die Einführung der 45-tägigen Müßfahrkarte ist von einer Einschränkung des Nachbarverkehrs durch Freisetzung der Sonntagsarten begleitet gewesen. Die kleine Reform, die wir erreicht haben, ist also auf Kosten der armen Bevölkerung durchgeführt worden. — Ich möchte noch in erster Linie darauf hinweisen, daß es dringend notwendig ist, auch in der 4. Klasse Nichtraucher-Abteilungen einzurichten. Dieselbe Einrichtung, die die erste, zweite und dritte Klasse schon haben, können auch die vierte, die durch ihre wirtschaftliche Lage gezwungen sind, die vierte Klasse zu benutzen, zumal gerade sie es ist, die der Eisenbahn die großen Lieberschüsse liefert. — Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß die gewöhnliche „Nachtspindel“ ihren Zweck verfehlt, wenn keine Spindelpfosten aufgestellt werden. So wie dies in den D-Bügen geht, sollte es auch in allen anderen Bügen durchgeführt werden.

Seit Jahren ist von dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht worden, wie dringend notwendig der Ausbau des Eisenbahnnetzes im Reinerger Oberlande ist. Aber noch immer ist der Bahnbau Sonneberg-Giesfeld nicht in Angriff genommen. Auch die Zustände auf dem Bahnhof Sonneberg lassen sehr viel zu wünschen übrig. Es fehlt für den in gewissen Monaten dort sehr großen Verkehr an Räumen und genügendem Personal. Die Güter müssen oft tagelang im Freien liegen. Man muß anerkennen, daß die Beamten in übermenschlicher Arbeit ihre volle Schuldigkeit tun, aber es wäre Pflicht des Reichs-Eisenbahnamtes, dafür zu sorgen, daß diesen Zuständen endlich ein Ende gemacht wird. Die Aufgabe der Eisenbahnen ist, den berechtigten Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen, nicht aber, nur hohe Profite zu erzielen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichs-Eisenbahnamtes Dr. Schulz: Ich bin gern bereit, dem Herrn Vorredner Auskunft zu erteilen. Für den Bahnhof in Sonneberg ist ein Kapital von 2740000 Mark in Aussicht genommen. Da dieser Bahnhof an eine ganz andere Stelle gelegt werden muß als der bisherige, und da das Gelände dort besonders schwierig ist, ist es erklärlich, daß der Bau etwas längere Zeit in Anspruch nimmt. — Ueber die Vernachlässigung des Thüringer Gebiets in bezug auf Eisenbahnen ist bereits seit Jahren geklagt worden, nach näherer Prüfung haben sich die Klagen aber nicht als berechtigt herausgestellt. Auf 1000 Quadratkilometer Grundfläche kommen in Deutschland 101 Kilometer Eisenbahnen, in Thüringen 126 Kilometer. Die Fertigstellung der Linie Sonneberg-Giesfeld ist binnen kurzem zu erwarten.

Abg. Dr. Pankula (fr. Bg.): Der Herr Abg. Reichhaus hat die Einführung von Nichtraucher-Abteilungen für die vierte Klasse verlangt. Wenn diese Klasse beibehalten werden sollte, so möchte sie so ausgestattet werden wie die anderen; aber ich glaube, es wäre endlich Zeit, sie abzuschaffen.

Ein willkommener Nebenprodukt bei der Betriebsmittel-Vereinheitlichung kann die Reform der Tarife bezeichnet werden. Ohne die schwebenden Verhandlungen stören zu wollen, kann man doch sagen, daß alles auf eine Tarifermäßigung hindeutet und daß die Eisenbahnverwaltung diesem allgemeinen Bedürfnis wird nachkommen müssen. Das allgemeine Bedürfnis nach Vereinheitlichung und Herabsetzung aller Tarife ist von den Verwaltungen wie von allen Sachmännern anerkannt worden.

Wenn diese Vereinheitlichung der Tarife zustande kommt, so wollen wir nur wünschen, daß bei dieser Gelegenheit, nicht noch in irgend einer Form eine Erhöhung eintritt, auch nicht auf dem Gebiete der

Gepäckfracht. Erleichterung muß kommen und nicht Erhöhung! — Endlich sind die Tarife für den Güterverkehr zu ermäßigen. Die preussischen Eisenbahnen werfen jetzt eine so hohe Rente ab und stehen in einer so günstigen Konjunktur, daß es die richtige Zeit ist, diese Reformen durchzuführen, da der vorübergehende Einnahmehausfall, der zunächst wohl eintreten mag, jetzt gar nichts schaden kann. Die hohe Rente der Eisenbahnen darf nicht zu einer Verkehrssteuer ausarten! (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Werner (Antik.): Der Abg. Windthorst war 1884 für die Aufhebung des Reichs-Eisenbahnamtes. Windthorst hat das Amt geschaffen, weil er Reichs-Eisenbahnen wünschte. Diese Erwartung ist nicht eingetreten. Heute hat das Amt doch verhältnismäßig recht wenig zu tun für die großen Kosten, die es verursacht. Wir wünschen also, daß es infolge der Betriebsmittelgemeinschaft einen umfangreicheren Wirkungsbereich bekomme. (Zustimmung bei den Antikseniten.)

Abg. Dr. Wolff (Wirtschaftliche Vereinigung) begrüßt die Ergebnisse der Ministerkonferenzen und warnt vor allzu großem Misstrauen.

Abg. Storz (Süddeutsche Bp.): Auch ich begrüße die Betriebsmittelgemeinschaft, aber nicht als Allheilmittel. Auch nach ihrem Abschluß werden noch viele Güterwagen leer zurückfahren müssen, z. B. die Wagen, welche Kohlen aus dem Ruhrrevier nach Süddeutschland bringen. Wir werden erst dann in Deutschland von einer faktischen Tarifpolitik zurückkommen, wenn der Reichstag selbst einen vollständigen Einfluß auf die Entwicklung der Tarife hat. Leider ist dazu wenig Aussicht.

Abg. Dr. Pflüger (Z.): Auch an der bairisch-badischen Grenze sind Umleitungen von Gütern vorgekommen. Hoffentlich tritt auch Bayern den Verhandlungen zur Freisetzung dieser Liebesdienste bei. Noch besser wird ja die Betriebsmittelgemeinschaft wirken. Ich freue mich, daß sämtliche Parteien ihre Zustimmung dazu ausgesprochen haben, bebauere es aber, daß die württembergischen Abgeordneten den Wunsch ausgesprochen haben aus der Betriebsmittelgemeinschaft solle eine Betriebsgemeinschaft werden. Man sollte doch etwas zurückhaltender sein, um bei den Verhandlungen mehr Vorteile herauszuschlagen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Gerlach (Soz. d. fr. Bg.): Ich freue mich, daß schon mein Vorredner sich gegen die Einführung der vierten Klasse in Süddeutschland ausgesprochen hat. Hoffentlich wird Preußen in Süddeutschland damit keine moralischen Eroberungen machen. Wenn die Herren vom Zentrum, die ja in der bayerischen Kammer womöglich noch mächtiger sind, als hier, alle ebenso dagegen sind, wie der Abg. Pflüger, so muß ja Bayern von der vierten Klasse verschont bleiben. Süddeutschland ist noch das einzige Bollwerk im Deutschen Reich gegen diese unwürdige Einrichtung. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Süddeutschland ist glücklich zu preisen, daß es die vierte Klasse nicht befreit. Kein hoher süddeutscher Beamter, der ein Duzend mal bei uns vierter Klasse gefahren ist, wird für deren Einführung in Süddeutschland sein. In der Betriebsmittelgemeinschaft halte ich es im nationalen und wirtschaftlichen Interesse für notwendig, so weit zu gehen, wie möglich. Ich bin aber dagegen, daß eine kulturwidrige Einrichtung in ganz Deutschland eingeführt wird. (Beifall links.)

Abg. Storz (Südd. Bp.): Mit dem Vorredner bin ich darin einverstanden, daß in Süddeutschland nicht die vierte Klasse eingeführt wird. Wenn es zu einem Kampf zwischen den süddeutschen und den anderen Wägen kommen sollte, so ist unsere Situation durchaus nicht schlecht, aber ich muß sagen, ich sehe viel lieber unter der Diktation von Berlin als von München. (Bravo!)

Abg. Dr. David (Soz.): Der Vorredner ist für eine Betriebsmittelgemeinschaft, aber nicht für eine gemeinschaftliche Verwaltung der Eisenbahnen durch das Reich eingetreten. Ich glaube, der Zweck dieser Betriebsmittelgemeinschaft ist die Stärkung des preussischen Einflusses im süddeutschen Eisenbahnwesen. Es wäre besser gewesen, wenn früher eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft zustande gekommen wäre, die alle Tariffortschritte konsolidiert hätte, welche einzelne süddeutsche Staaten gemacht haben. Nach einem Abkommen mit Hessen und durch den Erwerb der Rhein-Neckar-Bahn hat Preußen einen großen Teil in eine solche süddeutsche Eisenbahngemeinschaft getrieben. Es wird jetzt nichts anderes übrig bleiben, um die preussische Oberhoheit zu schwächen, als der Uebergang zur Reichs-Eisenbahnverwaltung. Freilich wird Preußen da den schärfsten Widerstand leisten, weil sein Protektionsrecht bedroht ist. Preußen ist im Tarifwesen, wie überall, ein Bollwerk der Rückständigkeit. (Sehr richtig! links.) In der vierten Klasse längere Zeit zu fahren, ist schon für einen gebildeten Menschen eine Tortur. Und heutzutage sind viele Leute gezwungen, von Osten bis Westen tagelang in der vierten Klasse zuzubringen. Es ist eine Ungerechtigkeit sondergleichen, daß sich unbenutzte Leute so bedrücken lassen müssen. Mit welchem Recht schließt man übrigens die vierte Klasse aus den Schnellzügen aus? Es ist das eine Ungerechtigkeit, die um so empfindlicher wirkt, als die Erträge der vierten und dritten Klasse mit dazu dienen, um die Bequemlichkeit der Reisenden zweiter und erster Klasse zu ermöglichen. Denn diese Klassen für die Besserdemittelten denken sich ja nicht selbst, sondern werden gedeckt durch die Erträge aus der dritten und vierten, mit anderen Worten: die in der dritten und vierten Klasse fahrenden Besserdemittelten bezahlen den in der ersten und zweiten Klasse fahrenden Besserdemittelten einen Teil ihres Fahrgebühres. Die Eisenbahn mit ihrem Klassenwesen bietet ja ein außerordentlich gutes Bild unserer wirtschaftlichen Klassenverhältnisse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

und darum entspricht es durchaus dem preussischen Geist, daß jeder Vereinbarung mit Süddeutschland als Hindernis das Verlangen nach Einführung der vierten Klasse vorgeschoben wird. Das Marterinstrument der 4. Klasse soll durchaus auch in Süddeutschland eingeführt werden. Was aber das Reisen in dieser Klasse für kranke Leute oder für Frauen mit Kindern bedeutet, davon kann sich der keine Vorstellung machen, der nicht selbst mit gefahren ist. Man muß sehen, wie arme, kranke Menschen, denen jedes Mittel des Wagens Schmerz verursacht, zu den Unübersichtsständen fahren oder wie Frauen mit Kindern nicht einmal ein Bedürfnis befriedigendes können, da sämtliche alten Wagen ohne Aborte gebaut sind; wenn beim Aufenthalt auf einer Station jemand hinauspringt, um ein notwendiges Bedürfnis zu versichern, so ist, wenn er zurückkommt, entweder der Zug durchgegangen oder mindestens ihm kein Platz weggenommen. Denn in der vierten Klasse sind zwar Plätze angebracht, aber nicht so viele, daß sie für alle Passagiere ausreichen. Infolgedessen kann nur ein Teil der Passagiere sitzen, und während in allen übrigen Klassen verlassene Plätze durch Belegen reserviert werden können, gilt in der vierten Klasse das Gesetz, daß Plätze nicht belegt werden dürfen. Das sind die Einrichtungen des preussischen Kulturstaates, der unter der Devise: „Preußen voran!“ marschiert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat einer der Vorredner den Gedanken angeregt, die vierte Klasse abzuschaffen. Ich glaube nicht, daß Preußen dazu kommt. Wenn aber doch, so wird Preußen es vielleicht ebenso machen wie Sachsen, das diesen Fortschritt vorläufig einmal für den Sonntag eingeführt hat. Dort werden am Sonntag keine Billets vierter Klasse verkauft, aber die Wagen vierter Klasse fahren auch am Sonntag, nur daß dann ein Bettel an dem Wagen herausgehängt ist: Dritte Klasse. Das deutet an, daß am Sonntag die dritte Klasse bezahlt werden muß. (Heiterkeit.) Auch das ist echt sächsisch. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde es für einen außerordentlich großen Fortschritt halten, wenn das Reich für alle diese Verhältnisse kompetent würde, und das kann nur auf dem Wege über die Reichs-Eisenbahngemeinschaft geschehen. Ich glaube und hoffe, daß wir dazu gelangen werden wenn die süddeutschen Staaten infolge der Betriebsmittelgemeinschaft noch härter empfinden, was die preussische Oberhoheit in Eisenbahndingen für Süddeutschland bedeutet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schrader (fr. Bg.): Die Kenderung der Tarife ist nur möglich, wenn Preußen will; und Preußen will nicht, — wie aus

der Staatsrede des Finanzministers zu ersehen ist. — um eine Einbuße für die Staatskasse zu vermeiden. Da die Eisenbahnen unter einzelstaatlicher Verwaltung stehen, so hat der Reichstag nicht hinreichende Kompetenzen. — Wir haben genug erlebt, um zu wissen, daß wir von den Eisenbahnen wohl Einlässe verlangen dürfen, aber nicht, daß sie den allgemeinen Verkehrsinteressen gerecht werden. (Beifall links.)

Abg. Pauli (Oberbairn. Bp.): Ich bin kirchlich auch vierter Klasse gefahren und habe mich da sehr bequem gefunden. Die Ueberfüllung findet man auch in anderen Klassen; ich habe es auch schon gefunden, daß in der zweiten Klasse 20 Personen in einem Abteil waren, das kann mal vorkommen. Aber das muß ich sagen, nirgends ist ein so freundliches Publikum, wie in der vierten Klasse. (Lebhafte Zustimmung links.) Die vierte Klasse möchte ich nur wissen, wenn man in der dritten Klasse zu denselben Preisen fahren kann, wie jetzt in der vierten Klasse. So schlimm, meine Herren Süddeutschen, wie es geschildert wird, ist es mit der vierten Klasse nicht. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Gerlein (fr. Bg.): Man hat die Worte meines Kollegen Schraders dadurch herabzusetzen versucht, daß man auf seine ehemalige Tätigkeit als Direktor einer Privatbahn-Gesellschaft hinwies und meinte, er spräche im Interesse des Privatbahnwesens. Nun Kollege Schrader ist natürlich der Ansicht, daß eine Erwerbsgesellschaft in erster Linie nicht für das öffentliche Wohl zu sorgen habe. (Zurufe rechts: Aha!); dafür ist eben der Staat da. Die beste Zeit war die, wo neben den Staatsbahnen noch große Privatbahnen bestanden. Damals kontrollierte der Staat die Privatbahnen. Jetzt ist Unternehmerin und Aufsichtsbehörde dieselbe. Da findet natürlich ein starker Interessenskonflikt statt. Ich freue mich, daß Graf Limburg-Sturum zugab, daß hohe Tarife eine Verkehrssteuer bedeuten. Vor 11 Jahren haben die Konservativen, ich glaube speziell Graf Limburg-Sturum, dies bestritten. — Durch die Staats-Eisenbahn-Verwaltung wird das allgemeine Interesse ganz gewiß nicht gewahrt. Der Minister Alqueil hat diejenigen für dumm erklärt, die das glauben. Es ist nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht als Vertreter des Volkes immer aufs neue darauf hinzuweisen, daß Fortschritte im Tarifwesen dringend notwendig sind.

Abg. v. Gerlach (fr. Bg.): Eine kurzweilige Beweisführung als die des Herrn Pauli ist mir noch nicht vorgekommen. Er betont, daß das Publikum der vierten Klasse viel menschenfreundlicher sei — was wir nie bestritten haben — und verlangt deshalb, daß es menschen- und freundlich behandelt werde. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Nur wer die vierte Klasse nicht kennt, kann bestreiten, daß die Beförderung in derselben auf längere Strecken menschen- und würdig ist. Abg. Dr. David (Soz.): Daß Graf Limburg-Sturum Gegner der Tarifermäßigung ist, ist leicht verständlich. Er ist überhaupt ein Gegner des Reisens, wenigstens soweit es das „niedere Volk“ betrifft, dies soll dienen, wozu es der liebe Gott auf das Land geleitet hat. Die Herren Agrarier fürchten eben, daß die ihnen angekauften Arbeiter, wenn ihnen das Reisen so leicht gemacht wird, noch eher dazu kommen könnten, sich einmal die Welt da draußen anzusehen. — Was Herr Pauli anbetrifft, so stimme ich durchaus dem Vorschlag des Herrn v. Gerlach zu, er möge einmal einen Kurzaufenthalt längerer Dauer in der vierten Klasse durchmachen. Wenn ihm die vierte Klasse übrigens so gut gefällt, so wundere ich mich, daß er sie nicht ständig bei seinen Reisen benutzt. Selbstverständlich wäre den Arbeitern mit der Abschaffung der vierten Klasse schlecht gedient, wenn die dritte Klasse die jetzigen hohen Preise behält. Das ist der springende Punkt der ganzen Tarifreform. Der Abg. Pauli hat gefunden, daß das Publikum in der vierten Klasse sehr lebenswürdig und menschenfreundlich ist. Das besteht meist aus Sozialdemokraten. (Lachen rechts. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Pauli hat sich davon überzeugt, daß das Publikum in der vierten Klasse das Beste ist. (Heiterkeit.)

Abg. Müller-Sagan (fr. Bp.): Im Geiste des Herrn Abg. Pauli malt sich die Welt ganz anders als in allen anderen Köpfen. Er behauptet, daß die vierte Klasse sehr bequem sei. (Widerspruch des Abg. Pauli.) Jedenfalls war er mit ihrem gegenwärtigen Zustande zufrieden. Ich bezweifle, daß er den Befähigungsnachweis zur Beurteilung derartiger Fragen erbracht hat. Der Abg. Pauli war auch der einzige, dem seinerzeit das Essen im Reichstag schmeckte. (Große Heiterkeit.) Seine jetzige Zufriedenheit mit der vierten Klasse wird denen, die in ihr zu fahren gezwungen sind, nicht als Scherz, sondern als bitterer Hohn erscheinen. (Sehr wahr! links.)

Abg. Pauli (Soz.): Ich habe nicht ein Wort gegen die Verbesserung der vierten Klasse gesagt, sondern nur, daß ich einmal sehr bequem darin gefahren bin. Ich behaupte, daß jedenfalls vorläufig die Leute, welche jetzt vierter Klasse fahren, sie nicht aufgeben wollen zugunsten der neueren Preise, die sie in der dritten Klasse in Süddeutschland bezahlen müssen. Weil der Abg. David gesagt hatte, in der vierten Klasse würden Kinder gefahren, habe ich gesagt, daß niemand mehr Rücksicht auf die Reisenden nimmt als die Arbeiter. In der zweiten Klasse würde kein Passagier auch nur einen Fuß breit rücken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird der ganze Etat für das Reichs-Eisenbahnamt ohne weitere Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat des Rechnungshofes. Die Budgetkommission beantragt unter den einmaligen Ausgaben die Bewilligung von 500000 M. als zweite Rate für den Neubau eines Dienstgebäudes für den Rechnungshof des Deutschen Reiches auf den Grundstücken der alten Kriegsschule in Potsdam. Da der Berichterstatter der Budgetkommission, Abg. Sattmann (Antik.) nicht anwesend ist, erhält auf Antrag des Vorsitzenden der Kommission, des Abg. Stöckmann (kons.) als Korreferent

Abg. Singer (Soz.) das Wort zur Berichtserstattung. Die Kommission bemängelt, daß nicht von vornherein Bodenunterveräußerungen stattgefunden haben, so daß jetzt Fundamentierungsarbeiten notwendig werden und ist nicht damit einverstanden, daß für Reichsgebäude die preussische Akademie für das Bauwesen als eine Art Jenseitsbehörde an Stelle einer leider fehlenden Reichsbehörde fungiere.

Der Titel wird debattelos bewilligt, ebenso der Rest des Etats. Hierauf verlegt sich auf Antrag des Abg. Dr. Sattler (natl.) das Haus.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bp.) fragt, wann die wegen Erlektion des Ministers v. Lubbe bisher verschobene Besprechung der freisinnigen Interpellation wegen der Erhebung von Abgaben auf natürlichen Wasserläufen voraussichtlich auf die Tagesordnung gesetzt werden wird.

Präsident Graf Ballestrem erwidert, daß er heute wieder angefragt und die Antwort erhalten habe, daß vor dem 23. Januar nicht darauf zu rechnen wäre.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr: Postetat.

Schluß 1/4 Uhr.

Die Erziehung zur Ordnung.

Die Budgetkommission des Reichstages setzt mit mehr Eifer als Erfolg ihre Bemühungen fort, die Kolonialabteilung des deutschen Budgetrechts einzuweisen. Schon in der vorigen Session des Reichstages wurde festgestellt, daß die Beamten der Kolonialabteilung geradezu naive Auffassungen von der Bedeutung jener Verfassungsbestimmung haben, durch die der Volksvertretung das Ausgabebewilligungsrecht vorbehalten wird; wir erinnern nur an die famose Affäre der „Kolonialattache“, die ungefüge auf einer Stufe mit den bekannten „Zanghufen“

verbandes. Er versicherte, der Entwurf bedeute nicht den ersten Schritt zur Verstaatlichung des gesamten Kohlenbergbaues. Der Verstaatlichung ständen schwere Bedenken gegenüber, die staatliche Schuldlast würde um 1 1/2 bis 2 Milliarden erhöht werden. Das Streben, an die Stelle der Privatwirtschaft den Staatsbetrieb zu setzen, habe ohnehin in Bedenken erregender Weise in Deutschland um sich gegriffen und dürfe nicht noch mehr gestärkt werden.

Wären die Konservativen und die Zentrumsmitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses tatsächlich, wie sie wenigstens zum Teil vorgeben, Anhänger einer Verstaatlichung des Kohlenbergbaues, sie müßten gegen die Vorlage stimmen; denn durch die obigen Erklärungen hat sich die Regierung auf lange hinaus die Hände gebunden. Aber trotzdem werden wir, wenn die Vorlage wieder im Abgeordnetenhause zur Beratung kommt, das Schauspiel erleben, daß die Herren nach einigen leeren Redensarten Mann für Mann für die Vorlage eintreten. Der Haß gegen das große mobile Kapital treibt die Konservativen zwar gelegentlich zu einer kleinen Hege gegen dieses, zu einer prinzipiellen Politik vermögen sie sich aber nicht aufzuschwingen.

Rohisenproduktion der Welt. Die Produktion von Roheisen wird für das Jahr 1904 ungefähr wie folgt geschätzt: Amerika, Vereinigte Staaten 16 600 000 Tonnen, Deutschland 10 150 000 Tonnen, Großbritannien 8 400 000 Tonnen, Frankreich 2 800 000 Tonnen, Rußland 2 800 000 Tonnen, Oesterreich 1 600 000 Tonnen, Belgien 1 900 000 Tonnen, andere Länder 1 425 000 Tonnen, zusammen 44 575 000 Tonnen. In Deutschland ist die Produktion ungefähr die Hälfte geblieben wie in 1903. Der Konsum von schottischem Eisen hat während des vergangenen Jahres um 65 015 Tonnen zugenommen, welches Plus auf den Verbrauch im eigenen Lande entfällt, da die Verschiffungen nach fremden Ländern einen Ausfall von 88 067 Tonnen aufwiesen. Auch von Middlesex sind die Verschiffungen geringer als im vorhergehenden Jahre gewesen, indem sie nur 511 488 Tonnen gegen 617 118 Tonnen betragen. Nach Deutschland und Holland wurden im vorigen Jahre 103 402 Tonnen verschifft gegen 585 222 Tonnen in 1899 und 573 008 Tonnen in 1900, ein Beweis, wie Deutschland sich durch seine eigene Produktion von dem Bezuge ausländischen Eisens emanzipiert und auf eigene Füße gestellt hat.

Die Tantal-Lampe der Firma Siemens u. Halske. In der vorgestern abgehaltenen Sitzung des Elektrotechnischen Vereins wurde die neue Tantal-Lampe, die von der Firma Siemens u. Halske hergestellt vorgeführt. Es handelt sich dabei um eine Lampe, deren Glühfaden aus dem bisher in der Technik nicht benutzten Metalle Tantal besteht. In jahrelanger schwieriger Arbeit ist es, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, dem Chemiker Dr. v. Bolton gelungen, dieses Metall so rein herzustellen, daß es sich walzen und zu sehr dünnen Drähten ausziehen läßt. Diese Drähte sind biegsam und im frischen Zustande außerordentlich zäh; dabei liegt ihr Schmelzpunkt so hoch (etwa bei 2900 Grad), daß sie eine Erhitzung auf äußerst helle Weißglut vertragen. Ueber die Verarbeitung derselben zu Lampen berichtet der Direktor des Siemens'schen Glühlampenwerks, Dr. Feuerlein: Nach mancherlei Versuchen wurde eine Methode gefunden, die gestattet, den Tantalglühfaden trotz seiner bedeutenden Länge bequem in einer Glühlampenbinde von gewöhnlicher Größe unterzubringen. Die Lampen, welche die Firma jetzt auf den Markt bringt, sind vorläufig für eine Spannung von 110 Volt und eine Leuchtkraft von 25 Hefnerkerzen bestimmt. Sie haben eine nützliche Lebensdauer von durchschnittlich 400—600 Stunden, einzelne halten bedeutend länger; sie brennen in jeder Stellung, werden wie gewöhnliche Glühlampen eingeschraubt und wie diese durch bloßes „Anipfen“ am Schalter in Tätigkeit gesetzt und leuchten dabei sofort ohne vorherige Erwärmung. Der Stromverbrauch beläuft sich auf 1,5 bis 1,6 Watt pro Hefnerkerze, d. h. sie verbrauchen nur die Hälfte des Stromes, den eine gewöhnliche Kohlenlampe von gleicher Helligkeit konsumieren würde, und die elektrische Lampe der neuen Art braucht immer noch etwa 23 Proz. weniger Strom als eine gute 16kerzige Lampe der bisher gebrauchten Konstruktion mit Kohlenfäden.

Gewerkchaftliches.

Polizei und Streikposten.

Die Polizei in Köln führt zwar nicht wie die in Dresden Streikposten an der Kette ab, aber bezüglich der Menge der polizeilichen Strafbefehle gegen Streikposten wird Köln die schlechteste Hauptstadt weit überragen. An einem einzigen Vormittag hatte sich eine Abteilung des Kölner Schöffengerichts mit sage und schreibe sieben Prozess gegen Streikende zu befassen.

Die ersten fünfzehn stammen aus dem Streik in dem Kölner Dribit-Werk; es sind dies aber nicht die Prozesse alle aus diesem einen Streik. Es wurde in der Verhandlung festgestellt, daß die sämtlichen Streikposten auf einer Landstraße standen, die um die Zeit völlig menschenleer war, da sie weit außerhalb der Stadt liegt. Von der Polizei, die sieben Beamte als Zeugen aufbot, wurde nicht einmal behauptet, daß auch nur die geringste Tätigkeit vorgekommen sei; auch für eine Bedrohung von Arbeitswilligen wurde nicht der Schatten eines Beweises erbracht. Es handelt sich bei der Polizei, als sie die Posten auf Grund der bekannten Straßenpolizei-Verordnung wegweis, um eine ganz offene Verletzung des Koalitionsrechts der Arbeiter. Die Polizei hat lediglich auf den Wunsch der Fabrikleitung gehandelt. Bemerkenswert ist die Aussage des betreffenden Polizeikommissars. Der Herr sagte endlich als Zeuge: Die Strafe war ganz leer. Als es 12 Uhr schlug, krümmten (!!) in die Eupenerstraße auf einmal sechs Personen hinein. Auf mein Verbot (!) gingen fünf weg; nur der Angeklagte B. blieb. — Einen Angeklagten, der gar nicht Posten stand, sondern um die Mittagszeit über die Strafe ging, forderte ein Beamter auf, sich — zu be-eilen! Er, der Arbeiter nämlich, erhielt ein Strafmandat von 20 M. — weil er keine Eile hatte! Der Verteidiger der 15 Arbeiter kennzeichnete das Vorgehen der Polizei als völlig ungesetzlich. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagten frei und erklärte, die Polizei habe sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befunden.

Dann verhandelte das nämliche Gericht gegen zwei Holzarbeiter, die bei dem Streik in der Ehrenfelder Waggonfabrik Posten gestanden hatten. In den vorigen Fällen hatte es nur des Winkes der Unternehmer bedurft, um die Polizei gegen Staatsbürger mobil zu machen, die ruhig und geschäftig um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpften. In diesen beiden Fällen aber genügte dazu — es wäre unglaublich, wenn es nicht der Polizeikommissar Streichert zeugeneidlich bekundet hätte! — die anonyme Beschwerde eines Denunzianten. Der Polizeikommissar sagte aus: Ich habe zuerst nichts gegen die Streikposten unternommen, da sich niemand beschwerte. Da lief bei dem Kölner Polizeipräsidenten eine anonyme Beschwerde ein, worauf ich von dem Polizeipräsidenten zu eingehendem Bericht angefordert wurde. Ich ging zur Waggonfabrik, und der Direktor sagte mir, es seien Leute, die nichts mit dem Streik zu tun hätten, angehalten und gefragt worden, ob sie Stellmacher oder Schreiner seien (Schredlich!), so auch Fabrikbeamte usw. Ich sagte zu dem Direktor: „Warum haben Sie mich nicht sofort benachrichtigt?“ Dieser Zeuge und die beiden als Zeugen auftretenden Schulkleute haben

von Belästigungen und Bedrohungen nichts wahrgenommen. Trotzdem verurteilte das Gericht die beiden Arbeiter zu je 10 M. Geldstrafe: Die Polizei habe sich hier in berechtigter Ausübung ihres Amtes befunden; nachdem einmal die anonyme Anzeige eingelaufen sei (!!!) und nachdem sich Fabrikbeamte über Belästigungen beschwert hätten, sei die Polizei zu ihren Anordnungen auf Grund der Straßenpolizeiverordnung berechtigt gewesen, und die Angeklagten hätten der Aufforderung zum Verlassen der Straße Folge leisten müssen.

Dies Urteil wird in der Berufungsinstanz berichtigt werden müssen. Die Prozesse aber sind von kulturgeschichtlicher Bedeutung. Wir empfehlen dem Reichsgraf von Innern, Herrn v. Posadowsky, statt des Zahlenhunderts der Arbeiterversicherung die Akten dieser und der vielen Streikprozesse, die sich im Reiche der Sozialpolitik abspielen, auf den internationalen Ausstellungen vorzuführen. Die Anerkennung, daß Deutschland, nicht Rußland, in diesen Dingen an der Spitze marschiert, ist ihm sicher. —

Berlin und Umgegend.

Nach dem Friedensschluss in der Holzindustrie.

Gestern nachmittag hatten sich in Kellers kleinem Saal diejenigen Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes versammelt, welche die Arbeit bis dahin noch nicht aufgenommen hatten. Es waren etwa 200 bis 250 Personen. Teils handelt es sich um solche, die nicht mit Streikbrechern zusammenarbeiten wollen und deshalb in ihrer alten Werkstatt nicht wieder anfangen. Andererseits kommen Arbeiter in Frage, die noch nicht wieder beschäftigt werden konnten, weil ihre Arbeitgeber den Betrieb noch nicht in vollem Umfange in Tätigkeit setzen konnten. Endlich sind auch noch eine Anzahl von Arbeitern vorhanden, deren Unternehmer mancherlei Schwierigkeiten machen, wozu ihnen der Vertrag kein Recht gibt. So wurde unter anderem mitgeteilt, daß die Firma Groschus bereits neue Arbeiter eingestellt habe, obwohl noch alte Arbeiter der Firma beschäftigungslos sind. Bei Blankenburg u. Schnabel, wo vor der Aussperrung neue Muster in Lohn angefertigt wurden, soll dies Verhältnis aufgehört. Das würde gegen den Vertrag verstoßen, denn derselbe bestimmt, daß Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche günstiger sind wie die im Vertrage vorgesehenen, bestehen bleiben müssen. Die Firma Schuster u. Böhm will die eingeklagten Kontraktbruchstrafen von den verurteilten Arbeitern einziehen, was nach den Vereinbarungen vor dem Gewerbegericht nicht zulässig ist. — Ähnliche Beschwerden wurden noch aus verschiedenen Betrieben vorgebracht und den Mitgliedern der Schlichtungskommission überwiehen, um in der ersten Sitzung derselben, welche gestern abend stattfand, verhandelt zu werden. — Von der Leitung des Holzarbeiter-Verbandes wurde die Versicherung abgegeben, daß alle Einzelsfälle, wo der Aufnahme der Arbeit noch Schwierigkeiten im Wege stehen, geprüft und durch die Schlichtungskommission erledigt werden. Es sei vorauszusetzen gewesen, daß nicht gleich in den ersten Tagen eine vollkommene Regelung in allen Betrieben erfolgen würde. In kurzer Zeit würden jedoch alle noch schwebenden Differenzen erledigt sein. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß diejenigen, die bei ihrem bisherigen Meister nicht wieder anfangen wollten, sich an den Arbeitsnachweis des Verbandes wenden sollen. Die Nachfrage sei sehr reg. Am Dienstag habe der Nachweis 58 Stellen besetzt. Es sei also Gelegenheit genug, um die Kollegen in Arbeit zu bringen, die ihre bisherige Stelle nicht wieder einnehmen können oder wollen.

Aus der Berliner Unions-Brauerei geht uns ein Schreiben zu, in dem einige Punkte unserer Kritik vom Dienstag „berichtigt“ werden. Es wird bestritten, daß die Kellner die erwählten Jettel an die Gäste verteilt hätten, ferner, daß die Kellner die Arbeit niedergelegt hätten. Das ist insofern richtig, als wir uns von anderer Seite bestätigt wird, nur ein Teil der Kellner das genannte Restaurant verlassen hat. Von den tatsächlichen Mitteilungen bezüglich des Lohnes und den von uns gestellten Arbeitsverhältnissen wird in der Zuschrift nichts bestritten.

Vom Verband deutscher Gastwirtschaftler wird uns hierzu noch geschrieben: Die in der Unions-Brauerei arbeitenden Kellner waren und sind zwar nicht organisiert, trotzdem unternahm es der Vorstand, eine Verständigung zwischen Unternehmern und den Gehilfen herbeizuführen. Der Oekonom, Herr Köhler lehnte es aber ab, den äußerst bescheidenen Tarif des Verbandes anzuerkennen; so will er u. a. auch nach wie vor seine Ausschüßkellner beim Stellenvermittler bestellen und pro Tag nur eine Mark Lohn zahlen, wovon nach 30 Pf. Vermittlungsgebühren und 30 Pf. für die vom Geschäft zu liefernde weiße Schürze abgehen, sobald 10 Pf. Lohn verbleiben. Daraus konnte natürlich der Verband sich nicht einlassen.

Von der Deutschen Riles-Werkzeugmaschinen-Fabrik in Oberschöneweide erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Nr. 9 Ihres Blattes vom Mittwoch, den 11. cr., befindet sich unter „Gewerkchaftliches“ eine Notiz:

„Achtung, Formel! In den Riles-Werken werden Kollegen entlassen, angeblich weil sie zu viel Lohn erhalten. Durch Inserate in auswärtigen Zeitungen sucht das Werk billigeren Ersatz. Wir ersuchen, größtmögliche Vorsicht obwalten zu lassen usw.“

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Inhalt dieser Notiz entspricht nicht der Wahrheit. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hätte besser getan, sich vorher zu informieren, ob sich die obige Behauptung mit den Tatsachen deckt. Wir haben keine Formel entlassen, weil sie zuviel Lohn erhalten. Wir werden auch aus diesem Grunde niemals Leute entlassen. Die Notiz ist schon deshalb falsch, weil unsere Formel im allgemeinen gar nicht nach Lohn, sondern nach Arbeitsfähigkeiten arbeiten. Entlassungen werden nur dann eintreten, wenn uns mangelhafte Fähigkeiten und schlechte Qualität der geleisteten Arbeit dazu nötigen. Wir müssen uns das selbstverständliche Recht vorbehalten, einen weniger brauchbaren Mann durch einen tüchtigeren, sein Fach besser verstehenden Arbeiter zu ersetzen. Unsere Arbeitsfrage werden nach reiflicher Überlegung kalkuliert und in jedem einzelnen Falle vor Beginn der Arbeit mit dem Formel vereinbart. Ergeben sich trotzdem Differenzen zwischen Arbeitern und Betriebsbeamten, so steht den letzteren die Anrufung unserer Direktion bzw. die Vorbringung einer entsprechenden Beschwerde bei derselben jederzeit frei. Wir werden in solchen Fällen stets bemüht sein, entstandene Differenzen nach bestem Wissen und Gewissen zu schlichten, da uns ein gutes, auf vernunftmäßiger Basis begründetes, faires Einvernehmen mit unseren sämtlichen Arbeitern als Vorbedingung für eine gesunde Weiterentwicklung unserer nationalen Arbeit im beiderseitigen Interesse am Herzen liegt.

Vom Metallarbeiter-Verband wird uns dazu geschrieben, daß die Riles-Werke nicht nur Formel, sondern auch Kernmacher entlassen und um Leute mit niedrigerem Lohn einsetzen. Im allgemeinen arbeiten allerdings die Formel im Altbau; aber doch nicht immer. Es sind des öfteren schon Arbeiten im Lohn angefertigt. Daß die Firma das Recht hat, Leute, die untauglich sind, zu entlassen, bestreiten wir keinen Augenblick. Aber damit ist doch der seit Monaten beobachtete Vorgang nicht aufgeklärt, daß Formel und Kernmacher entlassen werden, während in auswärtigen Blättern Ersatz gesucht wird. Die Firma will doch wohl nicht sagen, daß es in Berlin keine Formel und Kernmacher gibt, die für die Arbeiter der Riles-Werke genügend befähigt wären? O nein! Die Firma sucht deshalb Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen, weil die Neueingestellten Löhne und Verdienste erhalten, für welche ein Berliner Formel und Kernmacher nicht arbeitet.

In letzter Zeit sind mehrfach solche in ihren Hoffnungen getäuschte Leute zum Metallarbeiter-Verband gekommen, und um nun andere vor Enttäuschungen zu bewahren, veröffentlichen der Verband die angeführte Notiz.

Ausland.

Die Differenzen in der Antwerpener Diamantindustrie. Der Versuch der Arbeitgeber, in einzelnen Fabriken die Arbeitszeit zu verlängern, ist fehlgeschlagen. Trotz des Anschlages wurde von den Arbeitern die tarifmäßige neunstündige Arbeitszeit innegehalten. Das ist ein Beweis dafür, daß die Streikbrecherorganisation, die jenen Plan der Unternehmer unterstützt, keinerlei Einfluß auszuüben vermag.

Die schwedische Gewerkschaftsbewegung hat im Jahre 1904 große Fortschritte gemacht. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Schwedens ist von 74 500 auf 92 000 gestiegen, also um 17 500. Die stärkste Zunahme von Mitgliedern hat der Grob- und Fabrikarbeiter-Verband erhalten, dessen Mitgliederzahl von 10 000 auf 14 000 gestiegen ist. Der größte der Verbände, der Eisen- und Metallarbeiter-Verband, hat jetzt 18 000 Mitglieder, 2000 mehr als im vorigen Jahre. — Die der „Landesorganisation“ angeschlossenen Gewerkschaften hatten zu Anfang des verfloßenen Jahres zusammen 47 820 Mitglieder, Ende des Jahres aber 76 000. — Lohnkämpfe wurden im Jahre 1904 167 geführt, wovon 119 als Streiks und 35 als Aussperrungen bezeichnet werden. Daran waren 10 800 Arbeiter beteiligt. Die Zahl der Streiks und Aussperrungstage betrug 320 000; zur Unterfützung wurden 600 000 Kronen verbraucht. Der größte und am längsten dauernde Lohnkampf war die Aussperrung der Steinhauer in Bohuslän, die 1800 Mann umfaßte und 32 Wochen währte.

Streikbewegung in Argentinien. In den letzten Monaten hat in Argentinien eine weit verbreitete Streikbewegung stattgefunden, an der fast alle Berufe beteiligt waren. Die Forderungen bezogen sich in den meisten Fällen auf Lohnerhöhung und Einführung des Achtstundentages. Ein Teil der Arbeiter hat auch diese und manche andere Forderung durchgesetzt; in vielen Fällen war nur ein Streik von wenigen Tagen nötig. Der größte Teil der an der Bewegung beteiligten Arbeiter ist in dem in Argentinien bestehenden Arbeiterbunde organisiert; durch den Streik sind diesem Bunde viele neue Mitglieder zugeführt und eine weitere Folge war die Konstituierung einer ganzen Reihe von Fachverbänden. Wie nicht anders zu erwarten war, haben sich die argentinischen Behörden, obgleich es sich hier um republikanische handelt, durchwegs auf die Seite der Kapitalisten gestellt, und in mehr als einem Falle ist das Versammlungsrecht vernichtet und Arbeiterblut vergossen worden. Die Regierung hat die Unternehmer ferner dadurch unterstützt, daß sie denselben Soldaten und Marinekräften als Streikbrecher zur Verfügung stellte. In Rosario kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei, die in feiger Weise auf die friedlichen und wehrlosen Leute einhieb. Der nach dort entsandte sozialistische Abgeordnete Pasacios wäre beinahe ein Opfer dieser Polizeimeute geworden. Eine große Versammlung des allgemeinen Arbeiterbundes, in der gegen das parteiliche Verhalten der Regierung und das Blutvergießen in Rosario protestiert werden sollte, wurde von den Behörden verboten. Auf diese Ungeheuerlichkeit wurde mit einem Generalstreik politischen Charakters geantwortet, an dem im ganzen Lande mehr als 100 000 Arbeiter teilnahmen. Im ganzen hat die Bewegung viel dazu beigetragen, den Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen, daß die Behörden, seien sie monarchisch oder republikanisch, sich immer auf die Seite der kapitalistischen Ausbeuter stellen; für den Sozialismus ist durch diese Bewegung viel gewonnen.

Soziales.

Die Arbeitslosen-Demonstrationen in München.

Aus München wird berichtet: Die Erbitterung unter den Arbeitslosen, deren Zahl nach neuerer Schätzung jetzt mindestens 12 000 betragen soll, steigt immer mehr. Den Ernst der Situation begreifen jetzt auch jene bürgerlichen Blätter, die kürzlich noch über die „verhältnismäßig geringe Zahl“ der Arbeitslosen einseitige Bemerkungen machten. Diese Blätter schienen wirklich zu glauben, daß einem drohenden Hunger weniger weh tut, wenn statt 12 000 „nur“ 6000 sein Los teilen müssen! Was aber dem Haß den Boden ausschlägt, das ist das ungläubliche Verhalten der Polizei. Als vor einigen Tagen mehrere von den Demonstrationen — höchst unnützlichweise — verhaftet wurden, waren am nächsten Tage im Polizeibericht die sämtlichen Vorstrafen der offenbar nur zu diesem Zweck aufgesuchten Leute zu lesen.

Am Montag nachmittag fand im Münchener Kindl-Keller eine vom Gewerkschaftslokale erberufene Arbeitslosen-Versammlung statt, die völlig überfüllt war. Das einleitende Referat erstattete Genosse Landtags-Abgeordneter Ad. Müller, der die Arbeitslosen dringend vor unüberlegten Schritten warnte, sich aber auch mit großer Schärfe gegen die Staats- und die Stadtverwaltung wandte, die bisher noch nichts getan haben, um die furchtbare Not zu lindern. In der Debatte wurde von einem Arbeitslosen mitgeteilt, ein britischer Schuhmann habe neulich geäußert: „Ich müßte unter den Hufen unserer Pferde verreden, ihr Vandalen!“ Nachdem der Referent nochmals unter lebhaftem Beifall vor gewissem Einflüssen gewarnt hatte, die der Polizeispießleier sehr nahe verwandt seien, wurde eine von ihm vorgeschlagene Resolution fast einstimmig angenommen, in der an die Behörden das Ersuchen gestellt wird, für Arbeitslose eine Anstalt zu sorgen und die kommunale Arbeitslosen-Versicherung baldmöglichst einzurichten. Bei einem ablehnenden Verhalten der angerufenen Organe könne die Versammlung keine Verantwortung für die Folgen übernehmen.

Die Anarchisten verteilten am Schluß der Versammlung wieder Handzettel, die zur Fortsetzung der Straßendemonstrationen aufforderten.

Am Dienstag brachte im Magistrat unser Genosse Ed. Schmid einen Dreigliedrigkeitsantrag ein. Darin wird die sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten und die umgehende Einführung der Arbeitslosen-Versicherung gefordert. Der Antrag wurde sofort in geheimer Sitzung verhandelt. Es wurde beschloffen, die einzelnen Gemeinde-Komitee anzuweisen, soviel als möglich kommunale Arbeiten in Angriff zu nehmen. Außerdem wurde eine Kommission gebildet, die unter Zustimmung von Vertretern der Gewerkschaften noch am gleichen Tage zusammenzutreten hat und eine öffentliche Sammlung für die Arbeitslosen veranstalten soll. Aus Gemeindemitteln wurde dazu sofort der Betrag von 20 000 M. bewilligt, und die gleiche Summe wird der Münchener Hilfsfonds zuzuführen; auch die Regierung soll um einen Beitrag angegangen werden. Die Versammlung hat also mit einer Promishe gewickelt, die nichts zu wünschen übrig läßt.

Am Dienstag mittag hatten sich wieder einige Hundert Arbeitslose am Sendlingerthorplatz versammelt, gegen die abermals ein starkes Polizei-Aufgebot aufmarschierte. Anscheinend sind wieder zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Im Gewande der Ehrenszereci und Sozialistenvernichtung führen eine Reihe von Ärzten den Kampf für die freie Arztwahl in den Krankenhäusern. Die Herren werden zugleich von der fixen Idee beherzigt, daß der „Vorwärts“ Stimmen, die sich für die freie Arztwahl aussprechen, geflissentlich unterdrückt. So schreibt die „Berliner Kurier-Korrespondenz“:

„Am 12. d. Mtz. verhandelte der Reichstag über einige zum vorjährigen Etat gestellte Resolutionen betreffend das Vergrecht. Bei dieser Gelegenheit wurde auch über die Wundkrankheit ausführlich gesprochen; der sozialdemokratische Abgeordnete Sachse führte dabei nach dem „Reichs-Anzeiger“ folgendes aus:

„Die Reichsregierung muß dieser Krankheit mehr Aufmerksamkeit schenken und größere Mittel für die Untersuchungen aufwenden. Es ist zugegeben, daß die Arbeiter die Kerze täuschen, um nicht als Wundkrank erkrankt zu werden. Das liegt an der Regierung und am Reichstag mit; wären die früher von uns verlangten Mittel bewilligt und die Arbeiter billig entschädigt worden, so hätte man ein zutreffendes Bild von der Krankheit erhalten. Die Vergleiche sind bisher nur Versuchsobjekte für die Kerze gewesen, die von der Wundkrankheit gar nichts verstanden und den Vergarbeitern be-

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Marienthor. Der Gesangsverein „Frohinn“ veranstaltet übermorgen Sonntagabend im Lokal von Neubauer einen Maskenball und versucht in Arbeiterkreisen Willetts umzusetzen. Da dies Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, ist das Vergnügen streng zu meiden. — Friedrichsfelde. Der Gärtnerverein von Friedrichsfelde (Mitglied des Gärtnerverbandes), hält am 4. Februar 1905 im Lokal von Hausdorff, Verlinerstraße in Friedrichsfelde, einen Maskenball ab. Da auch dieses Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen zurzeit nicht zur Verfügung steht, so ist es ebenfalls streng zu meiden. — Adlershof. Die Arbeiterschaft von Berlin und Umgegend wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Restaurant „Katskeller“ in Adlershof streng zu meiden ist.

Die Lokalkommission für Berlin und Umgegend.

Adlershof. Die Versammlung des Wahlvereins findet heute abend pünktlich 8 Uhr bei Meißner, Wismarstraße 60, statt. Herr Max Schütte spricht über „Frei Redens Leben und Wirken“ mit Regitationen aus seinen Werken. Nachdem ein Segment geschaffen, können die Genossinnen an der Versammlung teilnehmen, der Eingang für sie ist durch den Garten an der „Vorwärts“-Ausgabe. Die Ausgabe der Bibliothekbücher erfolgt jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr mittags bei Van, Wismarstraße 10; infolge Vergrößerung ist rege Beteiligung erwünscht.

Neuenhagen. Sonntag nachmittags 4 Uhr Generalversammlung des Wahlvereins in Diederichs Lokal, Bruchmühle. Bericht und Wahl der Vereinsfunktionäre.

Spandau. Parteigenossen! Der Wahlverein hat die Geldsammlung für die im Generalkreis stehenden Bergarbeiter in die Hand genommen. Sammelstellen werden vom Genossen Böhle, Keimelstraße 5 ausgegeben. Im übrigen liegen auch von heute ab in allen hiesigen Verkehrslokalen Sammelstellen aus. Die Abführung der gesammelten Gelder hat nur an den Genossen Böhle zu erfolgen, und zwar allerspätstens am Montag jeder Woche.

Lokales.

Bedenkliche Privilegien.

Der geheizte Straßenbahnwagen ist wieder in Funktion getreten, nachdem die Kälte an die sieben Grad unter Null erreicht hat. Mit diesem Wagen hat es ungefähr soviel auf sich wie mit der preussischen Verfassung, wenn sie von der Gleichheit aller Staatsbürger redet. Beide teilen ihre Gaben höchst ungleich aus, beide geben ihre Existenz anfänglich überhaupt nicht kund, bei näherem Studium allerdings so arglistig. Beim Betreten des geheizten Straßenbahnwagens strömt dem Fahrgast ein eigentümlicher Duft entgegen, den er nicht recht zu klassifizieren vermag. Nur das eine Empfinden macht sich geltend, daß man ausgeräuchert werden soll. Aber es bleibt da der Krost, daß es in der preussischen Verfassung ja auch nicht anders ist und eigentlich noch schlimmer, da das auf dieser Verfassung basierende Dreiklassen-Wahlrecht in der ausgesprochenen Absicht ausgedrückt wurde, seine Inanspruchnahme dem Staatsbürger ein für allemal zu vereiteln. Aber der Staatsbürger läßt sich doch nicht abschrecken, auch bei sieben Grad Kälte im Straßenbahnwagen nicht. Mutig setzt er sich. Jetzt beginnt die ungleiche Verteilung der Gaben. Auf der rechten Seite des Wagens ist unterschiedlos Heulen und Zähneklappern. Das Publikum krümmt sich unter der Kälte; dann und wann ächzt jemand ob einer erfrorenen Zehe. Ueberhaupt, die untersten Extremitäten sind bei allen Fahrgästen in bejammernswerten Zustände. Auch auf der linken Seite des Wagens ist es schaurig; hin und wieder bilden sich Eisblumen an den Stiefeln. Nur die beiden Plätze in der Mitte strahlen die Unterstellung Bögen, daß in den geheizten Wagen überhaupt kein Feuer, keine Kohle brennen. Diese Plätze sind sogar merklich angewärmt, aber der ganzen Sachlage nach teilt die dort konzentrierte Wärme sich ausschließlich einem Körperteil mit, von dem man schon aus ästhetischen Gründen sogar an heißen Sommertagen, geschweige denn im Winter tunlichst jeden erhaltenden Luftzug fernhält. Und auf diesen Körperteil ergießt nun der geheizte Straßenbahnwagen den vollen Segen, konform der preussischen Verfassung, wenn sie auf die privilegierten Klassen alle Gottesgaben ausschütet und den Hungerleidern gar nichts läßt außer dem delorativen Versprechen, daß auch sie vor dem Geleite des Bestehenden gleich seien. Anfangs freuen die Privilegierten der Straßenbahn sich der Kolligtheit, die sie im Grunde genommen ja ohne alles Verdienst genießen. Kein Zeichen des Mitleids mit den frierenden Nebenmenschen gibt sich in ihren Mienen kund. Aber dies Verhalten währt nicht ewig. Unglaublich, wie intensiv die auf einen Punkt konzentrierte Hitze wirkt; allmählich macht sich die Erwägung geltend, daß bei der Fortdauer des Segens Leben und Existenz auf dem Spiel ständen. Die Privilegierten fangen an in ihrem eigenen Zeit zu schmoren und die Erinnerung an die alte Festschickel von dem Wären, der auf glühenden Platten das Längen lernt, wird wieder wach. Das wippt auf und nieder, späht nach einem anderen Platz, der etwa frei werden könnte, und wischt sich den Angstschweiß von der Stirn. Schließlich ist es nicht mehr zum Aushalten, und verzweifelt stürzen die beiden Privilegierten zum Wagen hinaus. Hier hört der Vergleich mit der Verfassung auf. In unserem geliebten Staatswesen harret das Volk immer noch vergeblich des Augenblicks, wo die Privilegierten in der Hölle ihres Bettes entweder erstickten oder angstvoll das Spiel verlasen. Aber man soll die Hoffnung nicht sinken lassen. Es kommt nur darauf an, daß man ihnen tüchtig einsetzt.

Für 15 Millionen Mark Kohlen. Der Magistrat von Berlin ist einer der größten Kohlenkonsumenten Deutschlands. Im letzten Etatsjahre 1903/04 wurden für rund 15 Millionen Mark Kohlen ohne Holz verbraucht. Die städtischen Gaswerke vorausgaben allein 12 1/2 Millionen Mark für Gas Kohlen, die mit 88 Proz. des Verbrauchs aus Oberschlesien, zu 26 1/2 Proz. aus Niederschlesien und nur zu 5 Proz. aus Westfalen bezogen wurden. Den Rest lieferte England. Auf dem Schienenwege wurden 88 Proz. und auf dem Wasserwege 17 Proz. für die Gaswerke bezogen. Vergast wurden rund zwölf Millionen Zentner. Außerdem wurden noch für 2 1/2 Millionen Mark Kohlen für die Wasserwerke, Pumpstationen etc. und zu allgemeinen Heizzwecken bezogen. Für ein volles Jahr ist der Magistrat durch Verträge gedeckt.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Tiefbau-Deputation wurde ein Gesuch des Gemeindekirchenrats von Gieschmann um Ueberlassung des städtischen Teiles des Helmholz-Platzes zum Bau einer neuen Kirche beraten und abgelehnt. Der Helmholz-Platz liegt im Norden im Zuge der Mauners- und Lettstraße an der Späner- und Wunderstraße. Ferner beschäftigte sich die Deputation mit einer Uebertragung der Straßenanlage auf dem Werderischen Markt. Es wurde beschloffen, den Inspektoren zu vergrößern und mit Mastenflächen etc. zu versehen. — Für die städtisch beschäftigten Chauffeure der Stadt wurden wasserdichte Schulterumhänge bewilligt.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer heute nachmittags 5 Uhr im Rathaus beginnenden Sitzung u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Vorlage betr. den Bau einer technischen Mittelschule, — den Stand der Bauarbeiten bei 41 städtischen Neubauten, — den Vorentwurf zum Neubau einer

Feuerwache in der Straße 31a, nahe der Elbingerstraße. — Die Gewährung eines Arbeitsverdienstes für die Jüglinge des Erziehungsheimes, — die Errichtung eines Denksteins auf dem Schlachtfelde von Großbeeren, — die anderweitige Bemessung der von den Stadtgemeinden Charlottenburg und Schöneberg für den Anschluß an die Kanalisation von Berlin zu leistenden Entschädigungen, — die Einstellung erhöhter und neuer Zuwendungen in den Spezial-Etat Nr. 49 für 1905 — und die Vermietung des städtischen unbebauten Grundstücks Schulstraße 101, Ecke der Reinickendorferstraße. — Berichterstattung über die Vorlagen betreffend: die Inventarumstellung der Feinstätte in Buch, — den Vorentwurf und die speziellen Entwürfe zum Neubau der Anstalt für Hospitalisten in Buch, — mehrere Kostenanschläge für den Neubau der dritten Irrenanstalt in Buch — und der Errichtung einer Zentral-Dispensieranstalt in Buch. — Vorlagen betreffend: die Ausführung von Präparaten bei den städtischen Fischbadeanstalten, — den Jahresabschluss der Kanalisationswerke und Kleinfelder für das Etatsjahr 1905, — eine Erstattung an die Schulstrasse.

Die verkrachte „Berolina“. Von vielen ehemaligen Mitgliedern der verkrachten Volks-Krankenkasse „Berolina“, die von den Liquidatoren auf Zahlung rückständiger Beiträge verklagt waren, ist bezweifelt worden, daß diese Liquidatoren überhaupt zur Eintreibung der Beiträge befugt seien. In einer Verhandlung auf dem Polizeipräsidium ist den Liquidatoren jetzt ausdrücklich die Berechtigung zum Eintreiben der Gelder bescheinigt worden; jedoch nur unter der Bedingung, daß die rückständigen Krankengelder bis zum 1. April d. J. gezahlt werden, daß die noch ausstehenden Klagen bis zum 1. Oktober d. J. eingeleitet sein müssen und daß spätestens am 15. Juli 1905 die Liquidation beendet ist. Die Liquidatoren bemühen sich jetzt infolge dieser Bedingungen, die Ansprüche der vielen Mitglieder, die noch Krankengeld zu bekommen haben, zu befriedigen. Die Gläubiger der Kasse erhalten aber vielfach nicht den vollen Betrag ihrer Forderungen, sondern nur einen kleinen Teil ausgezahlt. So begnügte sich ein Mitglied, das 250 M. zu beanspruchen hatte, mit der Hälfte. Die Vergleiche werden nicht von den Liquidatoren abgeschlossen, sondern von einem Angestellten der Kasse, Reumesser, der die Forderungen der Mitglieder aufkauft und sich dann mit den Liquidatoren auseinandersetzt. — Hoffentlich wartet auch dieser Fall die Bevölkerung, sich mit zweifelhaften Krankenkassen einzulassen.

Wer kennt den Schreiner Wolff? Die „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ in Gießen erucht und, folgende Mitteilung besorgt zu geben: In der medizinischen Klinik in Gießen starb am 10. Januar der Schreiner Albert Wolff, geb. am 17. April 1876 in Müllrofe Regierungsbezirk Frankfurt a. O. Er wurde am 12. Januar in Wiesbaden bei Gießen, wo er zuletzt gearbeitet hatte, beerdigt. Ein Bruder des Verstorbenen, ebenfalls Schreiner, soll sich in Berlin aufhalten, nach früheren Bemerkungen Wolffs soll er dort im dritten oder vierten Wahlkreis organisiert sein. Einige dem Verstorbenen gehörige Sachen (Koffer etc.) befinden sich noch im Besitze seines letzten Arbeitgebers; es ergeht daher an den erwähnten Bruder die Bitte, seine Adresse der Redaktion der „Mitteldeutschen Sonntags-Zeitung“ in Gießen mitzuteilen, damit ihm die Sachen ausgefolgt werden können. Die Parteivertrauensmänner wollen eventuell den Genossen Wolff hierauf aufmerksam machen.

Ein Hausverwalter wundermild. . . Im Hause Rinderdorferstraße 12 wohnte seit einiger Zeit der invalide Korbmacher Lehmann mit Frau und 4 Kindern. Der Verdienst war gering und reichte nicht der kleinen Invalidenrente nur notdürftig zum bescheidensten Lebensunterhalt der Familie. Was Wunder, daß der Mann mit der Wohnungsmiete im Rückstande blieb. 42 M. schuldet er der Hauseigentümerin für Dezember und Januar. Der Hausverwalter Kugel hatte dem Korbmacher nun zwar einen Teil der rückständigen Miete erlassen unter der Bedingung, daß der Rest am 15. Januar zu zahlen sei. Als aber auch da keine Zahlung erfolgte — aus den Rippen konnte sich Lehmann nämlich auch an diesem Datum nichts schneiden — da griff der Hausverwalter zu dem früher in Berlin ziemlich stark beliebt gewesenem Mittel der „Lüftung“, um sich des unbehaglichen Mieters zu entledigen. Am 16. d. M. erschien er nämlich mit einigen Helfern in der Wohnung des Lehmann und hängte Tür und Fensterläden aus, so daß die Familie jetzt der herrschenden bitteren Kälte schutzlos ausgesetzt war. Die „Lüftung“ ist zwar polizeilich längst nicht mehr gestattet, weil sie unter Umständen leicht zu einer schweren gesundheitlichen Schädigung der Betroffenen führen kann. Doch was kümmerte sich der Hausverwalter viel um solche Dinge. Anstatt die gesetzlich zulässige Ermittlung zu veranlassen, handelte er eigenmächtig. Er erreichte denn auch sein Ziel. Am 17. Januar hat der Korbmacher, da er es bei der grimmigen Kälte in dem tür- und fensterlosen Loch nicht mehr auszuhalten vermochte, die Wohnung geräumt und Unterkunft im — Aisl gefunden. Ob der Hausverwalter für sein Verhalten wohl zur Rechenschaft gezogen wird?

Das seltsame Liebeswerben des Grafen Skaller hat immer noch kein Ende. Ein eigenartiges Weibsel durchkreuzte gestern die belebtesten Straßen Berlins. Ein großer Möbelwagen zeigte an allen Seiten in großen Lettern die Aufschrift: „Legte Kaiser-Rede! Es lebe der Berliner Sozialismus!“ Ueber dem Stuh des Kutschers flatterte eine große blaurote Fahne, auf der die Worte stehen: „Deutschland Deutschland, aber alles!“ Das hilft es, sich gegen einen Mann zu wenden, der für seine Handlungen doch wohl nicht gut verantwortlich gemacht werden kann!

In der Moabitischen Nordstraße fand gestern nachmittags ein Lokaltermin statt. An der Verhaftung des Latortek, des Lebens und der Wohnräume der ermordeten Hauseigentümerin Witwe Sinnig in der Wilhelmshavenstraße nahmen der Untersuchungsrichter Landrichter Dr. Wahnmann, der Erste Staatsanwalt Steinbrecht und die Kriminalkommissare Schnellrath, Leonhardt und Vonberg teil. Viele Kriminalbeamte standen für etwaige eilige Nachforschungen zur Verfügung. Der mutmaßliche Täter Arbeiter Emil Lichtner wurde von zwei Kriminalbeamten in einer Drohkäse vorgeführt und den Zeugen gegenübergestellt. Es handelte sich zunächst um die Feststellung, ob Lichtner am Tage des Mordes im Laden der Frau Sinnig gewesen war. Die Zeugen, die das bezeugten hatten, erkannten ihn auch gestern bestimmt als den Mann wieder, den sie an jenem Tage im Laden gesehen hatten. Der Untersuchungsrichter rebete Lichtner am Latortek ernstlich ins Gewissen und verhörte ihn an Ort und Stelle noch einmal eingehend, wobei er ihn auf alle durch die bisherigen Ermittlungen zutage geförderten Umstände aufmerksam machte. Lichtner änderte aber auch gestern sein Verhalten nicht und blieb bei der Behauptung, daß er mit dem Mord nichts zu tun habe. Er sieht nach der kurzen Paß schon sehr zahl aus, sein starkes Gesicht ist noch spitzer geworden. Die Kunde von dem Lokaltermin hatte sich in Moabit sehr schnell verbreitet. Große Menschenmengen sammelten sich fortwährend vor dem Hause der Ermordeten an. In den Nebenräumen des Buchbindereisters wurde noch festgestellt, daß ein Gespräch aus dem Laden der Frau Sinnig dort nicht zu hören ist. Dann wurde Lichtner nach der Stelle geführt, wo er das Päckchen mit den Schmuckstücken gefunden haben will. Er zeigte dem Untersuchungsrichter eine Stelle neben einem Baume. Hiermit war der Termin zu Ende und der mutmaßliche Mörder wurde mit der Drohkäse nach dem Untersuchungsgefängnis zurückgebracht. Von dem Laden und einzelnen Teilen wurden noch photographische Aufnahmen gemacht.

Aufregung verursacht gestern nachmittags ein Selbstmord an der Kaiser-Wilhelmstraße. Ein junger Mann, der eine Feilsang erregt auf- und abgegangen war, schwang sich plötzlich über das Geländer und stürzte sich in die Spree. Zwei Schiffer lösten auf die Juxse der zahlreichen Augenzeugen unverzüglich ihre Boote, um den Lebens-

müden, der jetzt um Hilfe rief, zu retten, aber bevor sie ihn erreichen konnten, ging er unter und kam nicht mehr zum Vorschein. Die Nachforschungen nach der Leiche blieben mehrere Stunden lang ohne Erfolg, erst um 4 Uhr fand man sie und barg sie auf der Mitterteppe, bis sie auf Veranlassung der Meierpolizei nach dem Schauhause abgeholt wurde. Die Persönlichkeit des Ertrunkenen ließ sich noch nicht feststellen. Er scheint in den zwanziger Jahren gestanden zu haben.

Wegen gefährlicher Körperverletzung dreier Personen verhaftet wurde der 19 Jahre alte Maurer Hermann Wischmann, der in der Waldstraße 58 eine Schlafstelle innehatte, dort mit seinen Wohnungsgewohnen, dem 82 Jahre alten Maurer Adolf Beck und dessen Frau, in Streit geriet und dabei dem Beck einen lebensgefährlichen Stich in den Kopf, seiner Frau drei Stiche in die rechte Wade und zwei in den Hinterkopf, dem 22 Jahre alten Maurer Hermann Krofchke aus der Sultenstraße 2 zwei Stiche in den rechten Arm und einen in die rechte Hüfte beibrachte.

Eine Diebes- und Hehlerbande ist von der Kriminalpolizei festgenommen. Es handelt sich um eine Gesellschaft, die auf der Straße Güter aller Art von den Wagen und die Gespanne mit samt den Gütern stahl. Geschäftsleute klagten schon länger über Verluste von Kollies, deren Verbleib ihnen rätselhaft war. Kriminalbeamte, die umfangreiche Beobachtungen anstellten, nahmen endlich einen gewissen Robert Blaschke fest, bei dem sie eine Menge Puder, Schminke und dergleichen fanden, alles Sachen, die aus einem Schaufensterdiebstahl herrührten. Die nächsten, die ermittelt und hinter Schloß und Riegel gebracht wurden, waren zwei Diebe Namens Dobritz und Lichtfeld. Ein vierter, der sich Schädel nannte, mußte wieder entlassen werden, weil Schädel nach allen Auskünften ein unbescholtener und harmloser Mann war. Bald nach seiner Entlassung aber fanden Kriminalbeamte in dem Keller von Rawrahki in der Gipsstraße einen, auf den sich der Verdacht der Hehlererei gelenkt hatte. Sie waren nicht wenig erstaunt, hier Herrn „Schädel“ wiederzufinden und zwar mit einer Menge Sachen, die er eine halbe Stunde vorher im Zentrum vom Wagen einer Großhandlung gestohlen hatte: Hosen, Korsetts usw. Eben war er mit Rawrahki handelseinig geworden. Jetzt stellte sich heraus, daß der junge Mann gar nicht Schädel, sondern Schulz heißt. Er ist ein miltatener Sohn einer geachteten Familie und das Haupt der ganzen Bande. In der Hehlerwelt führt er den Beinamen „Offizier“. Rawrahki und Schulz wurden jetzt ebenfalls verhaftet, dann noch ein Komiker Schäfer, der in demselben Augenblick ebenfalls nach dem Keller kam, um seine Vermittlung für den Abfall wieder anzubieten. Rawrahkis Keller erwies sich als eines der größten Hehlerneste Berlins. Erst vor einigen Tagen stahl die Diebesbande, die sich im Scheunenviertel in Kaufhemmen zu versammeln pflegte, einem Schuhwarenhändler einen Wagen mit Schuhwaren für 500 M., und einem Pferde, das 1000 M. wert ist.

Graf und Gräfin. Das verhaftete Hochstaplerpaar, Graf und Gräfin Nonay, wurde heute vormittag durch den Erkennungsdienst der Kriminalpolizei gründlich entlarvt. Dabei blieb dann von dem Rimbus, mit dem sich das Pärchen zu umgeben verstand, auch nicht eine Spur übrig. „Graf Nonay“ entpuppte sich als ein oft bestraffter Kurt Spranger, der am 20. September 1882 zu Dresden geboren wurde. Er war früher Geschäftsführer und zuletzt Zubäcker. Im vergangenen Jahre sollte er nach Verbüßung einer Strafe in Dresden ins Arbeitshaus gebracht werden, entkam aber auf dem Wege dorthin und wachte sich bisher seiner Festnahme zu entziehen. Seine „Gemahlin“, die „Gräfin Josefa“, ist eine Prostituierte und Weischafts-diebin Josefa Banowa, die am 15. Januar 1881 zu Janonec in Aufslund geboren wurde, unter der Aufsicht der Sittenpolizei steht und der Kriminalpolizei als mehrfach bestrafte Diebin auch schon bekannt war. Sie wohnte zuletzt in der Seidelstraße.

Abzug eines Kindes. Das dreijährige Söhnchen des Eisen-dreher's Taubner in der Müllerstraße 103 ist gestern morgen 8 Uhr aus dem Koffettfenster der dort im dritten Stock belegenen Wohnung auf den Hof hinabgestürzt. Die unglückliche Mutter brachte das Kind, das einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen erlitten hatte, selbst nach dem Kinderkrankenhaus in der Reinickendorferstraße, doch starb das kleine Wesen dort bereits nach drei Stunden. Ueber die Ursache des Unglücksfalles ließ sich nichts Näheres ermitteln.

Ein schwerer Zusammenstoß eines Straßenbahnzuges mit einer Drohkäse fand vorgestern abend gegen 8 Uhr in der Friedrich-Wilhelmstraße statt. Zur genannten Zeit kreuzte die Drohkäse erster Klasse Nr. 345 den Straßenzug an der Rauchstraße, als der Straßenbahnwagen Nr. 2064 der Linie 63 (Hauptplatz-Danzigerstraße) herannahte. Der Drohkäsenführer versuchte noch vor dem Straßenbahnzug das Gleis zu kreuzen, was jedoch nicht gelang. Die Vorderplattform des Motorwagens erfasste die Drohkäse festlich und schleuderte sie zurück. Durch den Anprall wurden die Insassen des Wagens, Frau Damm, Grolmanstraße 12 wohnhaft, sowie der russische Vorwärt auf dem Straßenrande geschleudert. Frau D. erlitt eine erhebliche Verletzung des Schädelknochens und mußte nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft werden. D. kam mit leichten Verletzungen an der Hand davon.

Ein Opfer des Eisports wurde gestern der zwölfjährige Sohn des Eigner Abel aus Pecheser bei Potsdam. Der Knabe lief mit mehreren Altersgenossen auf dem Semmin-See Schlittschuh, geriet auf eine dünne Stelle und brach ein. Augenzeugen des Unglücksfalles gelang es zwar nach kaum zehn Minuten den Körper des Kindes zu landen, doch erwiesen sich die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche als erfolglos. Der Knabe war anscheinend einem Herzschlag erlegen.

Bei einer Benzinexplosion verletzt wurde gestern mittag der 21-jährige Hausdiener Alfred Kozowski, der in der mechanischen Staderei von Julius Kaufmann, Niederkirchstr. 23, angestellt ist. Er war in einem im dritten Stock des rechten Seitenflügels belegenen Arbeitsraum damit beschäftigt, Klammhänge mit Benzin zu reinigen, als plötzlich die aufsteigenden Dämpfe an einer Gaslampe zur Explosion gebracht wurden. Stachkammern schoßen am Fußboden entlang und legten die nächste Umgebung in Brand. Auch K. wurde erfasst und trug am linken Arm und am Kopf schmerzende Brandwunden davon, die ihn auf der Unfallstation in der Praderstraße verbunden wurden. Der Brand selbst konnte von der herbeigerufenen Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht werden, so daß nennenswerter Schaden nicht entstanden ist.

Theater. Im Apollo-Theater findet Sonntag nachmittags 3 Uhr eine Aufführung der Lindeschen Operette „Venus auf Erden“ statt. Dazu treten die Attraktionen des großen Januar-Programms auf. Die Vorstellung wird zu bedeutend ermäßigten Preisen gegeben. — Die erste Aufführung von Hugo v. Hofmannsthal's neuem Schauspiel „Das gerettete Venedig“, die im Keffing-Theater am Sonntagabend stattfindet, beginnt ausnahmsweise um 7 Uhr, die Wiederholungen um 7 1/2 Uhr. — Zentral-Theater. Herr Franz Debar, der Komponist von der am Zentral-Theater zur Aufführung kommenden Operette: „Die Jurcheit“ trifft am Donnerstag zu den Proben in Berlin ein. — An der Wohlthatigkeits-Matinee, die Sonntag mittags 12 Uhr im Metropol-Theater abgehalten wird, wirken u. a. mit: Die königl. Schauspielerin Fräulein Hansi Krüskopf, der Opernsänger Gustav Friedrich, Hans Junckermann vom Trianon-Theater, die königl. Solotänzerin Friederike Krüskner, der königl. Sänger Paul Anshper, der königl. preussische Kammergesänger Ernst Krauß, Max Marx, Mitglied des Deutschen Theaters, der Klaviervirtuose Moriz Reuer-Nahr, die königl. Sängerin Frau Lilla Pfalzinger, Guido Theilacker, Mitglied des Thalia-Theaters, und dem Personal des Metropol-Theaters selbst Fräulein Frid-Frid und die Herren Giampietro, Hummel und Josephi.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung besprach am Mittwoch zunächst zwei Interpellationen, die von liberaler und von sozialdemokratischer Seite eingebracht waren und sich auf die bekannte Verfügung der Regierung beziehen, wonach die Kommunen zu jeder Vernehmung der Schulräume außerhalb der Schulzeit der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen. Die Liberalen fragten den Magistrat an, ob er von dieser ministeriellen Anweisung Kenntnis genommen hat und welche Schritte er dagegen zu unternehmen gedenkt, die Sozialdemokraten fragten, welche Antwort der Magistrat auf dieses jeder gesetzlichen und rechtlichen Grundlage entbehrende Ansehen gestellt hat. Stadtv. Dr. Erüger, der die liberale Interpellation begründete, vertrat unter Hinweis auf die bekannten Verhandlungen im Landtage, auf dem Städtetage und in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung den Standpunkt, daß die Regierung nicht beauftragt ist, aus ihrem Aufsichtsrecht derartige Beschränkungen des Privateigentums herzuleiten, wie es durch den Erlaß des Kultusministers geschieht. Der Minister habe das Rechtgefühl des Volkes aufs schwerste verletzt. Daher habe ihm der preussische Städtetag ein so scharfes Mißtrauen erteilt, wie es noch nie einem Minister erteilt sei, der Städtetage habe eine Rechtskontrolle für die Entscheidungen der Schulaufsicht verlangt. Dem Magistrat bleibe nur übrig, den Bescheidweg zu beschreiten, aber was habe es für einen Zweck, sich beim Minister über den Minister zu beschweren? Trotzdem eine solche Beschwerde keinen Erfolg habe, sei es doch Pflicht der Kommune, Protest zu erheben gegen solche Drangsalierungen, zumal da jener Erlaß nur als Teil des von der Regierung geübten Systems aufzufassen ist, das darauf hinlaßt, aus dem Gebäude der Selbstverwaltung Stein für Stein herauszuschlagen. Der Erlaß sei unvereinbar mit dem Staatswohl. Stadtv. Dr. Borghardt beschränkte sich darauf, an den Magistrat die Anfrage zu richten, ob er den Erlaß etwa einfach zur Kenntnis genommen habe. Der Magistrat hätte dem Minister antworten müssen, daß er sich nach dem Erlaß nicht richten wird. Sollte der Magistrat geschwiegen haben, so würde er die Vermutung erwecken, daß er den Erlaß als zu Recht bestehend anerkennt, und das wäre zu bedauern. Oberbürgermeister Schustehruss vertrat namens des Magistrats den Standpunkt, daß zwar die Schulaufsicht dem Staate zustehe, daß aber daraus noch nicht das Recht der vorgängigen Genehmigung folge, das der Minister für sich in Anspruch nimmt, denn dies sei kein Akt, der aus der Staatsgewalt fließe, sondern ein Akt der Verwaltung. Die ministerielle Verfügung verstoße gegen das geltende Recht. Ein Rechtsmittel gebe es hiergegen nicht. An dem tatsächlichen Zustand sei für Charlottenburg durch die Verfügung nichts geändert, denn der Regierungspräsident habe das Recht der Genehmigung zur Ueberlassung der Schulgebäude an die Schuldeputation übertragen. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur darüber, in wessen Namen die Schuldeputation ihres Amtes walte, nach Ansicht des Magistrats in dessen Namen, nach Ansicht des Regierungspräsidenten im Namen der Regierung. Der Magistrat habe folgenden Beschluß gefaßt: „Es wird nicht verkannt, daß die der Regierung zustehende Schulaufsicht sich auch auf die Verwendung oder Ueberlassung der für Elementarschulen hergestellten oder bestimmten Gebäude durch die Gemeinde zu anderen Zwecken als zu denen des öffentlichen Elementarunterrichts erstreckt. Es wird aber dagegen Widerspruch erhoben, daß der Minister durch den Erlaß vom 17. November 1903 aus jener Schulaufsicht das Recht in Anspruch nimmt, die Einholung der vorgängigen Genehmigung zu dieser Verwendung seitens der Gemeinden bei der Schulaufsichtsbehörde vorzuschreiben. Dieser Widerspruch ist bei dem Minister unter rechtlicher Begründung einzureichen und dabei zu betonen, daß der Magistrat die Verwendungsbefugnis unbeschadet der staatlichen Schulaufsicht für sich in Anspruch nimmt. Im übrigen kann es bei dem tatsächlichen Zustand, wonach die Schuldeputation der bisherigen Regelung gemäß über die Verwendung der Schulräume befindet, sein Bewenden behalten, da der Magistrat die Schuldeputation als sein Organ betrachtet. Der Kreisinspektors kann in den Sitzungen der Schuldeputation seine Ansicht äußern.“ Nach kurzer Debatte, in der Stadtv. Dr. v. Liszt durch die Erklärung des Magistrats voll, Stadtv. Dr. Borghardt nur einigermaßen befriedigt erklärte, während Stadtv. Wula sein Bedauern darüber ausdrückte, daß der Magistrat, wenn auch schweren Herzens, sich dazu entschlossen hat, der Regierung gegenüber die Waffen zu strecken, und Stadtv. Dr. Dubatsch den Rechtsstandpunkt des Magistrats billigte, wandte sich die Versammlung zum nächsten Punkt der Tagesordnung, der Magistratsvorlage betreffend anderweitige Zusammensetzung der Schuldeputation. Wir werden über die wichtige Debatte, die zu heftigen Auseinandersetzungen führte und für alle preussischen Gemeinden von Bedeutung ist, sowie über den weiteren Verlauf der Sitzung, die sich ungewöhnlich lange hinauszog, morgen eingehend berichten.

Wilmerdorf.

Die Wilmerdorfer Gemeinderrechnung schließt für das Etatsjahr 1903 mit einem Bestande von nahezu 4 1/2 Millionen Mark ab. Nach der Rechnung betragen die Einnahmen 10 005 844 M., die Ausgaben dagegen nur 5 260 021 M. Die dauernden Einnahmen stellten sich auf rund 2 881 000 M., die einmaligen auf rund 7 125 000 M. Von den Ausgaben betragen die dauernden nicht ganz 2 496 000 M. und die einmaligen etwas mehr als 2 784 000 M. Die dauernden Einnahmen übersteigen den Voranschlag von 2 275 000 M. um 605 992 M., während die einmaligen Einnahmen um 468 812 M. höher sind als die Voranschlagssumme; die buchmäßige Gesamtüberschneidung beträgt somit 1 074 244 M. Der als Ueberfluß verbleibende Bestand von beinahe 4 1/2 Millionen Mark ist mit rund 4 560 611 M. in die Bücher des Rechnungsjahres 1904 übertragen worden. Von den einmaligen Ausgaben entfallen 1 024 273 M. auf die Hochbau-Verwaltung (Reisbau der Vittoria Luise-Schule und der vierten Gemeindeschule), der Rest auf Kanalbauten.

Pankow.

Die Stadt Berlin hat die Verpflichtung, die im Zuge der Schönhauser Allee nach Pankow führende Berliner- und Schloßstraße bis zum Schlosse Nieder-Schönhauser zu unterhalten und zu reinigen. Die Reinigung wird von der Stadt Berlin an den Hindesfördernden vergeben. Wegen vielfacher Unzulänglichkeiten schweben seit längerer Zeit Verhandlungen, in welchen die Gemeinde Pankow sich grundsätzlich mit der Uebernahme der genannten Straßen einverstanden erklärte. Der Ausbau soll sich in der Weise vollziehen, daß die Mittelpromenade der Schönhauser Allee bis zur Ueberführung der Stettiner Bahn weitergeführt wird; der weitere Teil der Berliner- und Schloßstraße wird mit Asphalt belegt werden.

Der von der Allgemeinen Orts-Krankenkasse Charlottenburg veranstaltete Zyklus hygienischer Vortragsabende erfreut sich, wie schon der Besuch des ersten Abends zeigte, eines regen Interesses der Bevölkerung. Wie unterlassen nicht darauf aufmerksam zu machen, daß an diesem Freitag (20. d. M.) im Volkshause zu Charlottenburg, Rosinenstr. 3, ein weiterer Vortrag abgehalten wird. Herr Professor Dr. Grunow spricht über das Thema: „Gesundheitspflege im Zimmer und im Freien“. Der Vortrag beginnt um 8 1/2 Uhr abends. Der Zutritt zu demselben ist unentgeltlich und dessen Besuch sehr zu empfehlen.

Massen Röhler vor Gericht.

Das unheimliche, mit Leichenzerstübelung verbundene Verbrechen, dessen der Rasseur Martin Köhler beschuldigt ist, gelangt heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung. Auf der Anklagebank nahmen Platz: der Rasseur Martin Köhler, die unehelichen Anna Simons, Ida Trobe, Emma Höpfer und die Arbeiter Ludwig und Rosen. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Wagner, die Anklage vertritt Assessor Hoffstädt. Der Angeklagte Köhler wird durch den Rechtsanwalt Dr. Karl Löwenthal, die übrigen Angeklagten werden durch die Rechtsanwältin Paul Horn und Wih. Hamburger verteidigt. Von der Anklagebehörde sind nur vier Zeugen geladen, dazu treten zwölf von der Verteidigung geladene Zeugen, unter ihnen die Frau des ersten Angeklagten, Frau Auguste Köhler, geb. Müller, Frau Müller, die Schwiegermutter des Köhler, der Arbeiter Hermann Kadatus und Kriminalkommissar Rasse. Als Sachverständige sind geladen: Medizinalrat Dr. Klein, Dr. Schmilinski, Dr. Placzek, Gerichtsarzt Dr. Hoffmann und Gerichtschemiker Dr. Fejerich. Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Köhler in fünf Fällen des Verbrechens gegen leimendes Leben, in einem Falle der fahrlässigen Tötung der Frau Martha Kadatus und in einem Falle der Verleumdung eines Leimenden ohne Kenntnis der Behörde. Der Angeklagte Köhler, der am 12. April 1877 in Berlin geboren, ist unbestraft. Ebenso sind die Mitangeklagten, die sämtlich im Alter von 19-21 Jahren stehen und sich wegen Verbrechens gegen leimendes Leben bezw. Weibliche zu verantworten haben, unbestraft. Der Tatbestand dürfte noch im allgemeinen bekannt sein. Am 8. Juni 1904 wurde im Verbindungsgang in der Nähe der chemischen Fabrik von Knippler in Charlottenburg ein grauer Sad angeschwemmt, in welchem sich der

Rumpf einer Fraueneide

befand. Zwei Tage darauf wurden in der Jungfernhöhe auf einer Schuttablade die zu dem Rumpf gehörigen Arme und Beine gefunden. Es stellte sich heraus, daß die Leichenteile, zu denen der Kopf fehlte, die der Fuhrmännin Frau Martha Kadatus waren. Frau K., die von ihrem Manne getrennt lebte, hatte ein Liebesverhältnis mit einem Russler angeknüpft, das nicht ohne Folgen geblieben war. Da sie von ihrem Manne angegangen wurde, wieder mit ihm zusammen zu leben, kam es ihr darauf an, die Folgen ihres Fehltritts zu beseitigen und auf den Rat von Freundinnen hatte sie am 2. Juni die Hüfte des Angeklagten Köhler in Anspruch genommen. Dieser beschäftigte sich mit verdorbenen Handlungen gegen leimendes Leben. Da Frau Kadatus von dem Besuche bei Köhler nicht mehr zurückkehrte, wurde bei diesem Hausjuchung abgehalten, die aber ergebnislos blieb. Er zog es dann vor, schleunigst die Flucht zu ergreifen. Er fuhr nach Basel, fand dort aber keine Ruhe, sondern kehrte am 14. Juni wieder nach Berlin zurück. Eine am 18. Juni dann nochmals bei ihm vorgenommene Hausjuchung brachte Gegenstände zutage, die gar keinen Zweifel darüber ließen, daß die Kadatus in der Wohnung des Köhler gestorben war und dieser den Leichnam zerstückelt und die Leichenteile beseitigt hatte. Er war dann auch bald gefänglich. Nach seiner Darlegung ist

Frau Kadatus.

die sich seiner verbrecherischen Kunst anvertraut hatte, zu seinem Entschluß plötzlich schwach und schwächer geworden und ist trotz seiner sofort angewandten Mittel gestorben. Er sei verzweifelt gewesen und habe den Beschluß gefaßt, die Leiche zu beseitigen. Ein Reisefloß, den er zunächst zum Transport in Aussicht genommen, habe sich als zu klein erwiesen und so sei er dann an die Zerstückelung der Leiche gegangen. Er habe mit einem scharfgeschliffenen Küchenmesser die Glieder und den Kopf vom Rumpf getrennt und die Leichenteile vorläufig in den Korb gepackt. Den Kopf will er, mit dem Unferroß unweit, in den Ofen geworfen und dort verbrannt haben, indem er mehrfach mit Spiritus begossenes Holz und Kohlen hinzulegte. Um die Verbrennung zu beschleunigen, habe er wiederholt mit dem Feuerhaken dagegen gestochen, um ihn zu zertrümmern. Als es Abend geworden, habe er den Korb mit den Leichenteilen auf den Rücken genommen, sei nach dem Bahnhof Butlißstraße gegangen und von dort nach der Jungfernhöhe gefahren. Den Korb habe er zunächst mit Erlaubnis des Wirtes in einem dortigen Wirtshause abgesetzt und sei dann nach seiner Wohnung zurückgekehrt, da er dort einen Patienten in Pension hatte. Dabei habe er auch nach dem Feuer im Ofen gesehen und da von dem Kopfe der Leiche nur noch Knochenreste übrig waren, habe er letztere nach dem Küchenherd getragen, mit den Aschenresten im Aschenloch des Herdes vermischt und alsdann die ganze Asche in den Aschenkasten im Hofe geschüttet. Dann will er den Korb aus dem Wirtshause bei Bläsensee abgeholt, den Rumpf nach dem Kanal geschleppt und dort hineingeworfen, den Korb aber mit dem übrigen auf der Schuttablade abgebrannt haben. Erst gegen 12 1/2 Uhr nachts sei er wieder zu Hause angekommen. — Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses beantragte der Staatsanwalt den Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Gerichtshof beschloß, die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung

auszuschließen.

Der Prozeß ist noch gestern in später Abendstunde zu Ende gegangen, da die Beweisaufnahme schneller als vermutet wurde, geschlossen werden konnte. Köhler war gefänglich, bestritt jedoch, die Dienste, die er den mitangeklagten Mädchen gewährt hatte, gegen Entgelt geleistet zu haben. Er behauptete, daß er aus reinem Mitleid gehandelt habe. Die drei angeklagten Mädchen gaben ihre Schuld zu, dagegen bestritten die beiden angeklagten jungen Männer, Weibliche geleistet zu haben.

Die Geschworenen verurteilten bei Köhler die Schuld an dem Tode der Kadatus, erklärten ihn jedoch des Verbrechens gegen leimendes Leben und der Leichenbeseitigung schuldig. Bei den Mitangeklagten wurden die Schuldfragen bejaht.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Köhler 6 Jahre Zuchthaus und 6 Wochen Haft, außerdem 10 Jahre Ehrverlust, gegen die Angeklagte Simons 6 Monate Gefängnis, gegen die Trobe 2 Monate, gegen die Höpfer 7 Monate und Ludwig und Rosen je 6 Wochen Gefängnis.

Das Urteil.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Köhler wegen Abtreibung in 3 Fällen, Weibliche und Leichenbeseitigung zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und 6 Wochen Haft, die Angeklagte Simons zu 6 Monaten Gefängnis, Trobe zu 3 Monaten, Höpfer zu 6 Monaten 1 Woche, Ludwig und Rosen zu je 2 Monaten Gefängnis. Köhler erklärte auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die Strafe annehme: „Ja ja, können wir ja machen!“

Gerichts-Zeitung.

Ein Fehlbild? Zu schwerer Zuchthausstrafe wurde gestern von den Geschworenen ein Mann verurteilt, der hoch und teuer behauptet, daß die Tat, die ihm zur Last gelegt wird, die Folge eines unglücklichen Zufalls ist. Aus dem Untersuchungsgefängnis wurde der am 5. April 1872 geborene Hausdiener Josef Imbiat aus Berlin den Geschworenen am Landgericht II vorgeführt. Der Angeklagte ist verheiratet, Vater zweier Kinder im Alter von vier und sieben Jahren und mehrfach vorbestraft, darunter zweimal wegen Jagdvergehens. Am 25. September vorigen Jahres, einem Sonntag,

unternahm der in Diensten des Grafen Arnim stehende Förster Strempel gegen 8 Uhr morgens seinen üblichen Revisionsgang. In seiner Begleitung befanden sich seine zwei Söhne Hans und Paul im Alter von 12 und 13 Jahren. Als er die Chauffee passierte, bemerkte er in der Ferne einen ihm fremden Mann mit einem Fahrrad. Er legte Verdacht, daß es ein Dieb sei, und ordnete an, daß sich seine Söhne hinter einen Baum stellen, um nicht gesehen zu werden. Er selbst schlich sich an den Mann heran. Es stellte sich heraus, daß der Angeklagte — dies war der verdächtige Mann — ein zusammengelegtes Gewehr bei sich führte und auch Patronen in der Fahrradtasche hatte. Da der Angeklagte sich nicht legitimieren konnte, forderte ihn der Förster auf, ihm zum Amtsvorsteher nach Plumburg zu folgen. Nach kurzer Weigerung ging der Angeklagte zunächst ruhig mit, dann aber sträubte er sich, und der Förster mußte ihn gewaltsam vorwärts drängen. Er hatte sein Gewehr in der linken Hand, mit der rechten hatte er den Angeklagten gepackt. Dieser ließ plötzlich, wie die Anklage behauptet, sein Rad fallen und griff nach dem Gewehr des Försters. Es entstand ein Ringen um das Gewehr, dabei entlud sich ein Lauf, das Geschloß traf den Oberkörper des Försters, und dieser fiel sofort zu Boden. Das Blut schoß wie ein Springschlauch aus dem Bein hervor. Die beiden Knaben, die auf den Ruf ihres Vaters herbeigeeilt waren und auf den Angeklagten auch eingeschlagen hatten, standen ratlos vor ihrem Vater. Als ein Mann zufällig am Latore erschienen, zog sich der Angeklagte, indem er das Gewehr zum Anschlag anlegte, langsam rückwärts zurück und entkam alldann. Der schwer verwundete Förster wurde nach Berlin transportiert. Im Krankenhaus am Friedrichshain wurde ihm das Bein amputiert, er starb aber infolge des Blutverlustes noch an demselben Tage. Der Täter ist erst am 29. September in der Person des Angeklagten ermittelt worden. Er behauptete in der Verhandlung, daß der Förster das Gewehr auf ihn angelegt gehabt habe, und er, da er sich nicht tadeln lassen wollte, auf das Gewehr losgeschossen sei und es festgehalten habe. Bei dem Ringen um das Gewehr sei durch Zufall der Schuh losgegangen, wahrscheinlich habe ein Schlag, den einer der Söhne des Försters gegen ihn geführt, das Gewehr so getroffen, daß es losgegangen sei. Für diesen unglücklichen Zufall sei er nicht verantwortlich. Bezüglich seines Aufenthalts in der Ferne behauptete der Angeklagte, daß er nur die Absicht gehabt habe, Kränze und Späßen zu schicken. Der Angeklagte gibt auch die Möglichkeit zu, daß der Förster bei dem Ringen um das Gewehr mit dem Daumen an den Abzug gekommen ist und so das Gewehr zur Entladung gebracht hat.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen im Sinne der Anklage und verurteilten den Angeklagten mit derben Umständen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Zuchthaus und zwei Wochen Haft. Das Urteil lautete auf drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, sowie auf zwei Wochen Haft, die als verbüßt erachtet wurden.

Vermischtes.

Der Feldsturz bei Nüssalen. Aus Christiania wird gemeldet: Es ist jetzt festgestellt, daß in Nüssalen 5 Höfe mit 34 Menschen fortgeschwemmt und daß in Bödal 25 Menschen umgekommen sind. Die Untersuchung der Ursache der Katastrophe, über die wir gestern unter Desechen berichtet haben, ergab, daß ein mächtiger Felsen, der bei Nüssalen bis über das Wasser hinausragte, in den Lönwandsee stürzte. Acht Verletzte wurden unter den Trümmern hervorgezogen, einer von ihnen starb sofort.

Opfer des Eises. Wie der „Till. Bl.“ berichtet wird, fuhr ein Besizer mit einem zweispännigen Schlitten bei Szio über die Remei, wobei er ahnungslos auf eine leicht bestorene Flußstelle — Plute genannt — geriet. Beide Pferde und der Schlitten versanken vor seinen Augen. Er selbst konnte sich retten, doch blieben seine Vermählungen, die Pferde von den Strängen zu befreien, erfolglos. — Bei Kaukehmen liefen junge Leute auf dem überschwemmten Gelände des Aufstromes Schlittschuhs, als drei von ihnen vor den Augen der übrigen in eine Wanne saukten und sofort untergingen. Die Rettungsarbeiten hatten nur den Erfolg, daß drei Leichen geborgen wurden. Die drei Ertrunkenen sind Besizeröhne aus Ippelen im Alter von einigen 20 Jahren. — In Demm in brachen beim Betreten des Eises zwei Brüder ein. Der eine wurde von der Schwägerin gerettet, der andere zehnjährige Bruder ertrank. — Im Dorfe Weidb in Neustrelitz schütteten zwei Arbeiter und ein Mädchen auf dem Eise des Langen Sees Rohr, wobei alle drei einbrachen. Der eine Arbeiter ertrank; die anderen beiden Personen konnten nur mit vieler Mühe gerettet werden.

Untergang eines Dampfers der Hamburg-Amerika-Linie. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit: Wie wir erfahren, ist der Dampfer „Bengalia“ an der Küste von Madagaskar auf einen Felsen geraten und gesunken. Die Mannschaft ist gerettet. Das Schiff scheint dagegen leider verloren zu sein.

Schiffsbrand. Der Dampfer „Marjeille“ der Hamburger Reederei Robert R. Sloman der Jüngere hat, wie gemeldet wird, auf der Fahrt von Sizilien nach Hamburg an afrikanischer Küste 21 Mann, Fahrgäste und Besatzung, vom brennenden französischen Dampfer „Voire“ gerettet und in Algier gelandet. 16 Mann trieben schon im Wasser, 5 Mann wurden noch vom Hinterdeck des in hellen Flammen stehenden Schiffes geborgen. Die „Marjeille“ setzte nach Landung der Schiffbrüchigen in Algier ihre Reise nach Hamburg fort.

Eis und Schifffahrt. Aus Lübeck wird gemeldet, daß der Trabelanal wegen starken Eises von Donnerstag ab für die Schifffahrt gänzlich gesperrt bleibt; die Dampfschifffahrt auf der Trabe und nach See zu ist bisher unbehindert, wenn auch durch Treibeis gefährdet. — Ueber die Schwierigkeiten im Hamburger Hafenverkehr wird berichtet: Rit der Abnahme des Schiffsverkehrs hat sich in der vergangenen Nacht der niedrige Wasserstand der Unterelbe etwas gebessert, so daß es mit dem Hochwasser gelang, die beiden Truppen-transportdampfer „Lulu Böhlen“ und „Hans Boermann“ von Grund abzubringen. Die „Lulu Böhlen“ konnte aus dem Hafen fortkommen, blieb aber bei Riesenbänken auf Grund sitzen, während der „Hans Boermann“ schon in der Einfahrt zum Daalenhafen sitzen blieb. Wahrscheinlich wird es den Dampfern gelingen, mit der Nachmittagsflut abzukommen.

Witterungsüberblick vom 18. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometereiland min	Windrichtung	Windstärke	Temp. in C. d. u. v. d. n.	Stationen	Barometereiland min	Windrichtung	Windstärke	Temp. in C. d. u. v. d. n.
Eintriede	761 ED	3 wolklos	—	6	Haparanda	776	SSW	2	bedekt
Hamburg	761 D	3 halb bb.	—	6	Veteraburg	775 RD	—	1	bedekt
Berlin	758 D	3 wolklos	—	6	Stettin	761	SSW	3	heiter
Frankf. a. M.	757 ED	2 bedekt	—	6	Aberdeen	751	SSW	1	heiter
München	755 ED	4 bedekt	—	6	Paris	759	SSW	2	halb bb.
Wien	762 ED	5 bedekt	—	7					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 10. Januar 1905. Gemäßigtes kühles Frostwetter mit mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Die Sunlight Roman-Bibliothek

umfaßt eine Sammlung vollständiger Roman- und Erzählungen hervorragender deutscher und ausländischer Autoren. Die Romane erscheinen in Lieferungsbindchen, in tadelloser Ausstattung und kosten im Buchhandel komplett M. 1.25 bis M. 1.50 oder per Einzelbändchen 25 Pf. Den Käufern der Sunlight Seife werden dieselben kostenlos und portofrei zugesandt. Die Bezugsbedingungen sind aus den, jedem Paket Sunlight Seife beigegebenen Erklärungen zu ersehen. Sunlight Seife ist in einschläglichen Geschäften erhältlich.

Für den Inhalt der Zierate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 19. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Der Ring des Nibelungen.
Neues königl. Opern-Theater. Geflohen.

Deutsches. Das Nachtmahl der Kardinal. — Die große Leidenschaft.

Berliner. Modell.
Leffing. Der Silberpflug.
Witten. Die neugierigen Frauen.
National. Bar und Zimmermann.
Zentral. Die Geisha.

Neues. Der Graf von Charolais.
Anfang 8 Uhr:

Kaffee. In Vertretung.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Ruhmann Henschel.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Wallensteins Lager. — Die Piccolomini.
Kleines. Die Neuvermählten. Abschlusssooper.

Belle-Alliance. Lumpacinaogambus.
Carl Weiß. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Reichenz. Verführerinnen.
Zirkusbusch. Der Familientag.
Trianon. Die glückliche Gilberte.

(Houreaux.)
Deutsch-Amerikanisches. New York.
Süssen. Hofensrath Erben.
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.

Hörnal. Prof. Dr. Müller: Die Zuckerbildung und Zuckerarten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Der geheimnisvolle Hexentisch!!
das Mirakel des 20. Jahrhunderts.

Trianon-Theater.
Seite und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

Kasino-Theater.
Lothringergasse 37 (Hofensrath'scher Tor).
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 — 8 Konzerte.
Nur noch kurze Zeit!
In Vertretung.
Sonntag 4 Uhr: Graphologie.

Metropol-Theater.
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Ciampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid. Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballade).
Anf. 8 Uhr. Raucher gestattet.
Sonabend, den 21. Januar:
2. großer Metropol-Theater-Ball.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Donnerstag, den 19. Januar:
Beneß i. d. Residenz u. Seelen.
Mein Heidelberg.
Vollständ. mit Gesang in 6 Bildern von Witten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Freitag, 2. Rolle: Die Räuber in Maria Stuhl.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Lebte Abend-Aufführung. Anf. 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Freitag, 20. Januar, zum erstenmal: **Geld und Name.**
Sonabend nachm. 4 Uhr, Kinder-Vorstellung: **Max und Moritz.**

Stadt-Theater Moabit.
Mit-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters:
Der Erbförster.
Trauerspiel in 5 Akten v. Otto Ludwig.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Entree 30 Pf. Num. Platz 20 Pf.
Sonntag, 22. Januar: **Der Erbförster.**

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Der bisher unübertroffene lauchstige Herrfeld-Schlager mit seinen fürwahr bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwank in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.
Magnus Prinz Levy:
Donat Herrfeld.
Präsident, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrfeld.
Anf. 8 Uhr. Biletvorverk. 11—12 Uhr.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag 5, Sonnt. 11 Uhr.
Arturo Bernardi,
der berühmte italienische Verwundlungskünstler.
Litke Carlsen.
Willy Pragers neues Repertoire.
14 erstklassige Nummern.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Hörnal:
Prof. Dr. Müller: Die Zuckerbildung und Zuckerarten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Freitag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
In 1 Akt von Friedrich Schiller.
Die Piccolomini.
In 5 Akten von Friedrich Schiller.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.

Freie Volksbühne.
Sonntag, 22. Januar, nachmittags:
Metropol-Theater. 2. Abteilung, 3 1/2 Uhr:
Madame Bonivard. Die Räuber.
IV. Kunstabend im Rathaus.
Montag, den 30. Januar, abds. 8 Uhr:
Grillparzer-Schubert.
Eintrittskarten (à 30 Pf.) sind in den bekannten acht Zahlstellen zu haben.
Der Vorstand. L. A.: G. Winkler.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 19. Januar, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm. U. a. die jugendliche Schulführerin Fräulein Dora Schumann mit ihrem brill. Kettentanz in 3 Akten. Miss Daisy, Seours Miniglio, Miss Emmy Stickney, Barforce-Kletterinnen. Mr. Joe Hodgini sowie die großartigen Januar-Spezialitäten. Ferner: Der urkom. Original-Clown Jan Clermont mit seinen herrlichsten Tieren.
Direktor **Alb. Schumanns** neue und moderne Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr: Emalionseller Erfolg der groß. Schumannschen Ausstattungs-Pantomime
Eine Nordlandreise.
Im Strahle der Winternachts-Sonne. Entworfen und auf das glanzendste inszeniert vom Dir. Albert Schumann. Sieben prachtvolle, mit noch nie gesehener Pracht ausgestattete komisch-phantastische Bilder und die feenhafteste Schluß-Apopthose.

Zirkus Busch.
Die beiden Phänomene **Sisters Amalia-Léonora.** Die Löwenbraut!
Miss Claire Heliot
Katharina II. und die vorzügl. Programmnummern.
Palast-Theater.
Burgstr. 22, früher Bees-Palast.
Das gr. Spezialitäten-Programm der Residenz!
14 Schauspieler in 1. Rang.
9 Uhr. Revue! Der größte Schlager!
Ein Allerweltsmädel.
Barthelemy m. Gesang u. Tanz u. Deane.
Anfang 8 Uhr. Eröffnung 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Freitag: Elite-Vorstellung, 11. Reihe: **Die Bluthochzeit.** 10. Trauerspiel in 5 Akten von Adam.
Sonntag nachm. 3 Uhr. Keine Revue!
Die Grille. Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Bjelker.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenspreise.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonabend nachmittags: Das böse Prinzchen.
Sonntag nachm.: Der Familientag.
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel **Ad. Philipp:**

NEW-YORK.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise **Ueber'n grossen Teich.**
Volksgarten-Theater. (früher Weimann).
Donnerstag, den 19. Januar:
Vortrag des Naturheil-Vereins.
Gäste sind willkommen.
Freitag, den 20.: Keine Vorstellung.
Sonntag nachm.: **Christengold goldene Puppe.**
Sonntag abends: **Die Münche.**

Skala-Theater.
Lindenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Bum-bum oder: Nu aber raus!
Vosse mit Gesang in einem Akt, sowie
30 internationale Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allée 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzügl. deutsch-franz. Konzertsängerin.
Ausgezeichnetes **Lyrika-Duett.**
Fatme, Indische Gauklerin, sowie alle übrigen erstklass. Spezialit.
Anf. nachm. 7 Uhr, Sonntags 4 1/2 Uhr.

Etablissement Buggenhagen.
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Pär u. der klinge Hand.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiser-Saal:
Tanz.

Sanssouel.
Rottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Sonnt., Mont., Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sängers
u. Tanzkränzchen.
Jed. Dienstag u. Mittwoch
Theater-Abend.
In Vorbereitung:
Keon oder Genie und Leidenschaft.

Victoria-Brauerei.
Lützowstr. 111-112.
Seite 8 Uhr:
Tanzkränzchen.
Montag u. Freitag:
Nordd. Sängers.

Gelegenheitskauf!
Schlafdecken
in Wolle, extra schwer
à 350, 450, 500, 600 M.

Pferdedecken
à 250, 350, 450, 550 M.

Reisdecken
Neueste Tiger-Muster
à 485, 600, 800, 1000 M.
Versand per Nachnahme.

Emil Lefèvre,
Berlin Oranienstr. 158.
Fehlerhafte Decken
spottbillig!

Pracht-Katalog mit ca. 600
Abbildungen
gratis und franko.

Rheumatismus
Gicht, Gliederreizen, Nerven-
schmerzen, Hüftweh etc.
verschwinden nach kurzer Zeit durch
ausreichlichen Gebrauch von
„Electricum“ (katharisches
Kieserfeld-
Baldrosol). Einfaches und un-
schädliches Naturprodukt von
starker und durchgreifender, so-
fort schmerzstillender Wirkung.
Tausende verdanken „Electricum“
ihre Gesundheit. 17892+
Fl. Mk. 1.— u. 2.—, franko 2.50.
Otto Reichel, BERLIN 42,
Eisenbahnstr. 4.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Gmpf. viel. Vergle. u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik,
Berlin N., Friedrichstr. 131c.

Eisbahn Karpfenteich
Treptower Park
ist eröffnet.

Grosses Konzert. Entree 30 Pf.
Kinder 15 Pf.
Ernst Bauer.

Musikinstrumenten-Arbeiter.
Branche des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Nfer 15 (Saal III):
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission und der Vertrauensleute. 2. Branchen-
Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. 783+
Da in dieser Versammlung wichtige Angelegenheiten zur Erledigung
gelangen, so haben die Kollegen aus allen Betrieben für eine Beteiligung
zu sorgen.
Die Branchen-Kommission.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigerlein Berlin.
Zahlstelle Rixdorf.
Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, in S. Theils Festsaal,
Vergl. 151/52:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 2. Abrechnung vom vierten
Quartal. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.
1905
Der Vorstand.

Männer-Vortrag
morgen Freitag 8 1/2 Uhr, „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20,
Mittwoch, 25. Januar, 8 1/2 Uhr, „Engl. Garten“, Alexanderstr. 27 c:
Neurasthenie
wahre Grundursache, Entstehung und Heilung. Streifzüge durch Gehirn- und
Nervensystem, demonstriert an großen Lichtbildern vom bekannten
Vortragenden **Grundmann.** Sprechst. für Kranke jeder Art.
Anwartschaft Köpenickerstr. 72. 11—2. 6—8.
Kopernikusstr. 29. Nähe Warschauerstr. 8—9.
Sonntag nur Vormittags-Sprechstunden.
Die Vorträge sind für Männer sehr wichtig.
Eintritt nebst Broschüre 20 Pf.
Naturheilverein „Reform“.

Freie Volksbühne.
Sonntag, 22. Januar, nachmittags:
Metropol-Theater. 2. Abteilung, 3 1/2 Uhr:
Madame Bonivard. Die Räuber.
IV. Kunstabend im Rathaus.
Montag, den 30. Januar, abds. 8 Uhr:
Grillparzer-Schubert.
Eintrittskarten (à 30 Pf.) sind in den bekannten acht Zahlstellen zu haben.
Der Vorstand. L. A.: G. Winkler.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 19. Januar, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm. U. a. die jugendliche Schulführerin Fräulein Dora Schumann mit ihrem brill. Kettentanz in 3 Akten. Miss Daisy, Seours Miniglio, Miss Emmy Stickney, Barforce-Kletterinnen. Mr. Joe Hodgini sowie die großartigen Januar-Spezialitäten. Ferner: Der urkom. Original-Clown Jan Clermont mit seinen herrlichsten Tieren.
Direktor **Alb. Schumanns** neue und moderne Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr: Emalionseller Erfolg der groß. Schumannschen Ausstattungs-Pantomime
Eine Nordlandreise.
Im Strahle der Winternachts-Sonne. Entworfen und auf das glanzendste inszeniert vom Dir. Albert Schumann. Sieben prachtvolle, mit noch nie gesehener Pracht ausgestattete komisch-phantastische Bilder und die feenhafteste Schluß-Apopthose.

Zirkus Busch.
Die beiden Phänomene **Sisters Amalia-Léonora.** Die Löwenbraut!
Miss Claire Heliot
Katharina II. und die vorzügl. Programmnummern.
Palast-Theater.
Burgstr. 22, früher Bees-Palast.
Das gr. Spezialitäten-Programm der Residenz!
14 Schauspieler in 1. Rang.
9 Uhr. Revue! Der größte Schlager!
Ein Allerweltsmädel.
Barthelemy m. Gesang u. Tanz u. Deane.
Anfang 8 Uhr. Eröffnung 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Freitag: Elite-Vorstellung, 11. Reihe: **Die Bluthochzeit.** 10. Trauerspiel in 5 Akten von Adam.
Sonntag nachm. 3 Uhr. Keine Revue!
Die Grille. Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Bjelker.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenspreise.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonabend nachmittags: Das böse Prinzchen.
Sonntag nachm.: Der Familientag.
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel **Ad. Philipp:**

NEW-YORK.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise **Ueber'n grossen Teich.**
Volksgarten-Theater. (früher Weimann).
Donnerstag, den 19. Januar:
Vortrag des Naturheil-Vereins.
Gäste sind willkommen.
Freitag, den 20.: Keine Vorstellung.
Sonntag nachm.: **Christengold goldene Puppe.**
Sonntag abends: **Die Münche.**

Skala-Theater.
Lindenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Bum-bum oder: Nu aber raus!
Vosse mit Gesang in einem Akt, sowie
30 internationale Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allée 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzügl. deutsch-franz. Konzertsängerin.
Ausgezeichnetes **Lyrika-Duett.**
Fatme, Indische Gauklerin, sowie alle übrigen erstklass. Spezialit.
Anf. nachm. 7 Uhr, Sonntags 4 1/2 Uhr.

Etablissement Buggenhagen.
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Pär u. der klinge Hand.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiser-Saal:
Tanz.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstraße 16.
Täglich Vorstellungen

Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Zichung 15., 16., 17., 18. Februar in Berlin.
Wohlfahrts-Lose à 3.30
(Porto u. Liste 30 Pf.) zu Zwecken d. deutschen Schutzgebiete.
12 977 Ostlgew. ohne Abzug Mk.

490000
Hauptgewinn: Mark
75,000
50,000
25,000
15,000
3 • 5000-15000
10 • 2000-20000
20 • 1000-20000
40 • 500-20000
100 • 200-20000
200 • 100-20000
600 • 50-30000
3000 • 30-90000
9000 • 10-90000
Loose empfiehlt der General-Debit

Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5. Telegr.-Adr.: Glücksmüller

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Gmpf. viel. Vergle. u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik,
Berlin N., Friedrichstr. 131c.

Eisbahn Karpfenteich
Treptower Park
ist eröffnet.

Grosses Konzert. Entree 30 Pf.
Kinder 15 Pf.
Ernst Bauer.

Musikinstrumenten-Arbeiter.
Branche des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Nfer 15 (Saal III):
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission und der Vertrauensleute. 2. Branchen-
Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. 783+
Da in dieser Versammlung wichtige Angelegenheiten zur Erledigung
gelangen, so haben die Kollegen aus allen Betrieben für eine Beteiligung
zu sorgen.
Die Branchen-Kommission.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigerlein Berlin.
Zahlstelle Rixdorf.
Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, in S. Theils Festsaal,
Vergl. 151/52:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 2. Abrechnung vom vierten
Quartal. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.
1905
Der Vorstand.

Männer-Vortrag
morgen Freitag 8 1/2 Uhr, „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20,
Mittwoch, 25. Januar, 8 1/2 Uhr, „Engl. Garten“, Alexanderstr. 27 c:
Neurasthenie
wahre Grundursache, Entstehung und Heilung. Streifzüge durch Gehirn- und
Nervensystem, demonstriert an großen Lichtbildern vom bekannten
Vortragenden **Grundmann.** Sprechst. für Kranke jeder Art.
Anwartschaft Köpenickerstr. 72. 11—2. 6—8.
Kopernikusstr. 29. Nähe Warschauerstr. 8—9.
Sonntag nur Vormittags-Sprechstunden.
Die Vorträge sind für Männer sehr wichtig.
Eintritt nebst Broschüre 20 Pf.
Naturheilverein „Reform“.

Freie Volksbühne.
Sonntag, 22. Januar, nachmittags:
Metropol-Theater. 2. Abteilung, 3 1/2 Uhr:
Madame Bonivard. Die Räuber.
IV. Kunstabend im Rathaus.
Montag, den 30. Januar, abds. 8 Uhr:
Grillparzer-Schubert.
Eintrittskarten (à 30 Pf.) sind in den bekannten acht Zahlstellen zu haben.
Der Vorstand. L. A.: G. Winkler.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 19. Januar, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm. U. a. die jugendliche Schulführerin Fräulein Dora Schumann mit ihrem brill. Kettentanz in 3 Akten. Miss Daisy, Seours Miniglio, Miss Emmy Stickney, Barforce-Kletterinnen. Mr. Joe Hodgini sowie die großartigen Januar-Spezialitäten. Ferner: Der urkom. Original-Clown Jan Clermont mit seinen herrlichsten Tieren.
Direktor **Alb. Schumanns** neue und moderne Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr: Emalionseller Erfolg der groß. Schumannschen Ausstattungs-Pantomime
Eine Nordlandreise.
Im Strahle der Winternachts-Sonne. Entworfen und auf das glanzendste inszeniert vom Dir. Albert Schumann. Sieben prachtvolle, mit noch nie gesehener Pracht ausgestattete komisch-phantastische Bilder und die feenhafteste Schluß-Apopthose.

Zirkus Busch.
Die beiden Phänomene **Sisters Amalia-Léonora.** Die Löwenbraut!
Miss Claire Heliot
Katharina II. und die vorzügl. Programmnummern.
Palast-Theater.
Burgstr. 22, früher Bees-Palast.
Das gr. Spezialitäten-Programm der Residenz!
14 Schauspieler in 1. Rang.
9 Uhr. Revue! Der größte Schlager!
Ein Allerweltsmädel.
Barthelemy m. Gesang u. Tanz u. Deane.
Anfang 8 Uhr. Eröffnung 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Freitag: Elite-Vorstellung, 11. Reihe: **Die Bluthochzeit.** 10. Trauerspiel in 5 Akten von Adam.
Sonntag nachm. 3 Uhr. Keine Revue!
Die Grille. Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Bjelker.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenspreise.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonabend nachmittags: Das böse Prinzchen.
Sonntag nachm.: Der Familientag.
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel **Ad. Philipp:**

NEW-YORK.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise **Ueber'n grossen Teich.**
Volksgarten-Theater. (früher Weimann).
Donnerstag, den 19. Januar:
Vortrag des Naturheil-Vereins.
Gäste sind willkommen.
Freitag, den 20.: Keine Vorstellung.
Sonntag nachm.: **Christengold goldene Puppe.**
Sonntag abends: **Die Münche.**

Skala-Theater.
Lindenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Bum-bum oder: Nu aber raus!
Vosse mit Gesang in einem Akt, sowie
30 internationale Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allée 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzügl. deutsch-franz. Konzertsängerin.
Ausgezeichnetes **Lyrika-Duett.**
Fatme, Indische Gauklerin, sowie alle übrigen erstklass. Spezialit.
Anf. nachm. 7 Uhr, Sonntags 4 1/2 Uhr.

Etablissement Buggenhagen.
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Pär u. der klinge Hand.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiser-Saal:
Tanz.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstraße 16.
Täglich Vorstellungen

Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Zichung 15., 16., 17., 18. Februar in Berlin.
Wohlfahrts-Lose à 3.30
(Porto u. Liste 30 Pf.) zu Zwecken d. deutschen Schutzgebiete.
12 977 Ostlgew. ohne Abzug Mk.

490000
Hauptgewinn: Mark
75,000
50,000
25,000
15,000
3 • 5000-15000
10 • 2000-20000
20 • 1000-20000
40 • 500-20000
100 • 200-20000
200 • 100-20000
600 • 50-30000
3000 • 30-90000
9000 • 10-90000
Loose empfiehlt der General-Debit

Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5. Telegr.-Adr.: Glücksmüller

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Gmpf. viel. Vergle. u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik,
Berlin N., Friedrichstr. 131c.

Eisbahn Karpfenteich
Treptower Park
ist eröffnet.

Grosses Konzert. Entree 30 Pf.
Kinder 15 Pf.
Ernst Bauer.

Musikinstrumenten-Arbeiter.
Branche des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Nfer 15 (Saal III):
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission und der Vertrauensleute. 2. Branchen-
Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. 783+
Da in dieser Versammlung wichtige Angelegenheiten zur Erledigung
gelangen, so haben die Kollegen aus allen Betrieben für eine Beteiligung
zu sorgen.
Die Branchen-Kommission.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigerlein Berlin.
Zahlstelle Rixdorf.
Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, in S. Theils Festsaal,
Vergl. 151/52:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 2. Abrechnung vom vierten
Quartal. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.
1905
Der Vorstand.

Männer-Vortrag
morgen Freitag 8 1/2 Uhr, „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20,
Mittwoch, 25. Januar, 8 1/2 Uhr, „Engl. Garten“, Alexanderstr. 27 c:
Neurasthenie
wahre Grundursache, Entstehung und Heilung. Streifzüge durch Gehirn- und
Nervensystem, demonstriert an großen Lichtbildern vom bekannten
Vortragenden **Grundmann.** Sprechst. für Kranke jeder Art.
Anwartschaft Köpenickerstr. 72. 11—2. 6—8.
Kopernikusstr. 29. Nähe Warschauerstr. 8—9.
Sonntag nur Vormittags-Sprechstunden.
Die Vorträge sind für Männer sehr wichtig.
Eintritt nebst Broschüre 20 Pf.
Naturheilverein „Reform“.

